Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

11
—
22

Demokratie-Dialog

Neuer Ordner
Joschua Helmer

Auf der psycho-analytischen Couch
Stephanie Buchholz

Zwischen Gärung und Klärung
Alexander Hensel

Inhalt

Demokratie und politische Kultur

Neuer Ordner

Wie die Politikwissenschaft die Debatte über Digitalisierung und Demokratie sortieren kann

Joschua Helmer 4

Polarisierung zwischen Stadt und Land?

Die 2. Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors

Christopher Schmitz / Annemieke Munderloh / Stine Marg 11

„… nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft …"

Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II

Tobias Neef-Methfessel 19

Linker Radikalismus

Linkspopulismus auf der psychoanalytischen Couch

Linke Kritik am Linkspopulismus mit Slavoy Žižek

Stephanie Buchholz 32

„Antifa"

Seismograf des Antidemokratischen

Richard Rohrmoser 39

Radikaler Islam

Muslimisch identitär?
Marvin Hild 46

Zur politischen (Ir-)Relevanz von Predigten in radikalislamischen Moscheen
Lino Klevesath 54

Rechtsradikalismus

Jubiläum am rechten Rand
Zehn Jahre AfD
Marco Bitschnau 64

Die AfD zwischen Gärung und Klärung
Zur Entwicklung von Strömungen und Strategien nach dem Rückzug Jörg Meuthens
Alexander Hensel 72

Wo sind all die Rechten in Niedersachsen hin?
Simon T. Franzmann / Joschua Helmer 82

Demokratie und politische Kultur

Helmer, Joschua (2022): „Neuer Ordner. Wie die Politikwissenschaft die Debatte über Digitalisierung und Demokratie sortieren kann" In: Demokratie-Dialog 11 (2022), S. 4–10.
doi: 10.17875/gup2022-2117

Neuer Ordner

Wie die Politikwissenschaft die Debatte über Digitalisierung und Demokratie sortieren kann

Joschua Helmer

Die Auswirkungen der digitalen Transformation in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben anhaltende Konjunktur in der öffentlichen Debatte. Auch die Sozialwissenschaften beteiligen sich rege am Diskurs – bislang allerdings vor allem aus der Soziologie, wie Berg et al. konstatieren.[1] Jüngst zieht auch politische Theorie nach und sortiert gezielt das Verhältnis von Digitalisierung und Demokratie, um das Wesen und die Rahmenbedingungen von demokratischer Politik in der digitalen Transformation offenzulegen: So entwickeln Berg et al.[2] in Auseinandersetzung mit soziologischer Theorie eine Heuristik der digitalen Konstellation und Oliver Hidalgo[3] empfiehlt auf Grundlage einer umfassenden Rezension, Digitalisierungsprozesse als „Brennglas"[4] zur Analyse der Demokratie zu nutzen. Aus einer eher empirisch geprägten Perspektive diskutiert bspw. ein Sammelband von Hofmann et

1 Berg, Sebastian/Rakowsi, Niklas/Thiel, Torsten: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 2, S. 171–191.

2 Ebd.

3 Hidalgo, Oliver: Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes, in: Neue Politische Literatur, Jg. 65 (2020), H. 1, S. 77–106.

4 Ebd., S. 104.

al.[5] aktuelle Forschungsstränge zum Verhältnis von Digitalisierung und Politik; Borucki und Oswald[6] schlagen korrespondierend eine stärkere theoretische Differenzierung der Forschungsgegenstände vor.

Der vorliegende Beitrag erörtert zunächst auf dieser Grundlage, welchen theoretischen wie empirischen Beitrag die Politikwissenschaft zur öffentlichen Debatte über den digitalen Wandel der Demokratie leisten kann. Anschließend wird aufgezeigt, wie sie durch die Berücksichtigung multidisziplinärer Forschungsstände, durch die Entwicklung einer Ethik der aufrichtigen Verkürzung und durch die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ihre Erkenntnisse gewinnbringend in eine breite Öffentlichkeit kommunizieren kann.

Begriffliche Schärfe und mentale Modelle: Beiträge der Politischen Theorie

Berg et al. führen das Konzept der Digitalen Konstellation zur politikwissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses von Digitalisierung und Demokratie ein. In Auseinandersetzung mit der klassischen politikwissenschaftlichen Internetforschung einerseits und den jüngsten soziologischen Theorien der digitalen Gesellschaft andererseits entwickeln sie den Konstellationsbegriff als Heuristik, welche die Beschreibung der gewandelten Kontextbedingungen von Politik jenseits von unterkomplexen Kausalzusammenhängen ermöglichen soll. Dazu schlagen sie vor, drei Ebenen zueinander in Beziehung zu setzen: die Eigenschaften digitaler Technik, die etablierte Nutzung dieser Technik sowie korrespondierende Institutionalisierungsprozesse wie etwa die Entstehung der aktuell vorherrschenden Plattformökonomie.

Während dieser Ansatz der Beschreibung des empirischen Strukturwandels zwischen technischer Innovation und sozialer Praxis dienen soll, sieht Hidalgo Digitalisierungsprozesse als Brennglas zur Beobachtung des theoretischen Strukturverlusts klassischer politikwissenschaftlicher Konzepte. Allgemein anerkannte Kategorien wie Repräsentation, Öffentlichkeit oder Volksherrschaft würden im Zuge der Digitalisierung verwischt und seien dadurch für eine neuerliche Betrachtung offen. Er kommt somit zu dem Schluss, dass gerade die Wechselwirkung von Digitalisierungsprozessen mit Politik und Gesellschaft die Digitalisierungsforschung zu einer herausragenden Perspektive der Demokratieforschung macht.

Die beiden Beiträge stehen exemplarisch für eine Reihe von Versuchen, das Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung zu ordnen und in seiner Komplexität akkurat zu beschreiben. Letzteres führt zunächst zu einer Verkomplizierung der mentalen Modelle, in denen Digitalisierung gedacht und besprochen werden kann. Dadurch werden jedoch zentrale konzeptionelle Irrtümer der öffentlichen Debatte über Digitalisierung und Demokratie offengelegt. So verstellt etwa die intuitiv einleuchtende Vorstellung, die Demokratie werde „digitalisiert", sowohl den Blick auf die aktive, auch subversive Aneignung von digitaler Technologie durch politische Akteure und die Regulierung von Technologie durch den Gesetzgeber als auch den Blick auf den grundlegenden Prozess, „in dem sich Gesellschaft und Technik in einer konkreten Weise dynamisch und fortlaufend in Beziehung setzen."[7] Der spätestens seit der US-Präsidentschaftswahl 2016 herrschende Krisendiskurs hinsichtlich der digitalen Demokratie wiederum täuscht über die vielmals analogen Ursachen

5 Hofmann, Jeanette et al. (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld 2019.

6 Borucki, Isabelle/Oswald, Michael: Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog, in: Borucki, Isabelle/Oswald, Michael (Hrsg.): Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, Wiesbaden 2020, S. 3–15.

7 Berg/Rakowsi/Thiel: Die digitale Konstellation, S. 182.

demokratischer Krisen hinweg und übersieht oftmals – was nicht unironisch ist – das zuvor überschätzte emanzipatorische Potenzial digitaler Technologie.

Der Ordnungsversuch über die Heuristiken der Konstellation oder des Brennglases ermöglicht hingegen, Digitalisierung als komplexes Phänomen zu sehen, das nicht vorherbestimmt, sondern veränderbar ist – und das nicht allein für die vielfach beklagten Krisen der Demokratie kausal verantwortlich ist, sondern diese Krisen vor allem verstärkt sichtbar macht. Digitalisierung wird so von einem quasi-natürlichen Phänomen, dessen Chancen es zu nutzen und dessen Risiken es zu minimieren gilt, zu einem von mehreren gleichzeitig ablaufenden Wandlungsprozessen, die demokratisch gestaltet werden können. Die Politische Theorie kann damit handlungsleitende mentale Modelle für die politische Bearbeitung von Digitalisierung bieten.

Die Herausforderung dieser Theoriedebatte liegt in ihrer empirischen Rückbindung: Konzepte auf diesem Abstraktionsniveau lassen sich nicht empirisch prüfen; als Heuristik oder Meta-Theorie schlagen sie vielmehr Rahmenbedingungen vor, unter denen empirisch prüfbare Hypothesen entwickelt werden können. Sie müssen sich stattdessen daran messen lassen, inwiefern sie mit empirischen Forschungsergebnissen besser in Einklang gebracht werden können als konkurrierende Modelle.

Neben dem Anliegen einer umfassenden Gegenwartsdiagnose der digitalen Demokratie und einer entsprechenden Weitung der Perspektive sollte eine ausdifferenzierte politikwissenschaftliche Digitalisierungsforschung[8] daher selbstverständlich auch die Erkenntnisse der disziplinären empirischen Forschung aufbereiten und sich entsprechend fokussieren. Borucki und Oswald[9] bereiten diesen Schritt in ihrer theoretischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand vor und differenzieren die politikwissenschaftliche Debatte über Digitalisierung und Demokratie unter Rückgriff auf verschiedene Demokratietheorien: Eine Bedrohung der Privatsphäre durch staatliche wie privatwirtschaftliche Überwachung sowie asymmetrische Geschäftsbeziehungen auf den Märkten des digitalen Kapitalismus fassen sie als eine Bedrohung des liberalen Demokratiemodells der individuellen Freiheit auf; eine durch Digitalisierung beschleunigte soziale Differenzierung als eine Bedrohung des kommunitaristischen Modells einer politischen Gemeinschaft; digitale Öffentlichkeiten zuletzt als Herausforderung für das republikanisch-deliberative Demokratiemodell der Konfliktlösung durch öffentliche Debatten.

Für den FoDEx-Fachbereich „Digitale Öffentlichkeit" ist dieser letzte Aspekt von besonderer Bedeutung, soll hier doch politikwissenschaftliche Grundlagenforschung zum digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit[10] und seiner Implikationen für Radikalismen und Radikalisierung im digitalen Raum an die breite Öffentlichkeit vermittelt werden.

Die Synthese multidisziplinärer Forschungsstände

Auch für ein genuin politikwissenschaftliches Programm ist hierfür jedoch ein Blick in den Forschungsstand benachbarter Disziplinen notwendig. Insbesondere in der Erforschung digitaler Öffentlichkeiten sind die Medien- und Kommunikationswissenschaften, aber auch Arbeiten aus der Soziologie und der Informatik, bspw. zu Netzwerkanalysen, hochrelevant. Der Einfluss von strategischer Kommunikation politischer Akteu-

8 Hofmann et al.: Politik in der digitalen Gesellschaft.

9 Borucki/Oswald: Die Vision.

10 Zur theoretischen Analyse eines neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit vgl. auch Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian: Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel?, in: Leviathan, Jg. 37 (2021), S. 9–40.

re auf Individuen, die Auswirkungen der gesetzlichen Regulierung von sozialen Netzwerken auf den Feed der Nutzer:innen oder ideologische Verschiebungen einzelner Telegram-Kanäle im Verlauf der Corona-Pandemie sind vielschichtige Phänomene, die sich nicht disziplinär fassen lassen. Die multidisziplinäre Erforschung dieser Phänomene führt jedoch gleichzeitig zu einer konzeptionellen wie definitorischen Vielfalt innerhalb des Forschungsstands. Neben dieser disziplinären Differenzierung lässt sich auch eine regionale Differenzierung beobachten: Die Digitalisierung von Öffentlichkeiten ist ein globaler Prozess, der regional stark kontextabhängig aufgegriffen wird[11] – es gibt nicht die eine, sondern viele digitale Konstellationen, aus dem Brennglas wird ein Prisma.

Eine erste Strategie für den Transfer empirischer politikwissenschaftlicher Grundlagenforschung in die öffentliche Debatte sollte daher darin bestehen, diesen multidisziplinären Forschungsstand nicht nur für die Rechtfertigung und Einordnung der eigenen empirischen Arbeiten zu nutzen, sondern ihn für die breite Öffentlichkeit zu kondensieren und aufzubereiten. Dies ermöglicht eine Bestandsaufnahme gesicherter Erkenntnisse, die über die Aussagekraft der eigenen Forschung hinausgeht.

Gleichzeitig ist der Forschungsstand zu den Phänomenen digitaler Öffentlichkeiten durch methodische Herausforderungen begrenzt und weist somit auch ein strukturelles Nicht-Wissen auf. Ein zentraler Grund hierfür sind die nach wie vor eingeschränkte Datenverfügbarkeit für die Analyse sozialer Netzwerke und Messenger durch unabhängige Forschung. Noch weitaus größere Probleme bestehen in der Analyse von kausalen Zusammenhängen: Das betrifft etwa die Untersuchung der Personalisierung von Inhalten und Empfehlungen in sozialen Netzwerken und möglicher Auswirkungen auf die politischen Einstellungen von Individuen. Die theoretisch vermuteten Zusammenhänge sind derart komplex, dass sie kaum vollständig empirisch geprüft werden können. Diese Komplexität erschwert zudem die Abschätzung quantitativer Effektgrößen – auch wenn signifikante Zusammenhänge zwischen der Nutzung sozialer Netzwerke und bestimmten Einstellungen gefunden werden, können diese kaum zu alternativen, gegenläufigen und ggf. auch „analogen" potenziellen Einflüssen ins Verhältnis gesetzt werden. Vergrößert werden diese Lücken durch einen Mangel an international vergleichenden Studien, die relevante Kontextfaktoren identifizieren könnten.

Eine Ethik der „aufrichtigen Verkürzung"

Auch diese aktuellen Grenzen des wissenschaftlichen Kenntnisstandes sollten in der öffentlichen Debatte berücksichtigt werden. Die Kommunikation eines derart ausdifferenzierten Wissens und strukturellen Nicht-Wissens jenseits der Wissenschaft ist jedoch herausfordernd und verhallt zu oft ungehört. So ist beispielsweise die Verantwortung von Filterblasen und Echokammern für eine Polarisierung der Gesellschaft ein Gemeinplatz der öffentlichen Debatte – wissenschaftlich jedoch nicht haltbar.[12] Abgeschlossene Diskursnetzwerke sind in Deutschland nur an den politischen Rändern zu finden,[13] die Nutzung sozialer Medien führt für viele User:innen sogar zu einer diverseren

11 Lorenz-Spreen, Philipp et al.: Digital Media and Democracy: A Systematic Review of Causal and Correlational Evidence Worldwide, in: SocArXiv, 22.11.2021, doi:10.31235/osf.io/p3z9v.

12 Rau, Jan P./Stier, Sebastian: Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 13 (2019), S. 399–417.

13 Kersting, Norbert/Mehl, Max: Echokammern im deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Die ambivalente Rolle der Prominenz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 3, S. 586–602.

Informationsrezeption.[14] Die in diesem Zusammenhang oft erwähnten Social Bots überhaupt akkurat zu identifizieren, ist nach wie vor kaum möglich.[15] Damit sich solche Erkenntnisse in der breiten Öffentlichkeit durchsetzen, müssen die Unsicherheiten, Grenzen und gesicherten Ambivalenzen des Forschungsstands zu den Phänomenen digitaler Öffentlichkeiten stärker kommuniziert werden.

Die Logiken öffentlicher Debatten erfordern jedoch im Gegenteil die plakative Zuspitzung und Verkürzung. Eine zweite Strategie ist daher eine Zuspitzung und Verkürzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Anschluss an die öffentliche Debatte finden zu können, ohne dabei die komplexe Erkenntnislage zu vernachlässigen. Insbesondere in der Reflexion der Rolle von Forschung in der Corona-Pandemie haben sich hier Grundzüge einer Ethik der aufrichtigen Verkürzung in der Wissenschaftskommunikation und Politikberatung herausgebildet.

Eine solche Ethik bewegt sich in mehreren Spannungsfeldern. Das erste lässt sich mit dem sozialwissenschaftlichen Klischee des „Es ist kompliziert" zusammenfassen: Es besteht im kommunikativen Umgang mit Wissen und Nicht-Wissen. Die Herausforderung liegt darin, sowohl die Erkenntnisse als auch die Grenzen des Forschungsstands gleichberechtigt zu kommunizieren und letztere nicht nur als Einsichten darzustellen, bei denen lediglich der letzte Nachweis noch aussteht. Diese Differenzierung sollte aus der gesicherten Ambivalenz in Abgrenzung zu nach wie vor bestehenden Unsicherheiten heraus entwickelt werden: Zunächst sollten die bekannten Grautöne des Forschungsstands von den blinden Flecken abgegrenzt werden. Erst danach sollte das zugespitzte Bild in schwarz-weiß folgen. Ein solcher Ausgangspunkt sensibilisiert für die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Befunde und erhöht die Chance, dass auch Nicht-Wissen in der Rezeption berücksichtigt wird.

Das zweite Spannungsfeld besteht bei der Benennung von potenziellen politischen Handlungsbedarfen und eventuellen Empfehlungen für konkrete Instrumente der politischen Regulierung. Gerade bei einem komplexen Forschungsstand wie dem zu Phänomenen der digitalen Öffentlichkeit stellt sich die Frage, ob sich die Forschung in der Wissenschaftskommunikation auf eindeutig gesicherte Befunde zurückziehen sollte und ein potenzielles Problem dadurch ggf. unterschätzt, oder ob sie offensiv vor möglichen zukünftigen Entwicklungen warnen sollte und ein potenzielles Problem dadurch ggf. überschätzt. Eine ausgleichende Positionierung in diesem Spannungsfeld kann der Rückgriff auf strukturiert entwickelte Szenarien zu potenziellen zukünftigen Entwicklungen sein, die auf Basis des bislang gesicherten Forschungsstands entwickelt werden und in der Einordnung des Nicht-Wissens variiert werden.

Kooperationen mit Think Tanks, NGOs und Stiftungen

Damit diese Anpassung an die Regeln der öffentlichen Debatte aufrichtig zum eigenen wissenschaftlichen Anspruch bleibt, ist deren durchgängige Beobachtung und ein Bewusstsein für die potenziellen politischen Implikationen der eigenen Forschung nötig. Eine dritte Strategie der Wissenschaftskommunikation sollte daher die stärkere Verknüpfung der universitären Politikwissenschaft mit zivilgesellschaftlicher Forschung sein.

Think Tanks, NGOs und Stiftungen publizieren regelmäßig hoch aktuelle und deskriptiv dichte

14 Dubois, Elizabeth/Blank, Grant: The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media, in: Information, Communication & Society, Jg. 21 (2018), H. 5, S. 729–745.

15 Martini, Franziska et al.: Bot, or not? Comparing three methods for detecting social bots in five political discourses, in: Big Data & Society, Jg. 8 (2021), H. 2, S. 1–13.

Bestandsaufnahmen digitaler Öffentlichkeiten. Durch ihre Verknüpfung von Analysen mit wissenschaftlichem Anspruch mit einer kontinuierlichen Teilnahme am politischen Diskurs leisten sie empiriebasierte Politikberatung und positionieren sich ggf. mit Handlungsempfehlungen. Sie schließen meist an aktuelle politische Diskussionen an, etwa zur Plattformregulierung durch das NetzDG und die Auswirkungen von volksverhetzenden oder beleidigenden Inhalten.[16] Zivilgesellschaftliche Forschung ist oft in der Lage, schnell auf neue diskursive Entwicklungen zu reagieren und die entsprechenden Analysen in die öffentliche Debatte zu überführen, etwa durch ein kontinuierliches Monitoring sozialer Netzwerke. Gleichzeitig ist sie jedoch – insbesondere durch weit kürzere Projektlaufzeiten als in der schon prekären universitären Forschung üblich – in der Abstraktion von über den konkreten Fall hinaus verallgemeinerbaren Erkenntnissen oft eingeschränkt.

Die politikwissenschaftliche Grundlagenforschung sollte inhaltlich komplementär und persönlich vernetzt zu dieser Expertise arbeiten. Dies umfasst eine umfassende Begriffsarbeit und Theorieentwicklung und eine dementsprechende Abstraktion eigener und rezipierter empirischer Arbeiten. Gleichzeitig bieten der damit einhergehende Fokus auf einer exakten Konzeptbildung und die wissenschaftliche Qualitätskontrolle des Peer-Reviews ein starkes Korrektiv zu den Mythen und teilweise unglücklichen Verkürzungen des alltäglichen Diskurses. Hinzu kommt die in der Disziplin angelegte Differenzierung zwischen normativer Theoriearbeit, kritischer Analyse und Forschung mit Objektivitätsanspruch, die auch in der Wissenschaftskommunikation aufrechterhalten werden muss. Zuletzt erlaubt der universitäre Kontext eine stärker erkenntnis- statt problemorientierte Forschung.

Durch eine stärkere persönliche Kooperation zwischen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Analyse kann ein Transfer der jeweiligen Stärke unmittelbar Früchte tragen: Forscher:innen in stärker empirisch getriebenen, kurzfristigen Projekten der Zivilgesellschaft können in der Konzeptionsphase auf aktuelle Theorie- und Begriffsarbeit zurückgreifen und ein Publikum für projektübergreifende verallgemeinerbare Erkenntnisse finden, während Forscher:innen aus der universitären Politikwissenschaft einen schnelleren Anschluss an neue Entwicklungen im Feld nutzen und einen niedrigschwelligen Einblick in aktuelle politische Debatten zu ihrem Forschungsgegenstand erhalten können.

Fazit

Der FoDEx-Fachbereich Digitale Öffentlichkeit hat die Aufgabe, politikwissenschaftliche Grundlagenforschung zu Phänomenen von Radikalismus und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten zu betreiben und für die interessierte (fach)politische Öffentlichkeit aufzubereiten. Dies umfasst die Analyse von Infrastrukturen digitaler Öffentlichkeiten wie sozialen Netzwerken und Messengern, von Interaktionen, Netzwerken und Communitys im digitalen Raum sowie von Inhalten und Ideen, die im digitalen Raum geteilt werden.[17] Entlang dieser Kategorien führt der Fachbereich empirische Studien

16 So verfolgt etwa die Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz" das Ziel, Forschung und Zivilgesellschaft für eine „evidenzbasierte Praxis gegen digitalen Hass" zusammenzubringen. Vgl. BAG gegen Hass im Netz: Wissen, wie das Netz bewegt, https://bag-gegen-hass.net/ [eingesehen am 31.08.2022].

17 Aus dieser Überlegung heraus erarbeitet der Fachbereich Digitale Öffentlichkeit zurzeit eine Studie, in der die politische Nutzung von Messenger-Diensten in Niedersachsen auch jenseits des gängigen Fokus auf Desinformation oder radikale Inhalte untersucht wird. Derart verallgemeinerbare Erkenntnisse über die Rolle von Messengern in der politischen Kommunikation, Information und Koordination kontextualisieren wiederum die Analyse von Desinformation und radikalen Inhalten.

mit einem regionalen Fokus auf Niedersachsen durch, bettet diese Erkenntnisse in die Dynamik des internationalen und multidisziplinären Forschungsstands zum Forschungsgegenstand ein und kommuniziert die Ergebnisse an die politische Öffentlichkeit.

Ein solches Vorhaben muss sich mehreren Fallstricken widmen, die hier diskutiert wurden. Der vorliegende Beitrag stellt dementsprechend eine Selbstverortung des Fachbereichs für diese Aufgabe zwischen Forschung und Wissenschaftskommunikation dar und möchte darüber hinaus die interessierte Öffentlichkeit zu einer Fortführung der Diskussion einladen.

Literatur:

BAG gegen Hass im Netz: Wissen, wie das Netz bewegt, https://bag-gegen-hass.net/, [eingesehen am 31.08.2022].

Berg, Sebastian/Rakowsi, Niklas/Thiel, Torsten: Die digitale Konstellation. Eine Positionsbestimmung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 2, S. 171–191.

Borucki, Isabelle/Oswald, Michael: Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog, in: Borucki, Isabelle/Oswald, Michael (Hrsg.): Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, Wiesbaden 2020, S. 3–15.

Dubois, Elizabeth/Blank, Grant: The echo chamber is overstated: The moderating effect of political interest and diverse media, in: Information, Communication & Society, Jg. 21 (2018), H. 5, S. 729–745.

Hidalgo, Oliver: Digitalisierung, Internet und Demokratie – Theoretische und politische Verarbeitungen eines ambivalenten Feldes, in: Neue Politische Literatur, Jg. 65 (2020), H. 1, S. 77–106.

Hofmann, Jeanette/Kersting, Norbert/Ritzi, Claudia/Schünemann, Wolf J. (Hrsg.): Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, Bielefeld 2019.

Kersting, Norbert/Mehl, Max: Echokammern im deutschen Bundestagswahlkampf 2017. Die ambivalente Rolle der Prominenz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 3, S. 586–602.

Lorenz-Spreen, Philipp/Oswald, Lisa/Lewandowsky, Stefan/Hertwig, Ralph: Digital Media and Democracy: A Systematic Review of Causal and Correlational Evidence Worldwide, in: SocArXiv, 22.11.2021, DOI:10.31235/osf.io/p3z9v.

Martini, Franziska/Samula, Paul/Keller, Tobias R./Klinger, Ulrike: Bot, or not? Comparing three methods for detecting social bots in five political discourses, in: Big Data & Society, Jg. 8 (2021), H. 2, S. 1–13.

Rau, Jan P./Stier, Sebastian: Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 13 (2019), S. 399–417.

Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian: Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel?, in: Leviathan, Jg. 37 (2021), S. 9–40.

Bild: David Ausserhofer

Joschua Helmer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Referent für die AG „Digitalisierung und Demokratie" der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina tätig.

Schmitz, Christopher / Munderloh, Annemieke / Marg, Stine (2022): „Polarisierung zwischen Stadt und Land? Die 2. Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors" In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 11–18.
doi: 10.17875/gup2022-2118

Polarisierung zwischen Stadt und Land?

Die 2. Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors

Christopher Schmitz / Annemieke Munderloh / Stine Marg

Warum ein Niedersächsischer Demokratie-Monitor (NDM), also eine regelmäßige Erhebung darüber, wie die Menschen in Niedersachsen die Demokratie bewerten, wie groß ihr Vertrauen in die Politik ist, welche Einstellungen sie zu einzelnen Elementen des repräsentativen Staatswesens haben?

Die niedersächsische Demokratie zwischen Krise, Dekonsolidierung und Erosion

Die bereits etablierten Befragungen über den Zustand der Demokratie in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie nicht zuletzt die Häufigkeit und Intensität von Protestereignissen der letzten Jahre zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem politischen Personal und das Vertrauen darauf, gut regiert zu werden, nicht in jedem Bundesland Deutschlands gleich ausgeprägt sind. Grundsätzlich, so lässt sich nach zwei quantitativen (NDM 2019[1] und 2021[2]) und einer vertiefenden qualitativ-interpretativen Erhebung (NDM 2020[3]) urteilen, besteht be-

1 Marg, Stine et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019 (NDM 2019), FoDEx-Studie Nr. 2, Göttingen 2019.

2 Schenke, Julian et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie (NDM 2021), FoDEx-Studie Nr. 8, Göttingen 2021.

3 Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen

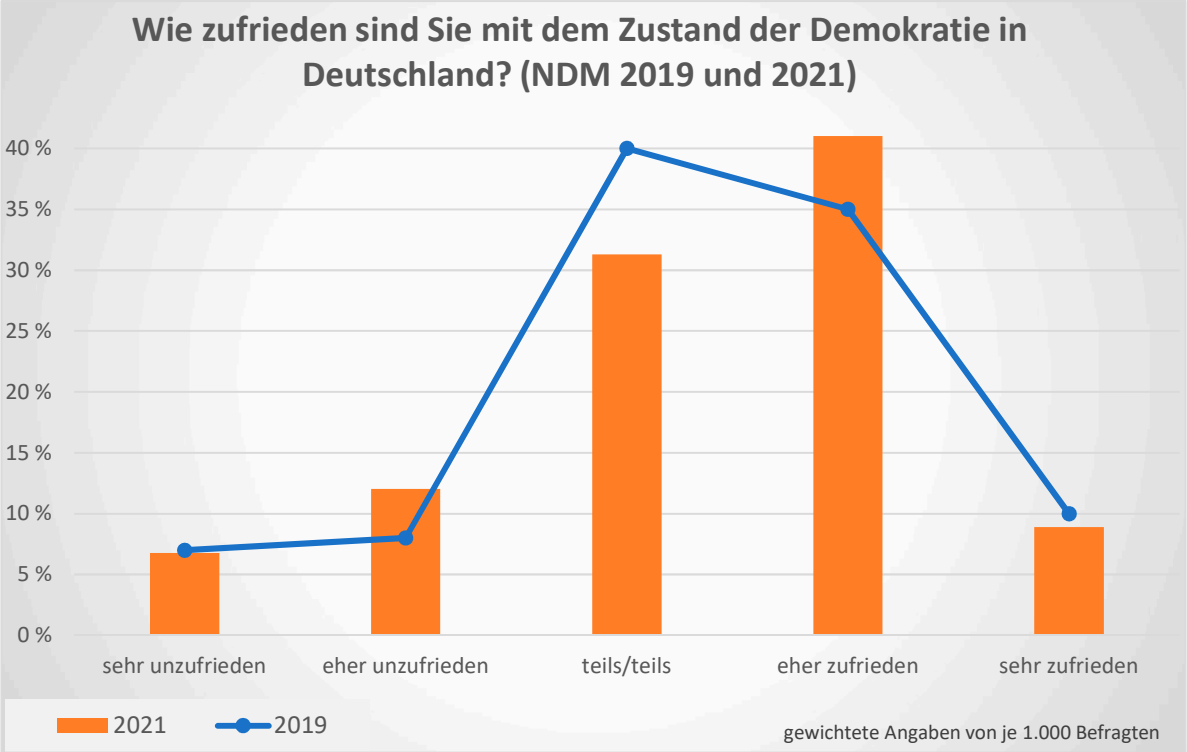

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit 2019 und 2021 im Vergleich; Quelle: Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021, S. 26.

züglich der niedersächsischen demokratischen Verfasstheit kaum Anlass zur Sorge. Immerhin ist hier die Zufriedenheit mit der Demokratie, gerade auf Landesebene, vergleichsweise hoch und zudem im Jahr 2021 gegenüber 2019 noch leicht gestiegen. Dem steht jedoch eine stärkere Polarisierung in der Frage gegenüber, wie die Legitimität der Demokratie als Regierungsform bewertet wird, schließlich steigt auch der Anteil jener Befragten, die mit der Demokratie eher und sehr unzufrieden sind (s. Abb. 1). Deutet sich hier ein Trend an? Das gilt es im Rahmen qualitativ-interpretativer Erhebungen zu erforschen.

Das alternierende Forschungsdesign des NDMs (eine quantitative Umfrageerhebung und eine qualitative Vertiefungsstudie im jährlichen Wechsel) erlaubt es uns, einerseits auf der Einstellungsebene Kontinuitätslinien der niedersächsischen Bevölkerung zu erheben und zu vergleichen sowie andererseits mittels qualitativ-interpretativer Methoden auf Ebene politisch-sozialer Deutungsmuster Fundamente und Grundlagen dieser zu rekonstruieren. Erkenntnisse aus den vorherigen Studien stehen so stets auf dem Prüfstand und regen neue Fragestellungen für die nachfolgenden Erhebungsrunden an. Dies gilt auch für die zweite qualitative Vertiefungsstudie, die im Entstehen begriffen ist und deren Zugang wir hier vorstellen möchten.

Wir gehen davon aus, dass eine demokratische Gesellschaft ihre systemdestabilisierenden Kollektive, Ideen und Wertvorstellungen aus ihrer alltäglichen Praxis heraus intrasozial hervorbringt und diese keineswegs von einem transgesellschaftlichen „Äußeren" auf diese einprasseln.[4] Weite Teile der Demokratieforschung

Demokratie-Monitors (NDM 2020), FoDEx-Studie Nr. 5, Göttingen 2020.

4 Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwi-

kennen begrifflich zwar systemstabilisierende Faktoren[5], bleiben jedoch eher vage, wenn es um Krisen- und Bedrohungsnarrative der Demokratie geht. Überdies wird in vielen Studien oftmals a) ein historisches Optimum des demokratischen Status Quo und b) eine normative Zementierung vergangener Zustände des Demokratischen suggeriert. Beide Momente sind nicht unproblematisch. Die Annahme historisch gewesener Optimalzustände der Demokratie täuscht darüber hinweg, dass diese allenfalls für kurze Zeit und bestenfalls für lediglich ausgewählte Gesellschaftsgruppen Bestand gehabt haben. Zugleich lässt sich argumentieren, dass bloße Restaurierungsnarrative den Blick für Veränderungen demokratischer Gesellschaften verschließen, die zunächst einmal theoretisch wie empirisch durchdrungen und beschrieben werden müssen.[6] Hier möchten wir ansetzen und Prozesse einer sich verschärfenden Unzufriedenheit mit der Demokratie und einen schwindenden Rückhalt analysieren. Dies gilt – möglicherweise als Kehrseite der Medaille – gleichfalls für eine steigende Demokratiezufriedenheit, die sich in den Daten des NDM 2021 abzeichnet.

Während es keinen Mangel an Theorien der Demokratisierung und Konzepten der Konsolidierung gibt, sind Theorien demokratischer Involution – also Theorien einer Rückbildung demokratischer Entwicklungstendenzen – hingegen eher rar.[7] Die Politikwissenschaftler Stefano Foa und Yascha Mounk etwa sprechen bezüglich westlicher Demokratien von einem Prozess demokratischer Dekonsolidierung und begreifen diesen konzeptionell als einen Wahrnehmungswandel der Demokratie selbst: Diese sei nicht länger „the only game in town"[8]. Demokratien dekonsolidierten sich, wenn relevante Anteile der Bevölkerung alternative Regimeformationen (erneut) für denkbar hielten. Foa und Mounk machen hierfür vor allem jüngere Kohorten verantwortlich und ermessen dies an einem Abfall demokratischer Stabilität im Zeitverlauf.[9] Eine andere Perspektive nimmt Michael Greven ein. Er betont angesichts der Erosion demokratischer Strukturen und Institutionen vor allem die Historizität der Demokratie als gesellschaftliches Konzept und hebt die Kontingenz von Strukturen menschlich-sozialen Ursprungs hervor.[10] Der Kern von Grevens Erosionsbegriff ist die Fähigkeit, schleichende Prozesse, die höchstens retrospektiv als Bestandteil einer Krisendiagnostik identifiziert werden können, als Teil der analytisch-konzeptionellen Arbeit aufzufassen. Dennoch bleibt ein entscheidendes Problem: Selbst, wenn ein Abfall in der Demokratiequalität diagnostiziert werden kann oder Positionen salonfähiger werden, die alternati-

schenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexionen im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog 5/2019, S. 2–13.

5 Vgl. exempl. Marschall, Stefan: Demokratie, Opladen und Toronto 2014.

6 Vgl. ebd.; Rüb, Friedbert W./Selk, Veith/Trimçev, Rieke: Einleitung. Warum ‚Erosion der Demokratie'?, in: dies. (Hrsg.): Die Erosion der Demokratie. Beiträge von Michael Th. Greven zur kritischen Demokratietheorie, Wiesbaden 2020, S. 1–22; Lessenich, Stephan: Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzingen 2019.

7 Vgl. Greven, Michael T.: The Erosion of Democracy – the Beginning of the End?, in: Rüb/Selk/Trimçev: Erosion der Demokratie, S. 191–208 sowie Foa, Robert S./Mounk, Yascha: The Danger of Deconsolidation. The Democratic Disconnect, in: Journal of Democracy, Jg. 27 (2016), H. 3, S. 5–17.

8 Foa, Robert S./Mounk, Yascha: Democratic Deconsolidation in Developed Democracies, 1995–2018. CES Open Forum Series 2018–2019 [Working Paper], URL: http://aei.pitt.edu/102389/ [eingesehen am 11.07.2022], S. 2.

9 Die Empirie von Foa und Mounk ist nicht ohne Kritik geblieben und hat eine rege Debatte ausgelöst, vgl. Wuttke, Alexander/Gavras, Konstantin/Schoen, Harald: Have Europeans Grown Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981–2018, in: British Journal of Political Science, Jg. 52 (2022), H. 1, S. 416–428; Greven: The Erosion of Democracy, S. 192; Rüb/Selk/Trimçev: Erosion der Demokratie, S. 5.

10 Greven: The Erosion of Democracy, S. 192.

ve Regimetypen für akzeptabel und denkbar halten, sind damit jeweils lediglich Symptome identifiziert. Über die Ursachen ist dadurch noch wenig bekannt.[11] Auch zu diesen Fragen soll im Rahmen der zweiten Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors eine Antwort gefunden werden.

Fragestellung und Fallauswahl

Niedersachsen befindet sich in einem interessanten Schwebezustand, der politikwissenschaftliche Nachforschungen herausfordert. Ein quer zu den oben skizzierten Tendenzen der Demokratieforschung liegender Befund des NDM 2021 ist, dass bezüglich fast aller Items die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in zentrale Institutionen der Demokratie in den letzten zwei Jahren angestiegen ist.[12] Zugleich lassen sich Anzeichen für eine Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland identifizieren, die sich erstmals in dem für den NDM 2021 erhobenen Demokratierückhalts-Index finden. Zu dessen Errechnung wurde angenommen, dass Personen, die bei den Aussagen „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig" und „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar" *nicht* ihre volle Zustimmung gegeben haben, persönliche Überzeugungen aufweisen, die sie im Krisenfall anfällig für demokratieskeptische Positionen werden lassen. Sowohl die Bejahung von Parteien als wichtigen Agenten der Interessenartikulation und -aggregation als auch die Akzeptanz politischer Opposition sind für eine funktionierende repräsentative Demokratie unerlässlich.[13]

Grundsätzlich äußerten über die Hälfte der Befragten ihre volle Zustimmung zu diesen Items, rund ein Fünftel erreicht immerhin sieben von acht Punkten – die Mehrheit der Niedersächs*innen gibt damit ihre uneingeschränkte Unterstützung der Demokratie zu Protokoll. Doch immerhin rund 14 Prozent der Befragten antworteten auf mindestens eine der Fragen ablehnend. Diese Personen weisen damit nicht automatisch antidemokratische Einstellungen auf, dennoch wird angenommen, dass sie die repräsentative Demokratie bei (verbalen) Angriffen weniger vehement verteidigen als jene, die eine hohe Index-Punktzahl erreichen.[14] Schaut man genauer hin, stellt sich heraus, dass sich diese Einstellungen offenbar nicht gleichmäßig in Niedersachsen verteilen. Anhand von Postleitzahlgebieten lässt sich erkennen, dass die Demokratie den höchsten Rückhalt im niedersächsischen Norden genießt, in den Regionen um die Landkreise Lüneburg und Harburg. Demgegenüber fällt der Südosten des Landes – grob umrissen: alles unterhalb einer gedachten Linie von Holzminden nach Wolfsburg – durch in Relation niedrigere Werte auf (s. Abb. 2). Diese Mikroabweichungen, die Hinweise auf eine sich längerfristig verstetigende Entwicklung geben, bleiben auch dann bestehen, wenn bekannte Einflussfaktoren wie Einkommen, Bildungsstand, grundsätzliche Zufriedenheit mit der Demokratie oder Links-Rechts-Einstufung in den Berechnungen berücksichtigt werden.[15]

Wir wollen an diesen Befund anknüpfen und gleichzeitig die Ergebnisse der ersten qualitativen Vertiefungsstudie berücksichtigen. Dort stellten die Autor*innen fest, dass die „ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen", die sich im kommunitaristisch geprägten Nahraum als „gemeinschaftliches Erleben" ausdrückt und Demokratie auf ein fernes, geräuschloses, depersonalisiertes Institutionengeflecht reduziert, auf einer „kleinbürgerlichen Attitüde" der Nie-

11 Vgl. Rüb/Selk/Trimçev: Erosion der Demokratie, S. 5.

12 Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 23.

13 Vgl. Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021, S. 33..

14 Vgl. ebd., S. 34.

15 Vgl. ebd., S. 35.

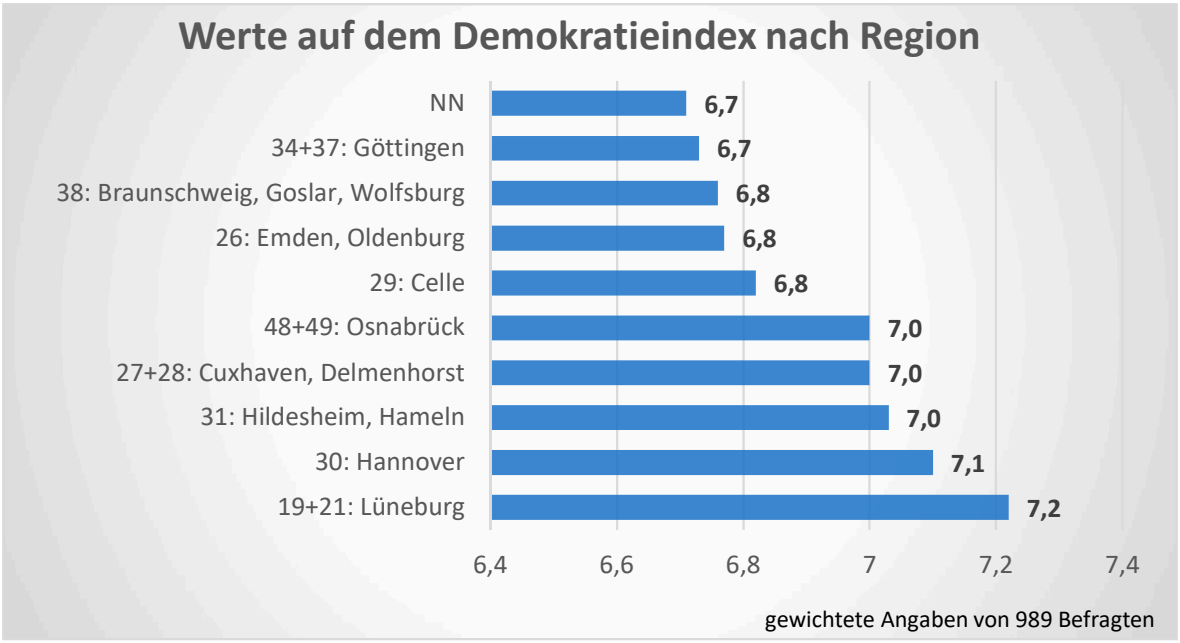

Abbildung 2: Werte auf dem Demokratie-Index nach Postleitzahlregionen; Quelle: Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021, S. 34.

dersächs*innen fuße.[16] Diese speise sich aus drei grundlegend politisch-sozialen Deutungsmustern,

> „das Deutungsmuster einer distinkten Trennung der harmonisch gezeichneten privaten Lebenswelt von der ‚großen' und unruhigen Sphäre gesellschaftspolitischer Fragen, das Deutungsmuster einer politischen Technokratie, welches die Funktionsfähigkeit von Staat und Demokratie an der Fähigkeit misst, Konflikte stillzustellen (nicht zu formen) und wirtschaftliche Interessengruppen auszuschließen sowie das Deutungsmuster der (politischen) Bildung als gesellschaftspolitischer Impfung gegen Gefährdungen der demokratischen Gesellschaftsordnung."[17]

In den eher städtisch geprägten Erhebungsorten der ersten Vertiefungsstudie (Braunschweig, Oldenburg, Salzgitter und Osnabrück) wurde eine Deutungsperspektive der Menschen rekonstruiert, die sich begrifflich in die zeitgenössische Konfliktlinienforschung einfügt und explizit an diese anschließt.[18] Auch neuere Forschungen liefern erste Hinweise darauf, dass jene Bürger*innen, die mit der liberalen Demokratie und deren Krisenbewältigungsstrategien eher zufrieden sind, überwiegend in städtisch geprägten Räumen leben würden, während das Gros der Unzufriedenen in ländlicheren Gebieten beheimatet sei.[19] Stadt und Land[20] würden, so die These, die Umgebungen beschreiben, in denen Kosmopolit*innen einerseits und Kommunitarist*innen andererseits aufzufinden seien. Diese Differenzierung zwischen Kosmopolit*innen (als jene, die Globalisierung befürworten, eher grüne, alternative und liberale Werte vertreten) auf der einen und Kommunitarist*innen (die der Globalisierung ablehnend gegenüberstehen und eher traditionalistische, autoritäre und nationalistische Präferenzen aufweisen) auf der ande-

16 Vgl. Schenke/Trittel/Neumann: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 83.

17 Ebd., S. 88.

18 Vgl. ebd., S. 11.

19 Vgl. sehr explizit und mit zahlreichem empirischem Material unterlegt: Haffert, Lukas: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022.

20 Bzgl. einer Typisierung von Ländlichkeit vgl. Küpper, Patrick: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68, Braunschweig 2016.

ren Seite bezieht sich auf neuere Erkenntnisse der Cleavage-Theorie[21], mit deren Hilfe das Entstehen und der Wandel des Parteiensystems beziehungsweise das Wahlverhalten der Bürger*innen entlang kultureller und ökonomischer Konfliktlinien erklärt wird. Der durch die Globalisierung verursachte neue Cleavage beschreibt demzufolge den Grundkonflikt zwischen liberal-universalistischen Werten hier und traditionellen Werten, mit Fokus auf die nationale Souveränität und eine ausgeprägte Präferenz für Mehrheitsentscheidungen, da.[22]

Wir wollen mit der zweiten qualitativen Vertiefungsstudie an diese Befunde auf zwei Ebenen anknüpfen: Erstens möchten wir die bisherigen Erkenntnisse, die zur aktuellen Cleavage-Theorie zusammengetragen wurden und sich insbesondere auf die organisatorischen (Parteien und soziale Bewegungen) und strukturellen (sozioökonomische Faktoren) Elemente einer Konfliktlinie beziehen, durch eine detaillierte Analyse der Ebene der Deutungsmuster beziehungsweise der kollektiven Identitäten, die bisher eher weniger untersucht worden sind,[23] ergänzen. Schlägt sich die auf der Wähler*innenebene identifizierte Spaltung zwischen Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen auf der Ebene der kollektiven Identitäten nieder?[24] Zweitens wollen wir den Zusammenhang der Ausprägung des Cleavages anhand ländlicher und städtischer Räume[25] näher beleuchten. Hierzu haben wir sowohl aus der ersten Vertiefungsstudie mit dem Ergebnis der saturierten Zufriedenheit in städtischen Räumen als auch mit dem Demokratierückhalts-Index aus dem NDM 2021 erste Hinweise erhalten. Durch eine anschließende konsequente Beleuchtung der kollektiven Identitäten im ländlichen Raum sollen die bisherigen Befunde überprüft, ergänzt und zusammengeführt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen konzentrieren wir uns für den NDM 2022 auf folgende Forschungsfragen:

1) Gilt in Niedersachsen weiterhin die kleinbürgerliche Attitüde heimeliger Selbstzufriedenheit als zentrales politisch-kulturelles Deutungsmuster?

2) Lassen sich die im Demokratierückhalts-Index (implizit) formulierten Hypothesen durch die konkrete Fallanalyse verifizieren?

3) Sind die im Index identifizierten regionalen Abweichungen auf spezifische regionale Deutungsmuster und Einstellungen zurückführbar?

4) Können wir – auf der Ebene der kollektiven Identitäten – Hinweise für die in der Cleavage-Forschung identifizierte Polarisierung zwischen Stadt und Land finden?

21 Vgl. Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York/London 1967.

22 Vgl. Merkel, Wolfgang: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden 2017, S. 9–23.

23 Vgl. Bornschier, Simon et al.: How „Us" and „Them" Relates to Voting Behavior. Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice, in: Comparative Political Studies, Jg. 54 (2021), H. 12, S. 2087–2122.

24 Erste Ansätze hierzu finden sich bei: Bornschier, Simon et al.: Identity Formation between Structure and Agency – How „Us" and „Them" relates to Voting Behavior in Contexts of Electoral Realignment (unveröffentlicht), 2022.

25 Vgl. hierzu Haffert: Stadt, Land, Frust; Zilles, Julia/Marg, Stine: Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany. Mindsets and Collective Identities, in: German Politics 2022, URL: https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2059469 [eingesehen am 11.07.2022]; Huijsmans, Twan et al.: Are Cities ever more Cosmopolitan? Studying Trends in Urban-Rural Divergence of Cultural Attitudes, in: Political Geography, Jg. 86 (2021), H. 1, Article 102353.

Forschungsdesign

Die formulierten Fragestellungen benötigen ein Forschungs- und Erhebungsdesign, das gerade die vorbewusste Dimension kollektiver Identitäten, die auf gemeinsame Deutungsreservoirs zurückgreift und in der intersubjektiven Auseinandersetzung rekonstruierbar ist, im Rahmen einer sinnvollen und systematischen deskriptiv-vergleichenden Analyse herausarbeiten kann. Die Wahl fiel auf eine leitfadengestützte Fokusgruppenerhebung[26] in zwei stark ländlich geprägten Kontrastregionen: zum einen in einer Region mit (entsprechend der Ergebnisse des Demokratierückhalt-Indexes) *hoher* Demokratieaffinität und zum anderen in einer Region mit *niedriger* Demokratieaffinität. Diese Datenerhebung wurde durch Feldbesuche und teilnehmende Beobachtungen von gemeinschaftlichen Aktivitäten vor Ort flankiert.

Wir wollen beobachten, wie die Teilnehmenden im Fokusgruppengespräch kollektive Identität(en) herstellen, und herausfinden, wie sie sich aktiv zuordnen oder abgrenzen beziehungsweise mit zugeschriebenen Zugehörigkeiten umgehen. Dazu lassen wir sie ihre eigene Wahrnehmung des Lebens auf dem Dorf beschreiben und sprechen mit ihnen über für sie relevante Gruppenzugehörigkeiten und was diese in ihrer Wahrnehmung ausmacht, bevor wir den Bogen zu ihrer Politik- und Demokratiewahrnehmung wie -unterstützung spannen, sowohl hinsichtlich ihres direkten Nahraums (Kommunalpolitik) als auch bezüglich der Landes- und Bundespolitik. An diesem Punkt der Diskussion soll auch der Demokratierückhalts-Index einer kritischen Prüfung unterzogen werden: Ist die Demokratie bei unseren Teilnehmenden (noch?) „the only game in town"?

26 Für eine Fokusgruppe, die eine Gesellschaft im Kleinen abbilden soll, werden sechs bis acht einander (meist) unbekannte Personen moderiert miteinander ins Gespräch gebracht. Aufgrund der gemeinsamen Aushandlung und Verständigung der Teilnehmenden untereinander werden überindividuelle Deutungen formuliert, die im Auswertungsprozess anhand der Transkripte rekonstruiert werden können.

Literatur:

Bornschier, Simon/Häusermann, Silja/Zollinger, Delia/Colombo, Celine: How „Us" and „Them" Relates to Voting Behavior. Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice, in: Comparative Political Studies, Jg. 54 (2021), H. 12, S. 2087–2122.

Bornschier, Simon/Haffert, Lukas/Häusermann, Silja/Steenbergen, Marco/Zollinger, Delia: Identity Formation between Structure and Agency - How „Us" and „Them" relates to Voting Behavior in Contexts of Electoral Realignment (unveröffentlicht), 2022.

Foa, Robert S./Mounk, Yascha: Democratic Deconsolidation in Developed Democracies, 1995–2018. CES Open Forum Series 2018–2019 [Working Paper], URL: http://aei.pitt.edu/102389/ [eingesehen am 11.07.2022].

Foa, Robert S./Mounk, Yascha: The Danger of Deconsolidation. The Democratic Disconnect, in: Journal of Democracy, Jg. 27 (2016), H. 3, S. 5–17.

Greven, Michael T.: The Erosion of Democracy – the Beginning of the End?, in: Rüb/Selk/Trimçev (Hrsg.): Erosion der Demokratie, Beiträge von Michael Th. Greven zur kritischen Demokratietheorie, Wiesbaden 2020, S. 191–208.

Haffert, Lukas: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022.

Huijsmans, Twan/Harteveld, Eelco/van der Brug, Wouter/Lancee, Bram: Are Cities ever more Cosmopolitan? Studying Trends in Urban-Rural Divergence of Cultural Attitudes, in: Political Geography, Jg. 86 (2021), H. 1, Article 102353.

Küpper, Patrick: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Thünen Working Paper 68, Braunschweig 2016.

Lessenich, Stephan: Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzingen 2019.

Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York/London 1967.

Marg, Stine/Schenke, Julian/Finkbeiner, Florian: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff. Zwischenstand der begriffshistorischen und -theoretischen Reflexionen im Forschungsprozess, in: Demokratie-Dialog 5/2019, S. 2–13.

Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitazaki, Efpraxia: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019 (NDM 2019), FoDEx-Studie Nr. 2, Göttingen 2019.

Merkel, Wolfgang: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden 2017, S. 9–23.

Rüb, Friedbert W./Selk, Veith/Trimçev, Rieke: Einleitung. Warum ‚Erosion der Demokratie'?, in: dies. (Hrsg.): Die Erosion der Demokratie. Beiträge von Michael Th. Greven zur kritischen Demokratietheorie, Wiesbaden 2020, S. 1–22.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon/Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie (NDM 2021), FoDEx-Studie Nr. 8, Göttingen 2021.

Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM 2020), FoDEx-Studie Nr. 5, Göttingen 2020.

Wuttke, Alexander/Gavras, Konstantin/Schoen, Harald: Have Europeans Grown Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981–2018, in: British Journal of Political Science, Jg. 52 (2022), H. 1, S. 416–428.

Zilles, Julia/Marg, Stine: Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany. Mindsets and Collective Identities, in: German Politics 2022, URL: https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2059469 [eingesehen am 11.07.2022].

Christopher Schmitz, M. A., ist Politikwissenschaftler und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung.

Annemieke Munderloh, M. A., ist Soziologin mit Fokus auf interpretative Sozialforschung im Themenspektrum der Migrations-, Ungleichheits- und Rassismusforschung. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei FoDEx im Bereich „Niedersächsischer Demokratie-Monitor" am Institut für Demokratieforschung.

Dr. Stine Marg, ist Politikwissenschaftlerin und geschäftsführende Leiterin des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.

Neef-Methfessel, Tobias (2022): „‚... nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft ...' Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II"
In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 19–29.
doi: 10.17875/gup2022-2119

„... nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft ..."

Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II

Tobias Neef-Methfessel

Im Anschluss an den Artikel „Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann" in der Ausgabe 9 (2021) des Demokratie-Dialog[1] befasst sich der folgende Text nun mit der Nachkriegsbiografie des ersten Präsidenten des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Karl Hofmann.

Aus der Arbeiterbewegung stammend hatte Hofmann sich in den 1920er Jahren dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund" (ISK), einer sozialistischen Kaderorganisation, angeschlossen, in der er in Hannover eine führende Funktion übernommen hatte. Während des Nationalsozialismus war der ISK an zahlreichen Widerstandsaktionen beteiligt, leistete Fluchthilfe und hielt mit einigen emigrierten Mitgliedern ein transnationales Netzwerk aufrecht, das nach dem Krieg mehrheitlich in der SPD aufging. Von April bis Oktober 1945 verfolgte der ISK in Hannover dann zwei Strategien: Die eine war darauf angelegt, ISKler:innen in den neugebildeten Gremien und Verwaltungsstrukturen zu installieren. Die andere zielte darauf

1 Neef-Methfessel, Tobias: Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann, in: Demokratie-Dialog 9 (2021), S. 2–12.

ab, die sozialistische Bewegung in Hannover zu organisieren, was fast zwangsläufig zu Konflikten mit Kräften innerhalb der SPD führte, hatten doch gerade jene sozialdemokratischen Netzwerke den Nationalsozialismus unbeschadet überstanden, die den Konflikt mit dem Regime gescheut hatten und schon in der Weimarer Republik für einen moderaten und pragmatischen Politikkurs standen.[2] Während diese Kräfte insbesondere auf eine Restauration der alten Sozialdemokratie setzten, agitierte der ISK für den Neuaufbau einer sozialistischen Bewegung. Bereits im Juli 1945 wurde die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit" vom ISK zusammen mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) ins Leben gerufen, um eine erneute Aufspaltung der sozialistischen Bewegungen zu verhindern und die Sozialdemokraten unter Druck zu setzen.[3] Jedoch wurde den Mitgliedern des ISK schnell klar, dass diese Vereinigungsversuche illusorisch waren. Der Handlungsdruck erhöhte sich zusätzlich dadurch, dass, wie der Gewerkschaftler Alfred Dannenberg in einem Schreiben an Willy Eichler betonte, die britische Besatzungsmacht eine aktive Entnazifizierung bisher hinausschiebe und damit der Reorganisation von Nationalsozialist:innen in Verwaltungsstrukturen Vorschub leiste: „Es ist heute schon so weit, daß es für jeden fortschrittlichen Menschen feststeht, die Engländer werden den Linken keine Chance geben. [...] Denn was sollte einen englischen Offizier nach monatelangem Zusammenarbeiten mit Nazis oder Erzreaktionären, die ihre Arbeit gut oder hinreichend bewältigt haben, dazu bringen, diese Leute auf die Straße zu setzen und sich wieder der Mühe [zu] unterziehen, neue Kräfte einzuarbeiten?"[4]

Vor der Wahl zwischen politischer Marginalisierung und Anpassung an die Sozialdemokratie stehend entschied sich Eichler für Letzteres,[5] und so suchten die ISKler ab August in Verhandlungen mit Kurt Schumacher nach einer Lösung. Die Gespräche liefen vor dem Hintergrund der sich konsolidierenden sozialdemokratischen Parteistrukturen ab, die als Ergebnis dieser Verhandlungen für die Mitglieder von ISK und SAP geöffnet werden sollten. Parallel zu diesem Prozess agitierte der ISK allerdings vielfach konfrontativ gegenüber den lokalen SPD-Strukturen und versuchte weiterhin, eine sozialistische Einheitspartei sowie eigenständige Gewerkschaftsstrukturen aufzubauen. So befand sich Karl Hofmann Ende 1945 in der befremdlichen Situation, dass ihm zwar aufgrund seiner Agitation die Solidarität der lokalen Parteibasis als auch der mittleren Funktionärsebene fehlte, er jedoch vor dem Hintergrund seiner Kontakte zur Besatzungsmacht eine politisch bedeutsame Position außerhalb der SPD eingenommen hatte und seine Aufnahme in die SPD bevorstand.

Unter der Ägide Hinrich Wilhelm Kopfs, der selbst im Mai 1945 nicht durch die parteipolitische Ochsentour,[6] sondern durch die britische

2 Ausführlicher hierzu: Schenke, Julian/Scharf, Philipp/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021, S. 19–25.

3 Grebing, Helga: Entscheidung für die SPD: Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, Berlin 2020, S. 18–19.

4 Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto (Hrsg.): Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998, S. 347–348.

5 Klär, Karl-Heinz: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugendbund (IJB) und Internationaler sozialistischer Kampfbund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK 18 (1982), H. 3, S.310–360, hier S. 355.

6 Der Begriff bezeichnet in der Parteienforschung den langwierigen Aufstieg in einer innerparteilichen Hierarchie, der von der lokalen Ebene auf die Landes- und Bundesebene führt. Im Zuge dieses Karriereweges werden unter anderem parteiinternes Vertrauen und Rückhalt aufgebaut. Zum Begriff siehe: Hellmann, Daniel: Der mühselige Weg zum Mandat

Militärregierung ins Amt des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Hannover eingesetzt worden war,[7] durchlebte Hofmann in den folgenden Jahren eine steile Karriere: Schon im September 1945 wurde er als Sonderreferent für die Entnazifizierung der Handelskammer in Hannover eingestellt. Ab 1946 leitete er dann den Entnazifizierungs-Hauptausschuss der Stadt Hannover, von wo er Ende 1946 als Abteilungsleiter für die Entnazifizierung ins Justizministerium übernommen wurde. Im Februar 1947 wurde er zum Staatskommissar für die Entnazifizierung ernannt und in dieser Funktion später in das CDU-geführte Ministerium für Entnazifizierung übernommen.[8] Der ehemalige Buchhalter stieg somit binnen kürzester Zeit in den höheren Staatsdienst auf.

Die Grundlagen dieser Karriere waren durch die Funktionen geschaffen worden, die Hofmann vor Kriegsende in der Reorganisation der sozialistischen Bewegung sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber den Besatzungsmächten eingenommen hatte. Ein weiterer bedeutender Faktor für seinen Aufstieg ist in der Protektion Hofmanns durch den späteren Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf zu sehen. Umtriebig, aufgrund seiner Rolle in der Übergangszeit bestens vernetzt und durchaus in der Lage, die lokale SPD unter Druck zu setzen, wurde Hofmann unter der Ägide von Kopf, der Hofmanns Agieren richtungsweisend begleitete, früh in die Verwaltungsstrukturen des Landes integriert. Das politische Feld, das Hofmann nun betrat, war von anderen Konfliktlinien und Machtkonstellationen geprägt als das Feld der Arbeiter:innenbewegung, in der er bis zum Kriegsende gewirkt hatte. Im politischen Feld der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Stabilisierung der Machtoptionen handlungsleitend: Die niedersächsische Sozialdemokratie führte zwar bis 1955 sämtliche Regierungen in Niedersachsen an, jedoch durchgehend in Koalitionen mit konservativen bis reaktionären Parteien, deren Gemeinsamkeiten dünn gesät, deren interne Rivalitäten ausgeprägt waren und die daher auf instabilen Füßen standen.[9] Die Koalitionen, die allesamt von Kopf geleitet wurden, waren daher von einem paradoxen Kräfteverhältnis bestimmt: Stark ausgeprägte konservative und liberal-bürgerliche Milieus hatten im neu gegründeten Bundesland eine zersplitterte Parteienlandschaft hervorgebracht, deren Fragmentierung und innere Rivalität Kopf strategisch zu nutzen wusste,[10] die ihn jedoch immer wieder zu Tributen an seine Koalitionspartner zwang. Gerade in den entscheidenden Jahren 1947–1948, in denen die Entnazifizierung weitgehend durch die niedersächsische Landesregierung übernommen und neu strukturiert wurde, war ein Wahlblock aus der nationalistischen Deutschen Partei (DP) und der CDU an der Koalition beteiligt.

Die Entnazifizierung in Niedersachsen

Vor diesem Hintergrund vollzog sich der Aufstieg Hofmanns in der Landesverwaltung, und er lernte in diesen Jahren, mit den Ambivalenzen dieser Kräfteverhältnisse zu arbeiten. 1947 wurde die Entnazifizierung in Teilen den Landesregierungen in der britischen Besatzungszone übergeben, wobei seitens der Militärregierung deutlich gemacht wurde, dass mit den Entnazifizierungsprozessen primär Sicherheitsinteressen verknüpft waren. Nach Ansicht des britischen *Public Safety Branch* sollte das Ka-

– aber welcher? Empirische Untersuchungen zu Inhalt und Bedeutung der Ochsentour, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 51 (2020), H. 1, S. 49–67.

7 Nentwig, Teresa: Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat, Hannover 2013, S. 276–278.

8 Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 26, sowie Personalnachweisung in Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25.

9 Nentwig: Hinrich Wilhelm Kopf, S. 375–402.

10 Schenke/Scharf/Tappé: Konstitutionsfaktoren, S. 21–25.

tegoriensystem der Entnazifizierung „nicht als Strafe für Verhalten in der Vergangenheit" gesehen, sondern „vom Standpunkt der Sicherung der Zukunft" betrachtet werden.[11]

Im März 1948 wurde das vorhandene Ausschusswesen der Entnazifizierung neu strukturiert. Mitglieder der Ausschüsse sollten zugleich Mitglieder der demokratisch legitimierten Parteien sein, wobei eine strukturelle Dominanz der Vertreter:innen der konservativen bis reaktionären Parteien die Arbeit der Ausschüsse prägte,[12] denen Hofmann als Staatskommissar vorstand. Diese Dominanz sorgte dafür, dass unkritische Überprüfungen der Regelfall waren, sodass in der Praxis die Täterschaft des Nationalsozialismus externalisiert wurde, sich eine große Mehrheit der Bevölkerung gegen die als willkürlich wahrgenommene Entnazifizierung solidarisierte und die allermeisten der Überprüften als „unbelastet" eingestuft wurden.[13] Bereits im Juni 1948 wurde die Abwicklung der Entnazifizierung eingeleitet: Per Erlass wurde den in den Kategorien IV (Mitläufer) und III (Minderbelastete) Entnazifizierten die Möglichkeit eingeräumt, in Berufung zu gehen, und ein Jahr später wurde eine generelle Herabstufung der in Kategorie IV und III Eingestuften nach einem bzw. zwei Jahren in die Kategorie V beschlossen.[14] Mit diesen Beschlüssen war einer massenhaften Rehabilitierung nationalsozialistischer Täter:innen der Weg geebnet, schon bevor das so genannte „131er-Gesetz" belasteten Beamten die Rückkehr in den Staatsdienst ermöglichte.

11 Niederschrift der Monatsbesprechung bei Public Safety Special Branch, 05.06.1947, zitiert nach Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020, S. 51.

12 Brüdermann, Stefan: Entnazifizierung in Niedersachsen, in: Poestges, Dieter (Hrsg.): Übergang und Neubeginn. Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit, Göttingen 1997, S. 97–118, S. 113.

13 Brüdermann: Entnazifizierung, S. 106–116.

14 Brüdermann: Entnazifizierung, S. 113–114.

Der Aufbau der Informationsstelle

Kontroversen um Hofmanns Vergangenheit im ISK, seine politische Agitationsweise in der unmittelbaren Nachkriegszeit, seine über die Jahre im Staatsdienst entstandene Linientreue gegenüber Kopf und insbesondere seine Vergangenheit als Staatskommissar für die Entnazifizierung sollten Hofmann noch weit in die 1950er Jahre hinein begleiten. Und obwohl die Entnazifizierung in Niedersachsen von Anbeginn so zahnlos verlaufen war, dass Hannover zu einem beliebten Anlaufort für nationalsozialistische Polizeioffiziere aus dem Osten geworden war, „denen es in ihrer Heimat zu heiß geworden ist"[15], war mit Hofmanns Rolle innerhalb der Entnazifizierung eine Art Stigma verbunden, das immer wieder reaktiviert und gerade vor dem Hintergrund seiner neuen Tätigkeit als Leiter eines Nachrichtendienstes zur Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt umgedeutet wurde. Als Kopf dem Niedersächsischen Kabinett im Herbst 1949 mitteilte, dass Hofmann diese Aufgabe zukommen sollte, wandte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende nach Rücksprache mit der DP an den niedersächsischen Innenminister und äußerte „schwerwiegende Bedenken". Es dürfe „in keiner Weise weder in sachlicher noch in personeller Hinsicht eine Verbindung zwischen der Entnazifizierung und dem neu geplanten Aufgabenkreis bestehen noch entstehen."[16] Nach der im Januar 1950 erfolgten Gründung der niedersächsischen „Informationsstelle" – so der Name der Abteilung, die später schlicht in „Landesamt für Verfassungsschutz" umbenannt wurde – explizierte ein Artikel aus den *Lüneburger* Nachrichten diese Vorbehalte:

> „Die Zweifel bestehen darin, dass diese Entnazifizierung von der Bevölkerung nicht immer ganz verstanden worden ist und – da diese Ansicht

15 Rüther/Schulz/Dann: Deutschland im ersten Nachkriegsjahr, S. 349.

16 Schreiben Cillien an MdI, 15.10.1949, Niedersächsischer Verfassungsschutz, 500 000 a.

> nun einmal besteht – angenommen wird, die Informationsarbeit von Karl Hofmann würde ebenso wenig von der Bevölkerung gebilligt werden. Hofmann kennt aus seiner früheren Tätigkeit viele Dinge, die ein Informationschef nicht unbedingt wissen sollte, wenn er sich die Fähigkeit unbeeinflusst zu beobachten und zu beurteilen bewahren will. Bei einer nüchternen Überlegung ein durchaus diskutabler Einwand. Je nachdem in wessen Händen sich das Überwachungsinstrument ‚Informationsstelle' befindet, wird es eingesetzt. Die Gefahr, dass sie sich vielleicht in eine neue Gestapo entwickeln könnte, ist zumindest vorhanden."[17]

Dieser Konnex zwischen der Rolle als Entnazifizierer und der drohenden Gefahr einer „neuen Gestapo", die eine Täter-Opfer-Umkehr implizierte, wurde immer wieder über Hofmann aktiviert. Auch seine Vergangenheit beim ISK wurde mit einem deutlich erkennbaren, antikommunistischen Unterton gegen ihn in Stellung gebracht. Die *Deutschen Stimmen*, eine nationalistische Zeitung aus dem Umfeld der DP, schrieb im März 1952:

> „Auch die Praxis in Niedersachsen lässt erkennen, dass in Regierung und Verwaltung gerade die Personen immer mehr an Macht und Einfluss gewonnen haben und gewinnen, die vom ISK [...] zur SPD gestoßen sind. [...] Diese Leute wussten 1945 noch nicht, ob sie sich der KPD oder der SPD anschließen sollten, und auch Anhänger der SPD, die sie aus ihrer früheren politischen Einstellung kannten, waren erstaunt und verwundert, als sie schließlich Mitglieder der SPD waren. Sie beherrschen zur Zeit wesentliche Stellungen in der Regierung und in der Verwaltung Niedersachsens. Im Besonderen gehört auch der Leiter der Informationsabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums, also der neuen geheimen Staatspolizei, dieser Gruppe des ISK an."[18]

Bis Mai 1950 hatte Hofmann erste Personalentscheidungen für die Besetzung der „Informationsstelle" getroffen, und zumindest eine dieser Entscheidungen sollte für die kommenden Jahre von großer Bedeutung sein: Unter den ersten Personen, die er einstellte, befand sich neben einigen Sozialdemokraten auch der ehemalige Hauptmann der Abwehr Richard Gerken.[19] In der Endphase des Zweiten Weltkrieges war Gerken in dem militärischen Nachrichtendienst für die „Zersetzung und Sabotage" an der Westfront, also für paramilitärische Aktionen hinter der Frontlinie, zuständig gewesen.[20] Gerken hatte sich im ersten Vorläufer eines Landesnachrichtendienstes, dem in Nordrhein-Westfalen gegründeten Staatskommissariat zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft, einen Namen gemacht und war, allem Anschein nach mit Unterstützung des britischen MI6, anschließend nach Niedersachsen gekommen.[21] In vielerlei Hinsicht repräsentierte er das Gegenteil Hofmanns: Gerken war 1933 der NSDAP beigetreten und war im militärischen Nachrichtendienst sozialisiert worden. Während Hofmann sein Leben dem politischen Aktivismus untergeordnet hatte und im Nationalsozialismus Entbehrungen ausgesetzt war, galt Gerken als Opportunist, der seine politische Fahne nach dem Wind hängte.[22] Gerken baute nun innerhalb der Informationsstelle Niedersachsen die Beschaffung, also das für die Akquise von Informationen und die Führung von Agent:innen zuständige Referat, auf. Schon im Laufe des ersten Jahres wurde ihm dafür ein Sonderetat von 120 000 DM zugewiesen, mit dem er ein System „freier Mitarbeiter" einrichtete, über das nationalsozialistisch belastete Mitarbeiter inoffiziell eingestellt wur-

17 O. A.: Der Staatskommissar a.D., in: Lüneburger Nachrichten, 15.02.1950, Abschrift o. Seitenangabe, Privatnachlass Karl Hofmann.

18 O. A.: Die alte Front: SPD-KPD, in: Deutsche Stimmen, 02.03.1952, Zeitungsausschnitt o. Seitenzahl, Privatnachlass Hofmann.

19 Schreiben Hofmann an Finanzminister Strickrodt vom 11.04.1950, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 200 Acc. 49/83 Nr. 117.

20 The National Archives, UK, KV-2/968.

21 Land Informationsstelle – possible Nominees, 21.04.1949, The National Archives, UK, WO 208/5211.

22 VA S2a to Commander, 03.02.1954, The National Archives, UK, WO 208/5211.

den.[23] Gerkens gute Kontakte zu den britischen Stellen und die zentrale Position, die er innerhalb der Informationsstelle einnahm, schienen Hofmann jedoch schon bald suspekt geworden zu sein, sodass er – freilich ohne dessen Wissen – im Frühjahr 1951 eine Versetzung zum Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erwirkte[24], und Gerken im Sommer 1952 Hannover in Richtung Köln verließ. Dennoch blieb eine berufliche Kooperation bestehen, das Verhältnis ambivalent: Einerseits traute Gerken den mehrheitlich sozialdemokratischen Landesregierungen nicht über den Weg, andererseits war er in seinen beruflichen Ambitionen auf die Kooperation der Landesämter angewiesen. Hofmann wiederum wollte die Unterstützung des Bundesamtes beim Aufbau eines nachrichtendienstlichen Systems im Grenzbereich bekommen, obgleich er Gerken zu misstrauen schien.

Aufgrund der langen Grenze zur DDR wurde Niedersachsen in den 1950er Jahren zu einem bedeutenden Austragungsort nachrichtendienstlicher Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, weshalb das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz, wie die Informationsstelle ab 1954 hieß, schon in den ersten fünf Jahren einen rasanten Ausbau erlebte. In Zusammenarbeit mit dem BfV bildete der niedersächsische Landesverfassungsschutz ein dichtes Netz an Einrichtungen, die eine nachrichtendienstliche Kontrolle des Grenzstreifens sowie die Sammlung von Informationen hinter der Grenze ermöglichen sollten. Eine dieser Gründungen war 1952 die Bundesnachrichtenstelle (BUNAST) Hannover, die unter der Ägide des BfV ihre Arbeit aufnahm. Der erste Leiter der BUNAST Hannover wurde der auf Betreiben Gerkens durch das BfV als „freier Mitarbeiter" eingestellte Walter Odewald. Als Odewald 1955 – aufgrund seiner Vergangenheit als Referent für die Kriminalpolizei beim Leiter des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS in Paris für das besetzte Frankreich – seine offizielle Einstellung und Verbeamtung beim BfV seitens des alliierten Kontrollgremiums des Bundesamts verweigert wurde, nahm Hofmann die Chance wahr, um die Führung der BUNAST Hannover zu übernehmen: Er überzeugte Odewald, sich in Niedersachsen zu bewerben und beantragte seine Verbeamtung im niedersächsischen Staatsdienst. Faktisch hatte Hofmann dadurch die Leitung der zwar vom BfV finanzierten, jedoch nur inoffiziell eingerichteten, rechtlich fragwürdigen Einrichtung gesichert. Kurz darauf legte er weite Teile der Arbeit der BUNAST Hannover still. Der Grund für dieses widersprüchliche Verhalten lag darin, dass Hofmann die Militarisierung der nachrichtendienstlichen Arbeit im Grenzgebiet zu verhindern suchte. Denn die Befugnisse der BUNAST Hannover waren kurz zuvor durch das BfV mit dem Ziel erweitert worden, ein sogenanntes „Schweigenetz" hinter der ostdeutschen Grenze einzurichten.[25] Als „Schweigenetze" wurden in den 1950er Jahren paramilitärische Strukturen bezeichnet, die im Konfliktfall hinter den feindlichen Linien Sabotageakte durchführen sollten. Im Regelfall basierten diese Strukturen zu jener Zeit personell auf Netzwerken aus der Zeit des Nationalsozialismus.[26] Der Etablierung solcher

23 Für das BfV, siehe Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo". Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 66–91; zur Informationsstelle Nordrhein-Westfalen, siehe Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004, S. 80–98. Für Hinweise zur Einstellung belasteter Mitarbeiter über das System „freier Mitarbeiter" in Niedersachsen, siehe Niederschrift über die 42. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 23. August 1956, Niedersächsisches Landesarchiv, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 776.

24 Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019, S. 156–157; Domeisen to CPO, 15.05.1951, The National Archive, UK, WO 208/5211.

25 Unterabteilungsleiter IV A an Abteilungsleiter IV, 19.08.1957, Bundesarchiv, B106/200132.

26 Ausführlicher hierzu: Wala, Michael: Stay-Behind Operations, former members of SS and Wehrmacht,

Netze fehlte nicht nur die Rechtsgrundlage, sie waren nach Hofmanns Ansicht auch ein hochriskantes Spiel, da bei ihrer Aufdeckung eine Eskalation der angespannten Lage zwischen Ostberlin und Bonn drohte.

„Eine Frau schrie"

Im März 1958 brachte jedoch der Spiegel unter der Überschrift „Eine Frau schrie"[27] die Brisanz der Personalien Odewald und Gerken ans Licht der Öffentlichkeit. Der Verfasser des Artikels warf den beiden vor, den Versuch unternommen zu haben, ein aus der Tschechoslowakei geflüchtetes Ehepaar illegal über die Grenze in die DDR abzuschieben. Die Geschichte wurde allerdings vielmehr als Anlass genutzt, um die NS-Vergangenheit der Nachrichtendienstler zu problematisieren. In der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den Verfassungsschutzämtern, so der Spiegel, hätte sich eine Praxis etabliert, die faktisch dazu geführt habe, dass „ein Verfassungsschutz mit eigener Exekutive à la Gestapo" im Entstehen begriffen sei, vor allem in Niedersachsen. Der Artikel wurde dementsprechend aufmerksam in der niedersächsischen SPD wahrgenommen. Noch im März stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Lothar Urbanczyk eine kleine Anfrage an Hinrich Wilhelm Kopf, der nach zwei Jahren in der Opposition 1957 in einer Koalition mit DP und CDU den Posten des Innenministers übernommen hatte, und parallel dazu schickte sich die sozialdemokratische Abgeordnete Maria Meyer-Sevenich an, die Vergangenheit Odewalds zu recherchieren. Schnell fand Meyer-Sevenich Personen, die bezeugten, dass Odewald schon vor 1933 überzeugter Nationalsozialist und später in der SS aktiv gewesen sei. Sie erstattete Anzeige beim Bundesanwalt gegen Odewald und Gerken und versuchte, bei Kopf und Hofmann die Versetzung Odewalds zu erzwingen.

Hofmann reagierte jedoch nicht, wie von Meyer-Sevenich erwartet, mit einer Versetzung Odewalds, sondern beauftragte Recherchen im eigenen Haus und erging sich in Erklärungen, welche strategische Bedeutung Odewald für ihn besäße. Meyer-Sevenich schien es unverständlich, wie sich ein Parteigenosse, der selbst im Widerstand tätig gewesen war, hinter einen Beamten vom Schlage Odewalds stellen konnte, sodass die Auseinandersetzung endgültig eskalierte.[28] Im November 1958 legte Meyer-Sevenich Kopf eine Dienstrangliste der SS vor, aus der hervorging, dass Odewald Inhaber des SS-Totenkopfringes gewesen sei. Kopf gab diese Information zur Prüfung in sein Ministerium, das sich jedoch mit einer beeidigten Aussage Odewalds, diesen Ring niemals erhalten zu haben, zufriedengab.[29] Nachdem ihr klar geworden war, dass auch vonseiten Kopfs keine größere Unterstützung in ihrem Streben, Odewald aus dem Verfassungsschutz zu entfernen, zu erwarten war, wandte sich Meyer-Sevenich konsterniert an den Geschäftsführer des Landesausschusses der SPD, Hans Striefler. Dieser organisierte im Dezember 1958 ein Treffen zwischen Meyer-Sevenich, Hofmann, Kopf und einigen zentralen Parteigenossen, um dem Konflikt um Odewald vor dem im Frühjahr 1959 anstehenden Wahlkampf ein Ende zu bereiten. Mit den Informationen von Meyer-Sevenich konfrontiert, war Hofmann genötigt, seine Position zur Causa Odewald darzulegen: Er bestritt, aus einem „Treuekomplex"[30] gegenüber Odewald heraus zu

and american intelligence services in early cold war Germany, in: Journal of Intelligence History, Jg. 15 (2016), H. 2, S. 71–79.

27 Hier und im Folgenden: Nayhauß, Mainhardt Graf von: „Eine Frau schrie", in: Der Spiegel, 11.03.1958.

28 Briefwechsel Hofmann-Meyer Sevenich, 24.11.1958–03.12.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

29 Eidesstattliche Erklärung Odewald vom 26.11.1958. Niedersächsisches Landesarchiv, Nds.147 Acc. 2012/093 Nr. 48.

30 Hier und im Folgenden: Vermerk über eine persönliche Besprechung in Sachen Odewald, 06.12.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

handeln, sondern nahm vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie in Anspruch, erkennen zu können, ob eine Person ein „getarnter SS-Mann" sei: Schließlich habe er im Rahmen der Entnazifizierung „nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft". Zugleich reproduzierte Hofmann das leitende Narrativ für die nachrichtendienstliche Personalstruktur der Nachkriegszeit: „Es wäre ihm zwar auch wesentlich lieber," so gibt es der Gesprächsvermerk wieder,

> „wenn das Reservoir an geeigneten Fachkräften so groß wäre, daß man nur mit auch optisch völlig unbelastetem Personal arbeiten könne. Dazu sei jedoch die vorhandene Personaldecke an kriminalistischen Fachkräften einfach zu knapp. Nachdem nun einmal die ganze Kriminalpolizei durch das Dritte Reich und die Angleichungsmaßnahmen an die SS hindurchgegangen sei, könne man diesen Personenkreis nicht schlechthin von jeder Mitarbeit ausschließen. [...] Man könne schließlich nicht davon ausgehen, daß das deutsche Volk eine soziologisch und moralisch völlig intakte Struktur besäße."

In der anschließenden Vernehmung räumte Odewald jedoch ein, schon vor 1933 die Nationalsozialisten unterstützt zu haben. Als zum Jahreswechsel erneut die Berichterstattung über den Fall Odewald einsetzte, wurde deutlich, dass Hofmanns Position im Verfassungsschutz kaum mehr zu halten war. Obgleich Kopf sich noch Anfang des Jahres hinter ihn stellte, mehrten sich innerhalb der Partei die Stimmen, die Hofmanns Absetzung forderten. Diesem Druck war Hofmann nicht mehr gewachsen. Er verstarb am 09.01.1959 auf einer Dienstreise an Herzversagen, kurz nachdem er noch in Hannover angerufen und sich über einen Zeitungsartikel zum Fall Odewald erregt hatte.[31]

Der Sozialist und der Staatsschutz

Der Causa Odewald wohnt unzweifelhaft eine gewisse Tragik inne: Begann Hofmanns Karriere als Leiter des Verfassungsschutzes mit der Unterstellung, als Widerständler und ehemaliger Entnazifizierer eine „neue Gestapo" einrichten zu wollen, die auf der Basis des Wissens um die nationalsozialistische Vergangenheit von Personen der Öffentlichkeit ihre Macht im politischen Feld auszubauen trachte, so fand sie ihr Ende über den Vorwurf, einen Nachrichtendienst eingerichtet zu haben, der gerade aufgrund des Rückgriffes auf nationalsozialistische Beamte zu einer der Gestapo ähnlichen Organisation mutiert sei. In dieser Entwicklung spiegelt sich nicht nur ein sich wandelnder Zeitgeist, in dessen Zuge langsam die nationalsozialistische Vergangenheit von Mitarbeiter:innen in Sicherheitsbehörden publik wurde.[32] Sondern es zeigt sich zugleich, in welchem Maße die alltägliche Arbeit im sicherheitspolitischen Feld, das von Personal mit nationalsozialistischer Belastung durchdrungen war, zu einer Normalisierung und einer Grenzverschiebung im Denken Hofmanns selbst geführt hatte.

Zunächst ist mit Blick auf die Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes festzuhalten, dass zwei Mitarbeiter, die aus der Abwehr stammten, einen maßgeblichen Einfluss auf die Organisationsentwicklung in den Gründungsjahren hatten: Neben Richard Gerken ist dies der ihm folgende Leiter des Referats Beschaffung Walter Lorenz, der ab 1953 zusätzlich die Spionageabwehr, das umfassendste Referat im niedersächsischen Verfassungsschutz der 1950er Jahre, aufbaute. Insbesondere Gerken schaffte es nicht nur, strukturell Einfluss auf die Behörde zu nehmen und über das System der „freien Mitarbeiter" persönliche Kontakte aus der Zeit vor dem Kriegsende in die Behörde zu integrieren. Sondern Gerken war auch aufgrund seiner guten Kontakte zum britischen MI6 ein privilegierter Akteur innerhalb der Organisation

31 Fritz Tobias, „Der Fall Obels", Bundesarchiv, ZSG 163/733.

32 Goschler/Wala: „Keine neue Gestapo", S. 195–228.

und nahm binnen kürzester Zeit eine Schlüsselfunktion ein.

Der Rückgriff des britischen Nachrichtendienstes auf Gerken, der sich dem MI6 als willfähriger Informant anbot und so seine Nachkriegskarriere einleitete, ist nicht isoliert zu betrachten. Ähnliche Karrieren von Personen, die mitunter eine deutlich höhere Belastung aufwiesen, durchziehen die Entstehungsgeschichte der westlichen, transnationalen Sicherheitsarchitektur der Nachkriegszeit. Was ihnen gemein war, ist der Umstand, dass sie ihr Schicksal vor dem Hintergrund des sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit erst abzeichnenden Kalten Krieges zu wenden wussten, indem sie ihr Wissen und ihre Netzwerke zur Verfügung stellten und sich so den Schutz vor Strafverfolgung und in vielen Fällen auch eine Zukunft in der Nachkriegsgesellschaft sicherten.[33] Oftmals, wie auch im Fall Gerken, wurde das Wissen dieser Personen zunächst genutzt, um retrospektiv die Strukturen der nationalsozialistischen Nachrichtendienste zu durchdringen: Gerken lieferte den Alliierten Namenslisten und Informationen über Waffendepots und Aktenverstecke.[34] Zugleich wurde jedoch Wissen über den militärisch-nachrichtendienstlichen Komplex der Sowjetunion produziert, das insbesondere für die britischen und amerikanischen Nachrichtendienste von großem Interesse war. Dies wiederum konnten die Belasteten nutzen, um ihr Handeln zu rechtfertigen und sich Rehabilitation zu verschaffen.

Wenngleich die Hierarchie zwischen den alliierten Nachrichtendiensten und ihren nationalsozialistischen Kontakten klar geregelt war, ist deren Machtverhältnis nicht eindeutig zu beurteilen: In den Wissens- und Praxisbeständen, die aus diesen Kontakten resultierten, schrieben sich die Rechtfertigungs- und Wahrnehmungsmuster der nationalsozialistischen Beamten mit ein. So entwickelten sich Kooperationen, im Rahmen derer die Belasteten, wenngleich sie von den Alliierten aufgrund ihrer oftmals offen zutage tretenden rassistischen und autoritären Einstellungen kritisch betrachtet wurden, einen Spielraum erhielten, den sie zu ihrem und dem Vorteil der sie umgebenden Netzwerke zu nutzen wussten.[35] Auf dieser Grundlage wurde auch der niedersächsische Verfassungsschutz, der zunächst als eine explizit sozialdemokratische Idee einer „Informationsstelle" entwickelt worden war, in die Wissens- und Praxiscommunitys des nachrichtendienstlichen Feldes integriert, und auch Hofmanns Handeln strukturierte sich im Zuge seines Eintritts in die Organisation neu, wie Gerken bemerkte: Er betonte im Herbst 1952 gegenüber seinem britischen Kontaktoffizier in Bezug auf Hofmann, „dass sein technisches Know-how und seine Autorität in den letzten Monaten enorm zugenommen haben und dass er nun als Doyen der Sicherheitsorganisation gilt."[36] In dieser Einschätzung zeigt sich zunächst, dass Hofmann in Gerkens Augen in einem umfassenden Sinne zu einem Akteur im nachrichtendienstlichen Feld geworden war, der den Habitus und die feldinhärenten Logiken übernommen hatte. Es handelte sich allerdings nicht um eine schlichte Übernahme von bestimmten Handlungs- und Denkweisen, sondern um einen reflexiven Prozess. Hofmann war sich, das zeigen die Akten deutlich, der Ambivalenz des Verhältnisses zu den Teilen seines Personals, die im Nationalsozialismus geprägt worden waren, bewusst, er ordnete diesen Umstand jedoch anderen Risikoszenarien unter. Neben der für die Nachrichtendienste der Nachkriegszeit so charakteristischen beständigen Angst

33 Ausführlicher hierzu Wala, Michael: Westliche Nachrichtendienste, SS-, Gestapo- sowie Wehrmachtsangehörige und die Entstehung einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur im frühen Kalten Krieg, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 9 (2016), H. 2, S. 13–25.

34 The National Archive, UK, KV 2/968.

35 Wala: Westliche Nachrichtendienste, S. 20–23.

36 L.O. Brown, 14.10.1952, The National Archives, UK, WO 208/5211. Original: „[...] that his technical know-how and authority had increased tremendously in recent months, and that he was now considered to be the doyen of the security organization."

vor kommunistischer Unterwanderung hatte Hofmann die fast paranoide Sorge, die Kontrolle über das Agieren anderer Nachrichtendienste in Niedersachsen sicherzustellen. Gerade das System der Bundesnachrichtenstellen, die neben der BUNAST Hannover auch in Kassel und Lübeck gegründet worden waren, hatte sich im Laufe der 1950er Jahre zu einer großen Initiative amerikanisch-deutscher nachrichtendienstlicher Kooperation entwickelt.[37] Hofmann jedoch trachtete danach, die Institutionalisierung der US-amerikanischen Dienste in seinem Kontrollbereich so gering wie möglich zu halten.[38] Er war somit in einem umfassenden Sinne Leiter einer Organisation geworden, die seine Wahrnehmungen und strategischen Erwägungen durchdrang, zugleich aber müssen seine Handlungen als reflexive und normativ motivierte Versuche angesehen werden, auf das sich konsolidierende nachrichtendienstliche Feld der Nachkriegszeit einzuwirken.

37 Allen, Keith R.: Interrogation Nation: Refugees and Spies in Cold War Germany, Lanham/Boulder/New York/London 2017, S. 46.

38 Meyer-Sevenich an Hofmann, 26.11.1958, Bundesarchiv, ZSG 163/733.

Literatur:

Allen, Keith R.: Interrogation Nation: Refugees and Spies in Cold War Germany, Lanham/Boulder/New York/London 2017.

Brüdermann, Stefan: Entnazifizierung in Niedersachsen, in: Poestges, Dieter (Hrsg.): Übergang und Neubeginn. Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit, Göttingen 1997, S. 97–118.

Buschfort, Wolfgang: Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorfer Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961), Paderborn 2004.

Goschler, Constantin/Wala, Michael: „Keine neue Gestapo". Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015.

Grebing, Helga: Entscheidung für die SPD: Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, Berlin 2020.

Hellmann, Daniel: Der mühselige Weg zum Mandat – aber welcher? Empirische Untersuchungen zu Inhalt und Bedeutung der Ochsentour, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 51 (2020), H. 1, S. 49–67.

Hett, Benjamin Carter/Wala, Michael: Otto John: Patriot oder Verräter. Eine deutsche Biographie, Hamburg 2019.

Klär, Karl-Heinz: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugendbund (IJB) und Internationaler sozialistischer Kampfbund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK, Jg. 18 (1982), H. 3, S.310–360.

Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.

Nayhauß, Mainhardt Graf von: „Eine Frau schrie", in: Der Spiegel, 11.03.1958.

Neef-Methfessel, Tobias: Der Sozialist und der Staatsschutz. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann, in: Demokratie-Dialog 9 (2021), H 2, S. 2–12.

Nentwig, Teresa: Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat. Hannover 2013.

O. A.: Der Staatskommissar a.D., in: Lüneburger Nachrichten, 15.02.1950, Abschrift o. Seitenangabe, Privatnachlass Karl Hofmann.

O. A.: Die alte Front: SPD-KPD, in: Deutsche Stimmen, 02.03.1952, Zeitungsausschnitt o. Seitenzahl, Privatnachlass Hofmann.

Rüther, Martin/Schütz, Uwe/Dann, Otto (Hrsg.): Deutschland im ersten Nachkriegsjahr. Berichte von Mitgliedern des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) aus dem besetzten Deutschland 1945/46, München 1998.

Schenke, Julian/ Scharf, Philipp/ Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021.

Wala, Michael: Stay-Behind Operations, former members of SS and Wehrmacht, and american intelligence services in early cold war Germany, in: Journal of Intelligence History, Jg. 15 (2016), H. 2, S. 71–79.

Wala, Michael: Westliche Nachrichtendienste, SS-, Gestapo- sowie Wehrmachtsangehörige und die Entstehung einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur im frühen Kalten Krieg, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 9 (2016), H. 2, S. 13–25.

Archivalien:
The National Archives (UK):
UK, KV-2/968
UK, WO 208/5211

Bundesarchiv:
Bundesarchiv, B106/200132
Bundesarchiv, ZSG 163/733

Niedersächsisches Landesarchiv:
Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 776
Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 25
Nds. 100, Acc. 2006/070 Nr. 26
Nds. 147 Acc. 2012/093 Nr. 48
Nds. 200 Acc. 49/83 Nr. 117

Altaktenbestand Niedersächsischer Verfassungsschutz:
500 000 a

Tobias Neef-Methfessel arbeitet am Institut für Demokratieforschung an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen. Seit 2018 erforscht er die Entstehung und Entwicklung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Linker Radikalismus

Buchholz, Stephanie (2022): „Linkspopulismus auf der psychoanalytischen Couch. Linke Kritik am Linkspopulismus mit Slavoy Žižek" In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 32–38. doi: 10.17875/gup2022-2120

Linkspopulismus auf der psychoanalytischen Couch

Linke Kritik am Linkspopulismus mit Slavoy Žižek

Stephanie Buchholz

„This urge to construct the Enemy is [a] fatal limitation of populism. Today, the ultimate ‚enemy' is not a concrete social agent but in some sense the system itself"[1], so schreibt Slavoy Žižek in einer Kritik des linken Populismus. Linkspopulismen kommen unter der Feder des Anarcho-Marxisten ohnehin nicht gut davon. Zugleich zeigt sich Žižek gerne mit Persönlichkeiten wie Yanis Varoufakis, dem ehemaligen griechischen Finanzminister und prominenten Mitglied der linkspopulistischen Bewegung Syriza.

Kritik an (linkem) Populismus gibt es reichlich; zumeist in der Gestalt, dass der Populismus etablierte Mechanismen liberaler Demokratien, zum Beispiel Repräsentationslogiken oder Diskursnormen, unterminiert. Solcherlei Kritik teilt Žižek nicht, vielmehr hält er es selbst nicht so innig mit liberalen Demokratiemodellen. Er teilt sogar eine grundlegende Diagnose mit Advokat*innen des Linkspopulismus wie dem Theoretiker Ernesto Laclau und der Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe: Demnach ist der Populismus eine Reaktion auf rationalistische Demokratiekonzepte, die entpolitisierend wirken. Und trotzdem ist Žižek sein lautester Gegner von linker Seite: Politisierende Bestrebungen von Linkspopulist*innen können einer kapitalistischen Ordnung nichts entgegenhalten.

1 Žižek, Slavoj: Should the Left's answer to rightist populism be #MeToo? Part I., 15.10.2018, in: The Philosophical Salon, URL: https://thephilosophicalsalon.com/should-the-lefts-answer-to-rightist-populism-really-be-a-me-too-part-i/ [eingesehen am 01.12.2021].

Das kann nur eine Diktatur des Proletariats, so der verschnupfte Kontra-Philosoph. Dieser Beitrag fragt, wie sich unter diesen Voraussetzungen der Linkspopulismus von linker Seite kritisieren lässt: Welche Gräben durchlaufen die intellektuelle Linke?

Das Phänomen „Populismus"

Populismus ist zum gängigen Begriff im öffentlichen politischen Diskurs und gesellschaftlichen Debatten geworden; aus wissenschaftlicher Perspektive ist er jedoch nicht klar umrissen. Es kann zwischen zwei politikwissenschaftlichen Ansätzen unterschieden werden, die sich mit dem Populismus befassen – nämlich jenen, die analytisch, und solchen, die affirmativ vorgehen.[2]

Während analytische Ansätze Populismen wissenschaftlich zu charakterisieren versuchen und kritische Distanz wahren,[3] arbeiten affirmative Ansätze an theoretisch-normativen Plädoyers für den (Links-)Populismus.[4] Die bislang umfassendste Theoretisierung haben Laclau und Mouffe unternommen.[5] Sie zielen auf die Rehabilitation des Politischen als einen Raum der Antagonismen, der heute von bürokratischen und durch technische Fragestellungen geprägte Verfahren zurückgedrängt wird. Sie legen damit einen Gegenentwurf zu rationalistischen und konsensorientierten Demokratiekonzepten vor. Der Linkspopulismus von Mouffe und Laclau ist dezidiert ein Versuch radikaler Demokratie, die antagonistische Gegensätze des Politischen in agonalen Auseinandersetzungen bewältigt.[6] Sie sind daher den affirmativen Ansätzen zuzurechnen.

Links ist, so der Politikwissenschaftler Philipp Manow, ein Populismus, wenn sich der Protest gegen die „‚neoliberale' Wirtschaftsordnung, also die freie Bewegung von Gütern und Kapital, sowie die fiskalpolitische Zurückhaltung des Staates (‚Austerität')"[7] richtet. Affirmative Linkspopulismen bemängeln die Unfähigkeit marxistisch oder sozialdemokratisch orientierter linker Politik, emanzipatorische Kämpfe wie „die zweite Welle des Feminismus, die Schwulen- und Lesbenbewegung, [den] Kampf gegen den Rassismus und Umweltthemen"[8] zu integrieren. Ihr agonales Potenzial sei in einem „postpolitischen" Klima verloren gegangen.[9] Mouffe bringt dies ursächlich mit der Emergenz des Neoliberalismus in Verbindung: Die neoliberale Hegemonie sei auch eine Hegemonie von elitären Akteur*innen, durch die demokratisch konstitutive Werte von Gleichheit und Volkssouveränität untergraben würden. Die Dominanz einzelner Akteur*innen reiße agonistische Räume ein, in denen zuvor unterschiedliche gesellschaftliche Projekte aufeinanderprallen konnten.[10] Žižek teilt die Diagnose eines postpolitischen Zeitalters mit Mouffe und Laclau. Für Žižek ist jedoch, wie zu zeigen ist, nicht die *Ausschaltung* liberaler Demokratie, sondern die liberale Demokratie selbst die Ursache der Postpolitik, die als Supplement kapitalistischer Ordnungen an sich selbst scheitert.

2 Vgl. Bedorf, Thomas/Kissler, Sarah: ‚Wir' sind kein Volk, in: Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch, Wiesbaden 2020, S. 77–94.

3 Z. B. Rosanvallon, Pierre: Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte Theorie Kritik, Hamburg 2020.

4 Vgl. Bedorf/Kissler: ‚Wir' sind kein Volk.

5 Zu Zwecken dieses Beitrags werden die Arbeiten von Laclau und Mouffe zusammengedacht, wenngleich sowohl ihre theoretischen Einflüsse als auch ihre normativen Rückschlüsse durchaus Unterschiede aufweisen.

6 Vgl. Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Berlin 2018.

7 Manow, Philip: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018, S. 20.

8 Mouffe: Für einen linken Populismus S. 8.

9 Ebd., S. 25.

10 Vgl. ebd., S. 26.

The Lacanian Left

Žižek und Laclau werden neben einigen anderen Autor*innen zur *Lacanian Left* des kritischen politischen Denkens gezählt, die sich in den letzten dreißig Jahren herausgebildet hat.[11] Erneut findet damit die in der modernen Psychologie kontrovers diskutierte Psychoanalyse Eingang in die kritische Gesellschaftsanalyse. Via linguistischer Überlegungen löst Jaques Lacan, auf dessen Arbeit der Name dieser Denkschule zurückgeht, die Grenzen zwischen Subjekt und Gesellschaft auf. Darin liegt seine Attraktivität für postmodernes politisches Denken. Die teils konträren Positionen, die die Autor*innen vor diesem Hintergrund entwickeln, gehen nicht zuletzt auf den breiten Interpretationsspielraum zurück, den Lacan im politik-theoretischen Raum eröffnet.[12]

Die lacansche Psychoanalyse hat Konsequenzen für das Verständnis vom Raum des Politischen, von „Volk" und von Identität, die sich affirmative Linkspopulismen auf bestimmte Weise zu eigen machen. Umgekehrt formt die Psychoanalyse Žižeks Kritik an diesen linkspopulistisch vereinnahmten Konzepten. Keine Kurzdarstellung kann der Komplexität des lacanschen Modells gerecht werden. Da aber die unterschiedlichen Lesarten Lacans die intellektuellen Gräben der *Lacanian Left* beeinflussen, folgt ein knapper Überblick.

Lacans Psychoanalyse ist ein Aufschlag zwischen einer fortentwickelten Freud'schen Psychoanalyse, entwicklungspsychologischen Überlegungen und der Saussure'schen Linguistik. Zum Ausgangspunkt wird dabei ein kulturell konstituiertes Subjekt.[13] Dieses Subjekt bewegt sich zwischen drei Ordnungen: Dem Symbolischen, dem Imaginären, dem Realen.

Das Symbolische ist eine sprachliche Ordnung von Zeichen. Jedes Zeichen stellt eine Signifikante dar, gewissermaßen das Geräusch, das ein Wort ausmacht. An diese Signifikante ist eine Bedeutung oder ein Konzept gebunden, das Signifikat. An die Signifikante *Stuhl* ist das Signifikat einer Sitzgelegenheit gebunden. Lacan transzendiert diese Saussure'sche Linguistik insofern, als dass er hinter jeder Signifikanten statt eines Signifikats nur weitere Signifikanten vermutet.

Die imaginäre Ordnung ist der Ort vermeintlicher Einheit. Die Suche nach einheitlicher Repräsentation des Selbst begleitet das Subjekt ein Leben lang. Lacan begreift aber jede Repräsentation als Fehlrepräsentation, diese Suche muss demnach misslingen. Während das Symbolische über die Differenz von Signifikanten funktioniert, ist das Imaginäre von trügerischer Einheit dominiert.

Über das Reale lässt sich „nichts Treffendes sagen"[14], wir können nur von der „impossibility of the real"[15] sprechen. Im Subjekt – wie auch im Sozialen – ist das Reale nicht zu greifen, es äußert sich lediglich in Form von Symptomen. Es ist die Ebene der unbewussten Begierde, der Traumata und der Unvollkommenheit, die von dem Symbolischen und dem Imaginären unterdrückt werden und damit individuell wie gesellschaftlich nicht erfahrbar sind. Dies hat Auswirkungen auf die Subjektbildung, da es statt eines essentiellen Wesenskerns des Subjekts nur bruchstückhafte Fragmente gibt. Das Reale ist damit *nicht* gleichbedeutend mit „Realität".

11 Vgl. Stavrakakis, Yannis: Lacanian Left. Essays on Psychoanalysis and Politics, Edinburgh 2007.

12 Dazu ausführlicher Reckwitz, Andreas: Subjekt, Bielefeld 2008, S. 54; Robinson, Andrew: The Politics of Lack, in: British Journal of Politics and International Relations, Jg. 6 (2004), H. 6, S. 259–269; Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj: Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London 2010, S. 26.

13 Vgl. Reckwitz: Subjekt, S. 52.

14 Ebd., S. 65.

15 Parker, Ian: Psychoanalytic Culture. Psychoanalytic Discourse in Western Society, London 1997, S. 238.

Das verkannte **Sie**: Eliten oder das System?

Der affirmative Linkspopulismus Laclaus konstruiert darauf aufbauend einen Wir-*Sie*-Antagonismus. Er mache sich die lacansche Diagnose der kognitiven Notwendigkeit von Symbolen zu Nutze. Um die Demokratie zu repolitisieren, braucht es demnach ein klares Feindbild, gegen das aufbegehrt werden kann, so zum Beispiel sich bereichernde politische oder wirtschaftliche Eliten.

Für Žižek führt dies zu einer falschen Suggestion, nämlich dass ohne einzelne, korrumpierte Akteur*innen die Verschränkung von liberaler Demokratie und Kapitalismus gerechte Ergebnisse produzieren könne. Žižek nutzt Lacan wiederum eher analytisch, statt positivistisch: Dysfunktionalitäten unserer Gegenwart, zum Beispiel wiederkehrende Wirtschaftskrisen, sind Symptome eines an sich falschen Systems. Daher schreibt der Philosoph auch: „Capital [...] is our Real"[16]. Hierin zeigt sich, dass Žižek die Psychoanalyse – im Gegensatz zu Laclau – ideologiekritisch verwendet.[17] Dieses kapitalistische Real[18] des Einzelnen ist ideologisch verbrämt und äußert sich in Symptomen wie der Gier (oder unterbewusster Be*gier*de). Eliten mittels einer linkspopulistischen Revolution abzuschaffen, ist für Žižek sinnlos, solang das kapitalistische Real im Einzelnen weiterwirkt.

Das verkannte **Wir**: Pluralismus und Identität?

Die populistische Konstruktion des *Wir* leidet ein ähnliches Schicksal: „As Laclau likes to emphasize, ‚society' doesn't exist, but ‚people' also doesn't exist. [...] People is a false name for the social totality."[19] Es gibt für Žižek kein lebensweltliches Fundament für eine Gruppe von Menschen, sich „Volk" zu nennen, vor allem nicht – und da ist er ganz auf Laclaus Seite – auf eine ethnonationalistisch-essentialistische Weise.

Das *Wir* affirmativer Linkspopulismen ist kein ethnonationalistisch-essentialistisches, sondern es soll verschiedene Identitäten unter sich vereinen können; es ist damit nur eine leere Signifikante. Darin liegt eine unorthodoxere Lesart der lacanschen Psychoanalyse. Identitäten sind bei Lacan Konstruktionen des Imaginären. Das macht sich Laclau zunutze, um vermeintliche Einheiten mittels einer Signifikanten zu einer Art Sammelidentität zu machen, unter der linke Anliegen vereint werden. Žižek hingegen liest Lacan orthodoxer: Da das Reale der Subjekte kein essentieller Kern ist, den man identitär beziehen kann, sondern eben ein brüchiger Ausdruck des Begehrens, gibt es keine wahren Identitäten bei Žižek. Das Dasein des Subjekts ist eine vollständig fluide Angelegenheit.[20] Alle Identitäten sind aber notwendigerweise Fehlrepräsentationen; begründet in der „impossibility of the real"[21].

Aus dieser Haltung zu Identität entwickelt Žižek auch eine Kritik am Multikulturalismus, die oft antipluralistisch anmutet, wenn der psychoanalytische Hintergrund des Realen vernachlässigt

16 Žižek: The Left's answer.

17 Hetzel, Andreas/Hetzel, Mechthild: Slavoy Žižek. Psychoanalyse, Idealismus und Populärkultur, in: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden 2011, S. 334–344, hier S. 339.

18 Unberührt davon bleibt, dass der Kapitalismus auch als symbolische Ordnung von Produktionsverhältnissen, Marktregeln und Gewinnlogiken zu greifen ist. Das würde auch Laclau nicht anders verstehen.

19 Žižek: The Left's answer.

20 Vgl. Breckman, Warren: Žižek, Laclau und das Ende des Postmarxismus, in: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas/Hommrich, Dirk (Hrsg.): Unbedingte Demokratie. Fragen an die Klassiker neuzeitlichen politischen Denkens, Baden-Baden 2011, S. 199–214, hier S. 203.

21 Parker: Psychoanalytic Culture, S. 236.

wird. Žižek postuliert, dass der Multikulturalismus die „ideale Form von Ideologie"[22] für einen globalen Kapitalismus ist. Die verschiedenen partikularen Wurzeln im Multikulturalismus sind ein „phantasmatischer Schirm, der die Tatsache verschleiert, dass das Subjekt [...] immer schon durch und durch entwurzelt ist, dass seine wahre Position diejenige der Leere der Universalität ist"[23]. Dieser Schirm lenke davon ab, dass der Kapitalismus eine „beispiellose Homogenisierung der heutigen Welt"[24] bedeutet.

Die verkannte Demokratie: Leere als Identität oder strukturelle Position?

Bei Laclau und Mouffe ist Demokratie – vereinfacht gesagt – verwirklicht, wenn Antagonismen immer wieder aufeinandertreffen können. Die Adaption der lacanschen Psychoanalyse in Laclaus Werk führt zur affirmativen Theoretisierung eines Linkspopulismus. Dennoch muss Laclau begründen können, warum sein *Wir* eine *leere* Signifikante darstellt, die, einmal an die Macht gekommen, Demokratie besser verwirklicht als vorherige Eliten. Žižek hat ein ähnliches Problem. Auch er muss argumentieren, warum die von ihm geforderte „Diktatur des Proletariats"[25] Macht legitim besetzen darf.

Demokratie wird bei Žižek über die symbolische Verschiebung in der Repräsentation von Macht analysiert: In vordemokratischen Regierungen war Macht in einer spezifischen Person verkörpert. „Mit dem Zusammenbruch der Monarchie wurde der Ort der Macht zu einem *lieu vide*, einer Leerstelle, die niemand wirklich in Besitz nehmen oder personifizieren kann"[26]. Mit der Etablierung moderner Demokratien wird dieses Krisenmoment zu einer dauerhaften Bedingung von Regierung. Es fällt nicht schwer, hier den Konnex zum lacanschen nicht-symbolisierbaren Kern des Realen herzustellen.[27] Erhalten werden kann die Leerstelle laut Žižek nur durch die Diktatur des Proletariats. Wie paart sich nun eine Leerstelle der Macht mit der Diktatur? Žižek schreibt: „Der Begriff ‚Diktatur' bezeichnet die hegemoniale Rolle im politischen Raum und der Begriff ‚Proletariat' jene, die im sozialen Raum nicht dazugehören"[28]. Hätte es auch ein anderer Begriff statt der Diktatur getan? Sicherlich. Aber zentral ist der Charakter der Arbeiterklasse bei Žižek. Sie ist „die einzige (revolutionäre) Klasse [...], die sich mit der Abschaffung ihres Gegenteils selbst abschafft"[29]. Das begründe sich darin, dass sie einen „Anteil der Anteillosen"[30] markiert. Ihre Position ergebe sich einzig daraus, dass die herrschende Klasse sie braucht, um sich selbst und ihre Herrschaft zu reproduzieren. Die proletarische Arbeiterklasse qualifiziere sich für die Herrschaft über ihre negative Eigenschaft: Wenn sie herrscht, löst sie sich selbst als negative Projektionsfolie der kapitalistischen Klasse ab. Und da das ihre einzige konstitutive Form war, löst sie sich damit selbst auf. Wenn das Proletariat herrscht, regiert, so Žižek, durch diese Negativität die Allgemeinheit.[31] Es ergibt sich hier ein dialektisches Verhältnis: Die Arbeiterklasse besetzt die Leerstelle der Macht, aber lässt sie gleichzeitig frei.

Das integrative *Wir* des Linkspopulismus kann das nicht geltend machen: Der Vorwurf an den Populismus lautet, dass er nicht aus einer Position der Negativität an die Macht gelangt und,

22 Žižek, Slavoj: Ein Plädoyer für die Intoleranz, Wien 1998, S. 72.

23 Ebd., S. 73–74.

24 Ebd., S. 78.

25 Žižek, Slavoj: Auf verlorenem Posten, Frankfurt am Main 2009, S. 239.

26 Breckman: Postmarxismus, S. 202.

27 Vgl. ebd., S. 203.

28 Ebd.

29 Žižek: Posten, S. 243.

30 Ebd.

31 Vgl. ebd.

folglich, statt einer klassenlosen Gesellschaft nur eine Politik der Interessen verfolgen kann.

An dieser Stelle drängt sich jedoch eine berechtigte Frage auf: Ist die Negativität des Proletariats wirklich mehr als eine Fiktion? Erinnert sie nicht vielmehr an eine leere Signifikante wie sie auch der Linkspopulismus für sich beansprucht? Žižek würde dem entgegenhalten, dass das Proletariat eine leere Negativität darstellt, weil es im Gegensatz zu linkspopulistischen leeren Signifikanten nicht substanzielle, gruppenbezogene Kämpfe in sich vereint, sondern eine substanzlose Non-group ist. Er meint so gesehen das *Gegenteil* von Laclau, der schreibt: „For me, emptiness is a type of identity, not a structural location"[32]. Für *Žižek* müsste es heißen: Emptiness is a structural location, not a type of identity.

Resümee

Die revitalisierte Psychoanalyse erweist dem politischen Denken einen Dienst, wo sie den Eurozentrismus rationalistischer Demokratiekonzepte infrage stellt. Manch eine*r mag zudem argumentieren, dass eine Emotionalisierung des Politischen wünschenswert ist. Sie kann auch die tiefe Verwurzelung der Produktionsverhältnisse in unseren psychischen Realen begründen. Aber sie inspiriert auch vage Konstrukte, die nicht falsifizierbar sind oder von deren politischer Verwirklichung wir uns keine gute Vorstellung machen können.

Lacans psychoanalytische Überlegungen führten zwei linke Denker auf grundsätzlich unterschiedliche Pfade. Žižek und Laclau lesen Lacan in unterschiedlichen Stimmungen. Laclau verarbeitet Lacan auf positivistische Weise dazu, linkspopulistische Bewegungen demokratisch zu vitalisieren. Lacans Einsicht von Signifikanten und Identitäten nutzt Laclau, um einen Linkspopulismus zu theoretisieren, der Affekte und Emotionen wieder in das Politische integriert.

Žižek blickt mit einer analytischen Brille namens Lacan umfassender auf die Welt. Es ist eine orthodoxere Lacan-Exegese, die Žižek prägt. Eine linke Kritik am Linkspopulismus hat bei Žižek eine materialistischere Schlagseite: Das populistische *Sie* erschöpfe sich in einer korrupten Elite, aber es verkenne die Wirkung der Produktionsverhältnisse als kapitalistisches Real im Einzelnen. Die vermeintliche Identität, die der Populismus in einem *Wir* zu erzeugen versucht, erscheint Žižek eine ideologische Mystifikation des Nicht-Repräsentierbaren. Die Leerstelle der Macht, die eine Demokratie bei Žižek ausmacht, will er mit der Diktatur des Proletariats freihalten, während sie der Linkspopulismus mit einer leeren Signifikanten besetzt.

Populist*innen konnte Žižek indes nur einmal etwas abgewinnen: Als Syriza im Jahr 2015 ein Referendum – „the supreme populist moment"[33] – über die Zustimmung oder Ablehnung der europäischen Austeritätsprogramms durchführte, lehnte die Bevölkerung dieses ab. Für Žižek ehrbar – aber zum Scheitern verurteilt. Unter dem Druck der EU lenkte Tsipras entgegen der Referendumsentscheidung in den Austeritätskurs ein. Syriza habe einen aussichtslosen Angriff auf die kapitalistische Ordnung gewagt und verloren: „Syriza touched the Real of our global order. It threatened the reign of Capital, which is why it had to be humiliated without mercy"[34].

32 Laclau, Ernesto: On Populist Reason, London 2005, S. 166.

33 Žižek: The Left's answer.

34 Ebd.

Literatur:

Bedorf, Thomas/Kissler, Sarah: ‚Wir' sind kein Volk, in: Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch, Wiesbaden 2020, S. 77–94.

Breckman, Warren: Žižek, Laclau und das Ende des Postmarxismus, in: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas/Hommrich, Dirk (Hrsg.): Unbedingte Demokratie. Fragen an die Klassiker neuzeitlichen politischen Denkens, Baden-Baden 2011, S. 199–214.

Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj: Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London 2010.

Hetzel, Andreas/Hetzel, Mechthild: Slavoy Žižek. Psychoanalyse, Idealismus und Populärkultur, in: Moebius, Stephan/Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart, Wiesbaden 2011, S. 334–344.

Laclau, Ernesto: On Populist Reason, London 2005.

Manow, Philip: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin 2018.

Mouffe, Chantal: Für einen linken Populismus, Berlin 2018.

Parker, Ian: Psychoanalytic Culture. Psychoanalytic Discourse in Western Society, London 1997.

Reckwitz, Andreas: Subjekt, Bielefeld 2008.

Robinson, Andrew: The Politics of Lack, in: British Journal of Politics and International Relations, Jg. 6 (2004), H. 6, S. 259–269.

Rosanvallon, Pierre: Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte Theorie Kritik, Hamburg 2020.

Stavrakakis, Yannis: Lacanian Left. Essays on Psychoanalysis and Politics, Edinburgh 2007.

Žižek, Slavoj: Ein Plädoyer für die Intoleranz, Wien 1998.

Žižek, Slavoj: Auf verlorenem Posten, Frankfurt am Main 2009.

Žižek, Slavoj: Should the Left's answer to rightist populism be #MeToo? Part I., 15.10.2018, in: The Philosophical Salon, URL: https://thephilosophicalsalon.com/should-the-lefts-answer-to-rightist-populism-really-be-a-me-too-part-i/ [eingesehen am 01.12.2021].

Stephanie Buchholz, geb. 1995, studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Göttingen. Sie ist studentische Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen sowie am Göttinger Institut für Demokratieforschung. An der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie im Fachbereich Linksradikalismus.

Rohrmoser, Richard (2022):
„‚Antifa'. Seismograf des
Antidemokratischen"
In: Demokratie-Dialog 11
(2022) S. 39–44.
doi: 10.17875/gup2022-2121

„Antifa"

Seismograf des Antidemokratischen

Richard Rohrmoser

„Ich tue es für eure Kinder!", rief Frank S., bevor er am 17. Oktober 2015 die parteilose Kölner Lokalpolitikerin Henriette Reker bei einer Wahlkampfveranstaltung mit einem dreißig Zentimeter langen Bowiemesser attackierte und ihre Luftröhre fast komplett durchtrennte. Anschließend verwundete der Täter eine andere Frau ebenfalls schwer und fügte drei weiteren Personen leichtere Verletzungen zu, ehe ein zufällig anwesender Bundespolizist diesen überwältigen und festnehmen konnte.[1] Reker überlebte das Attentat nach einer Notoperation im Universitätsklinikum und konnte am Folgetag, während sie selbst noch im künstlichen Koma auf der Intensivstation lag, die Wahl zur Kölner Oberbürgermeisterin für sich entscheiden.

Bei der polizeilichen Vernehmung setzte der Attentäter seine Gewalttat in den Kontext der allgemeinen Einwanderungspolitik, für die er insbesondere Henriette Reker verantwortlich machte, die bis dato als Sozialdezernentin der Stadt Köln unter anderem für die kommunale Unterbringung von Geflüchteten zuständig war. Durch diese Einlassungen wurde ein fremdenfeindliches Motiv von Frank S. offenkundig und obwohl dieser den Polizeibeamt:innen von seiner rechtsextremen Vergangenheit berichtete, wusste die Polizei zu diesem Zeitpunkt noch kaum etwas über den Attentäter.

1 Diehl, Jörg: Messerstecher hat rechtsextreme Vergangenheit, in: Spiegel Online, 17.10.2015, URL: https://www.spiegel.de/panorama/justiz/henriette-reker-taeter-frank-s-hat-rechtsextreme-vergangenheit-a-1058337.html [eingesehen am 01.08.2022].

Verlässliche Informationen konnten dagegen rasch lokale Antifa-Gruppen liefern: Noch am selben Abend veröffentlichte die antifaschistische Szene-Zeitschrift *Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen* online ein detailliertes Dossier, in dem sie unter anderem beschrieb, dass es sich bei Frank S. um einen ehemaligen Aktivisten aus dem Umfeld der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) handelt. Unter Berufung auf das „Antifaschistische Aktionsbündnis Köln gegen Rechts" konnte die Zeitschrift der Öffentlichkeit sogar zur Kenntnis bringen, dass sich der Attentäter an den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen 1993 in Fulda und 1994 in Luxemburg beteiligt hatte.[2] Etliche etablierte Presseorgane bedienten sich für ihre Berichterstattungen dieses Wissens, verwiesen jedoch nur selten auf die Provenienz ihrer Informationen, denen jahrelange akribische, kleinteilige und sisyphosartige Arbeit autonomer Antifaschist:innen zugrunde liegt.

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass autonome antifaschistische Gruppen oftmals deutlich besser über rassistische und rechtsextreme Aktivitäten und Strukturen im Bilde sind als staatliche Sicherheitsbehörden.[3] In den letzten Jahren verbreitete sich zudem die Erkenntnis, dass sich Behörden wie das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bei ihren Ermittlungen nicht selten auf Recherche-Plattformen von Antifa-Gruppen wie beispielsweise *exif*, *der rechte rand* oder *NSU-Watch* beziehen. In seinem Jahresbericht von 2016 lobte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sogar die antifaschistischen Recherche- und Enttarnungserfolge und erkannte an, dass durch das „Outing" von Rechtsextremist:innen Straftaten vereitelt werden konnten. In diesem Kontext kündigte die Behörde ferner an, die von der Antifa-Szene praktizierte Internetaufklärung selbst weiter zu intensivieren und dafür sogar einen eigenen Arbeitsbereich einzurichten.[4]

Einerseits. Andererseits werden – trotz dieser Anerkennung – antifaschistische Gruppen nach wie vor vom Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht, da etliche „Linksextremist:innen" Gewalt und weitere Straftaten als Kernbestandteil ihres antifaschistischen Aktionsrepertoires betrachten, das laut BfV „Bedrohungen, Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum, Brandstiftungen an Fahrzeugen oder Trefforten bis hin zu brutalen körperlichen Angriffen auf als ‚faschistisch' ausgemachte Personen"[5] umfasst. Tatsächlich stellt es jedoch ein überkomplexes Unterfangen dar, die antifaschistische Bewegung pauschal zu beschreiben und zu bewerten: „Die Antifa" existiert eben nicht, sondern es handelt sich dabei um einen abstrakten „Sammel- und Kampfbegriff für viele verschiedene linke Strömungen, Initiativen, NGOs, Parteien, Gewerkschaften sowie Aktionsstrukturen und Politikansätze [...], die Faschismus – also

2 O. A.: K: Mordanschlag auf OB-Kandidatin – Täter war früher in FAP (2 Updates), in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 17.10.2015, URL: https://www.lotta-magazin.de/nrwrex/2015/10/k-mordanschlag-auf-ob-kandidatin-t-ter-war-fr-her-fap-2-updates [eingesehen am 01.08.2022].

3 Ein weiteres eindrückliches Beispiel der jüngeren Geschichte stellt die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) im Juni 2019 dar: Ohne die Recherchen antifaschistischer Gruppen wären nie so viele Informationen und Fotos über den rechtsextremistischen Attentäter Stephan Ernst an die Öffentlichkeit gelangt. Siehe dazu etwa O. A.: 25. Sitzung: Ohne Antifa-Recherchen wüssten wir nichts, 04.03.2003, URL: https://www.linksfraktion-hessen.de/rechtsterror/luebcke-mord/detail-bericht/25-sitzung-ohne-antifa-recherchen-wuessten-wir-nichts/ [eingesehen am 25.08.2022].

4 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr: Verfassungsschutzbericht 2016, URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/verfassungsschutzbericht_bayern_2016.pdf [eingesehen am 01.08.2022].

5 Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2021-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [eingesehen am 01.08.2022].

eine auf dem Führerprinzip basierende, antidemokratische, nationalistische, rassistische und rechtsextreme Ideologie und Bewegung – konsequent ablehnen"[6].

Trotz ihrer konfrontativen Praxis und der teilweisen Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols kann diese facettenreiche Bewegung in der Gesamtheit aufgrund ihres zivilgesellschaftlichen Engagements im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus als eine „soziale Bewegung" bewertet werden: Im Laufe ihrer langen und traditionsreichen Geschichte hat die antifaschistische Bewegung kontinuierlich Impulse für Intensität, Richtung und Tempo des sozialen Wandels gesetzt und tritt auch heute noch für eine Gesellschaft ein, die Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus etc. resolut bekämpft.[7]

Historischer Hintergrund

Entstanden ist die antifaschistische Bewegung bereits in den frühen 1920er Jahren in Italien als Reaktion auf den faschistischen Diktator Benito Mussolini. Im Kontext des erstarkenden Nationalsozialismus riefen auch in Deutschland bald schon KPD, SPD und einige Gewerkschaften zu einer breiten „Einheitsfront" im Kampf gegen die NSDAP auf. Jedoch dominierten die innerlinken Konflikte und Zerwürfnisse zwischen Kommunist:innen und Sozialdemokrat:innen deren Einheitsbestrebungen gegen den Faschismus. Seitens der KPD entwickelte sich die Distanzierung von der SPD zeitweise sogar zum Schwerpunkt ihrer Politik, indem sie im Jahr 1924 die von Grigori Sinowjew begründete „Sozialfaschismusthese" übernahm, die besagt: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Diese Phänomene schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Es sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder."[8] Diese These wurde von Stalin und der Kommunistischen Internationale (Komintern) offiziell propagiert und verhinderte somit eine einheitliche Gegenbewegung und -reaktion auf den erstarkenden Nationalsozialismus. Erst nachdem kommunistische Parlamentarier:innen im Mai 1932 im Reichstag von Abgeordneten der NSDAP attackiert worden waren, rückte die KPD von dieser fatalen Einstellung ab und rief am 10. Juli 1932 in der Berliner Philharmonie die „Antifaschistische Aktion" (kurz: „Antifa") aus. In ihrem Gründungsaufruf hieß es: „Die Antifaschistische Aktion muss durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen [...], der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will."[9] Diese Erkenntnis setzte sich jedoch zu spät durch, sodass auch die „Antifaschistische Aktion" den Machtantritt der NSDAP nicht mehr verhindern konnte. Für Antifaschist:innen hatten die Jahre von 1933 bis 1945 beispiellose Konsequenzen; die Niederlage gegen die Nationalsozialist:innen, der Zweite Weltkrieg, der Holocaust, aber ebenso die Fortexistenz antisemitischer und rechtsextremistischer Aktivitäten und Strukturen im Nachkriegsdeutschland prägen die Gesellschaftsanalyse sowie die Motivation antifaschistischer Gruppen bis in die Gegenwart.[10]

Nach 1945 war es zunächst vor allem die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die unter der Losung „Nie wieder Faschismus" antifaschistische Aufklärungsarbeit leistete, sich an Gedenkstätten engagierte und Geschichtsvermittlung an Schulen anbot. Später nominell erweitert zur Vereinigung der Verfolg-

6 Rohrmoser, Richard: Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022, S. 13.

7 Siehe ebd., S. 14.

8 Stalin, Josef W.: Werke. Band 6: 1924, Berlin 1952, S. 147.

9 Zitiert nach: Wimmer, Ruth/Wimmer, Walter: Kampf dem Faschismus! Thälmann 1929–1933, Leipzig 1986, S. 239.

10 Vgl. Keller, Mirja et al.: Antifa. Geschichte und Organisierung, Stuttgart 2018, S. 41.

ten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) präsentiert sie sich bis heute als „die älteste und größte politisch-antifaschistische Organisation in Deutschland“[11]. Neben dieser Vereinigung war Antifaschismus auch bei Gruppen wie dem Kommunistischen Bund (KB) oder bei kommunistischen Parteien wie – bis zu ihrem Verbot 1956 – der KPD oder – nach ihrer Wiederzulassung 1968 – der DKP ein konstitutiver Bestandteil ihres Selbstverständnisses.

Eine Zäsur in der Historie des Antifaschismus stellten allerdings die späten 1970er bzw. frühen 1980er Jahre dar: In dieser Zeit setzte sich innerhalb autonomer Gruppierungen zunehmend die Überzeugung durch, bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus nicht weiter auf die Arbeit staatlicher Institutionen zu vertrauen, sondern stattdessen jenseits von Demonstrationen und Protestaktionen selbst aktiv zu werden und sich Neofaschist:innen direkt entgegenzustellen. Ein Fanal für dieses neue antifaschistische Selbstverständnis ereignete sich im Herbst 1983 im niedersächsischen Fallingbostel, als militante Antifaschist:innen den Konferenzort des NPD-Bundesparteitag stürmten und sich anschließend eine schwere Straßenschlacht mit der Polizei lieferten: Dieses Ereignis gilt als die Geburtsstunde der autonomen Antifa.

Durch die sukzessiv steigende Gewaltbereitschaft der Autonomen erweiterte sich das Spektrum an Aktionsformen enorm, das fortan von antifaschistischer Aufklärungs- und Bildungsarbeit über Sabotageaktionen und Sachbeschädigungen bis zu situationsbedingten Attacken auf politische Gegner:innen reichte. Der Erfolg der Aktionen und Aktivitäten wird dabei szeneintern vor allem am Grad der Berichterstattungen in Presse, Funk und Fernsehen gemessen. Insofern stellen die Fragen der Gewalt und der Bildung breiter Bündnisse mit friedlichen antifaschistischen Gruppierungen kontinuierliche und kontroverse Streitpunkte innerhalb der Bewegung dar. Selbstredend hat die Gewaltbereitschaft autonomer Antifa-Gruppen staatliche Einschränkungen und Repressionen wie Durchsuchungen, Polizeikontrollen und Überwachungen zur Folge und das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft die antifaschistische Bewegung als „linksextremistisch“ ein. Durch den in den Verfassungsschutzberichten verwendeten Oberbegriff „Extremismus“ steht der „Linksextremismus“ zwangsläufig in der Nähe des Begriffs „Rechtsextremismus“, was sowohl akademisch als auch populärwissenschaftlich kontrovers diskutiert wird. Das Bundesamt für Verfassungsschutz vertritt jedoch das „Postulat der Äquidistanz“, wonach der Staat gegen politischen Extremismus jeglicher Couleur gleichermaßen vorgehen soll. Der Unterschied, dass Rechtsextremismus antiegalitäre Ideologien wie Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus befürwortet, während Linksextremismus beim Streben nach dem Ideal der Gleichheit aller Menschen bestimmte Normen und Regeln des demokratischen Rechtsstaates ablehnt und dessen Gewaltmonopol nicht anerkennt, ist dabei unerheblich.[12] Langzeitrecherchen des *Tagesspiegel* und von *ZEIT ONLINE* ergaben in diesem Kontext jedoch, dass rechtsmotivierte Gewalttäter:innen zwischen 1990 und 2020 in Deutschland mindestens 187 Menschen getötet haben;[13] linken Extremist:innen fielen in demselben Zeitraum dagegen sechs Personen zum Opfer.[14]

11 Siehe dazu etwa O. A.: Wir über uns, URL: https://brandenburg.vvn-bda.de/wir-uber-uns/ [eingesehen am 01.08.2022].

12 Siehe dazu Fuhrmann, Maximilian: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019, S. 224.

13 Jansen, Frank et al.: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung, in: Der Tagesspiegel, 30.09.2020, URL: https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html [eingesehen am 01.08.2022].

14 Siehe dazu ZDFInfo Doku: Deutschland extrem – Extremismus von links und rechts, URL: https://www.

Antifa als „soziale Bewegung"

Die antifaschistische Bewegung polarisiert: Kritiker:innen sehen insbesondere in den autonomen Antifa-Gruppen aufgrund ihrer konfrontativen Praxis und der Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols eine Gefährdung der Demokratie von links. Sympathisant:innen der Bewegung vertreten dagegen den Standpunkt, dass selbst autonome Antifa-Gruppen einen notwendigen zivilgesellschaftlichen Beitrag gegen Rassismus und Rechtsextremismus leisten. So ist es auch dem Engagement autonomer Antifaschist:innen zu verdanken, dass sowohl der Staat als auch die Zivilgesellschaft in den letzten Dekaden durch antifaschistische Impulse resoluter auf rassistische und rechtsextremistische Aktivitäten und Strukturen reagiert haben. In den 1980er Jahren fanden dagegen beispielsweise Kundgebungen von NS-Vereinigungen oder Friedhofsbesuche alter Nationalsozialist:innen am Volkstrauertag noch frappierend häufig statt und stießen nicht auf Widerstand aus der Politik und der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Ebenso warnten antifaschistische Gruppen im Kontext der deutschen Wiedervereinigung und der Zuwanderung Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten frühzeitig vor einem raschen Erstarken neofaschistischer Strukturen und rassistischer Gewaltausschreitungen – die Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre konnten allerdings nicht verhindert werden. Die Pogrome von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen verdeutlichten die Notwendigkeit antifaschistischer Reaktionen, sodass etliche staatlich-initiierte antifaschistische Programme folgten. Spätestens als der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nach einem Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf im Oktober 2000 den sogenannten „Aufstand der Anständigen"[15] ausrief, hat sich „Antifaschismus" zu einem Element der bundesdeutschen Staatsräson etabliert.

Da sich jedoch die staatlichen Antifaschismus-Projekte nicht zwingend effektiver als zivilgesellschaftliches Engagement erwiesen und der Staat aus Sicht der Antifa-Bewegung sowieso nicht als „Reparaturbetrieb der Gesellschaft" dienen soll, existieren auch autonome Antifa-Gruppen weiterhin und versuchen staatlichen und institutionellen Defiziten bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus durch eigeninitiatives Engagement entgegenzuwirken. Ferner streben sie eine Gesellschaft an, die Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, Neonazismus, Sexismus und weitere Unterdrückungsformen resolut bekämpft. Durch ihre akkuraten Recherche- und Enttarnungsarbeiten haben autonome Antifa-Gruppen als „Frühwarnsystem" immer wieder rassistische und rechtsextreme Straftaten vereiteln oder als „Gedächtnis der Gesellschaft" zumindest nachträglich aufklären können. Insofern kann die Antifa als soziale Bewegung zur Registrierung und notwendigen Bekämpfung von antidemokratischen, antiegalitären, antifreiheitlichen und ausgrenzenden Tendenzen in der Gesellschaft betrachtet werden.

Vor allem durch ihre friedlichen Protestformen im Stile des zivilen Ungehorsams (z. B. Boykottaktionen, Menschenketten, Sitzblockaden etc.) haben sich Antifa-Gruppen immer wieder als normative Korrektivkraft im Sinne des sogenannten „Böckenförde-Diktums" erwiesen. Der Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde hatte bereits in den 1960er Jahren den Grundsatz geprägt, wonach „der freiheitliche, säkularisierte Staat [...] von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann"[16]. Im Grunde

zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/deutschland-extrem-extremismus-von-links-und-rechts-102.html [eingesehen am 01.08.2022].

15 O. A.: Schröder fordert „Aufstand der Anständigen", in: Spiegel Online, 04.10.2000, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-auf-synagoge-schroeder-fordert-aufstand-der-anstaendigen-a-96537.html [eingesehen am 25.08.2022].

16 Böckenförde, Ernst Wolfgang: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders. (Hrsg.): Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt 1991, S. 92–114, hier S. 112.

bedeutet dies, dass das Gedeihen der Demokratie stets auf einer moralischen Substanz sowie einem staatstragenden Ethos der Toleranz in der Zivilgesellschaft basiert. Selbstverständlich ist jedoch kritisch zu konstatieren, dass der Faktor „Gewaltbereitschaft" in autonomen Antifa-Gruppen seit ihrer Genese in den frühen 1980er Jahren ein strukturelles Problem darstellt. Ferner ist fatal, dass einzelne Strömungen der antifaschistischen Bewegung ein symbiotisches Verhältnis mit den Medien führen, weil Gewaltbilder stets die stärkste Resonanz in der Öffentlichkeit auslösen. Trotz der Gewaltproblematik zeigt die Geschichte jedoch, dass zivilgesellschaftliches antifaschistisches Engagement aufgrund von staatlichen Defiziten und Versagen bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus von absoluter Notwendigkeit ist. Dabei soll und darf die breite und facettenreiche Antifa-Bewegung auch den einzelnen zur Gewalt bereiten Gruppierungen nicht ohne Weiteres das Deutungsmonopol darüber überlassen, was „Antifaschismus" bedeutet und in welcher Form dieser seinen Ausdruck findet.

Richard Rohrmoser (*1987) ist promovierter Zeithistoriker an der Universität Mannheim. Er beschäftigt sich mit Protestgeschichte, sozialen Bewegungen sowie historischer Friedens- und Konfliktforschung. Aktuell ist er als Gymnasiallehrer für Englisch, Geschichte und Sozialkunde tätig.

Literatur:

Quellen:

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr: Verfassungsschutzbericht 2016, URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/verfassungsschutzbericht_bayern_2016.pdf [eingesehen am 01.08.2022].

Böckenförde, Ernst Wolfgang: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders. (Hrsg.): Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt 1991.

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2021-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [eingesehen am 01.08.2022].

O. A.: 25. Sitzung: Ohne Antifa-Recherchen wüssten wir nichts, 04.03.2003, URL: https://www.linksfraktion-hessen.de/rechtsterror/luebcke-mord/detail-bericht/25-sitzung-ohne-antifa-recherchen-wuessten-wir-nichts/ [eingesehen am 25.08.2022].

Stalin, Josef W.: Werke. Band 6: 1924, Berlin 1952.

Darstellungen:

Diehl, Jörg: Messerstecher hat rechtsextreme Vergangenheit, in: Spiegel Online, 17.10.2015, URL: https://www.spiegel.de/panorama/justiz/henriette-reker-taeter-frank-s-hat-rechtsextreme-vergangenheit-a-1058337.html [eingesehen am 01.08.2022].

Fuhrmann, Maximilian: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019.

Jansen, Frank/Kleffner, Heike/Radke, Johannes/Staud, Toralf: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung, in: Der Tagesspiegel, 30.09.2020, URL: https://www.tagesspiegel.de/politik/interaktive-karte-todesopfer-rechter-gewalt-in-deutschland-seit-der-wiedervereinigung/23117414.html [eingesehen am 01.08.2022].

Keller, Mirja/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemermeyer, Jan: Antifa. Geschichte und Organisierung, Stuttgart 2018[3].

O. A.: K: Mordanschlag auf OB-Kandidatin – Täter war früher in FAP (2 Updates), in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, 17.10.2015, URL: https://www.lotta-magazin.de/nrwrex/2015/10/k-mordanschlag-auf-ob-kandidatin-t-ter-war-fr-her-fap-2-updates [eingesehen am 01.08.2022].

O. A.: Schröder fordert „Aufstand der Anständigen", in: Spiegel Online, 04.10.2000, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-auf-synagoge-schroeder-fordert-aufstand-der-anstaendigen-a-96537.html [eingesehen am 25.08.2022].

Rohrmoser, Richard: Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022[2].

Wimmer, Ruth/Wimmer, Walter: Kampf dem Faschismus! Thälmann 1929–1933, Leipzig 1986.

ZDFInfo Doku: Deutschland extrem – Extremismus von links und rechts, URL: https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/deutschland-extrem-extremismus-von-links-und-rechts-102.html [eingesehen am 01.08.2022].

Radikaler Islam

Hild, Marvin (2022):
„Muslimisch identitär?"
In: Demokratie-Dialog 11
(2022) S. 46–53.
doi: 10.17875/gup2022-2122

Muslimisch identitär?

Marvin Hild

Die Gruppierungen „Generation Islam" (GI) und „Realität Islam" (RI) sind einflussreiche und in ihrer Reichweite wachsende Akteure des deutschsprachigen radikalislamischen Spektrums in den Sozialen Medien.[1] Verfassungsschutzbehörden werfen ihnen ideologische Nähe zur Hizb ut-Tahrir (deutsch: „Befreiungspartei") vor;[2] diese Einschätzung entspricht auch dem wissenschaftlichen Konsens.[3] Die Hizb ut-Tahrir (HuT) selbst ist schon seit 2003 durch das Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt, welches 2006 durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde. Der Senat stellte unter anderem fest, dass die HuT im Rahmen öffentlicher Äußerungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Menschen

1 Hartwig, Friedhelm/Hänig, Albrecht: Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE), Bonn 2021, S. 52 f.

2 Z. B.: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2020, Berlin 2021, S. 244.

3 O. V.: OCCI – Interview: „Generation Islam" und Online-Islamismus, in: OCCI DE Insight Report. Plattformwanderung als Folge der Entfernung rechtsextremer Profile, neonazistische Propaganda und die islamistische Gruppe „Generation Islam", 2018, S. 7–11; Möller, Patrick et al.: Netzwerke der Hizb ut-Tahrir in Deutschland – Ein Einblick, in: Emser, Corinna et al. (Hrsg.): SCHNITT:STELLEN: Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus, Nürnberg 2021, S. 67–81.

aufgefordert hatte. Unter anderem deshalb wurde die Feststellung aus der Bekanntmachung über das Vereinsverbot, dass die Tätigkeit der HuT „sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung [richtete und] [...] Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange [befürwortete] und [...] hervorrufen [sollte]“[4], als zutreffend erachtet.[5]

Die HuT wurde 1953 in Jerusalem von Muhammad Taqī ad-Dīn an-Nabhānī gegründet. Ziel der „Befreiungspartei“ war einerseits das Ende israelischer Herrschaft in allen Teilen Palästinas, andererseits aber auch die Beseitigung der existierenden muslimischen Staaten. Im Panislamismus der HuT haben diese Nationalstaaten keine Daseinsberechtigung; die islamische Umma[6] soll als Ganzes politisch in einem Kalifat organisiert sein und so eine weltweite Einheit der Muslime[7] schaffen.[8] Das Weltbild der HuT ist durch Dichotomie gekennzeichnet: So steht beispielsweise das islamische Kalifat als Entwurf klar in kriegerischem Antagonismus zu nicht-muslimischen Staaten wie dem Vereinigten Königreich, den USA, Frankreich und Russland.[9] Die HuT ist ideologisch im Spektrum des radikalen Islam dem Islamismus zuzuordnen. Ihre spezifische Islaminterpretation stellt die rechtliche und normative Grundlage der von ihr gewünschten Gesellschaftsordnung dar. Sie strebt keine anachronistische Rückbesinnung auf einen idealisierten, von unzulässigen Neuerungen bereinigten Islam der ersten drei Generationen nach dem Propheten Muhammad an und unterscheidet sich unter anderem dadurch von der Salafiyya.[10] Gemein mit vielen anderen Reformbewegungen ist ihr jedoch das Streben nach Emanzipation aus der kolonialen Fremdbestimmung für die Muslime.

Im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2021 wird die HuT folgendermaßen erwähnt:

> „Ziel der panislamisch ausgerichteten ‚Hizb ut-Tahrir‘ (HuT) ist die ‚Befreiung‘ aller Muslime von ‚Unterdrückung‘ und ihre Vereinigung in einem weltweiten Kalifat. Aus Sicht der HuT haben ‚unterdrückte‘ Muslime das Recht auf ‚Selbstverteidigung‘ mit allen Mitteln. [...] Ein weiteres Charakteristikum der HuT ist ein ausgeprägter Antisemitismus. In Deutschland agitiert die HuT wegen des Betätigungsverbots im Untergrund und rekrutiert dort neue Mitglieder. Insbesondere in den sozialen Netzwerken gibt es zahlreiche Gruppierungen mit ideologischer Nähe zur HuT, beispielsweise ‚Realität Islam‘, ‚Generation Islam‘ und ‚Muslim Interaktiv‘. Mit Videos und Textbeiträgen erreichen sie Zehntausende Interessenten und nutzen ihren Bekanntheitsgrad auch für Mobilisierungszwecke in der realen Welt. [...] Die von ihnen besetzten Themen spielen im Rekrutierungsprozess islamistischer Organisationen eine wichtige Rolle und bereiten den Nährboden für eine Radikalisierung junger Muslime.“[11]

4 Bundesministerium des Innern: Bekanntmachung des Bundesinnenministeriums über die Verfügung eines Vereinsverbotes (Hizb ut-Tahrir). P 113 (neu) - 618 060 - 9/ 10, Berlin 10.01.2003, nachzulesen unter: https://s.gwdg.de/mxND3k [eingesehen am 05.07.2022].

5 Bundesverwaltungsgericht: Urteil vom 25.01.2006 – 6 A 6.05, Leipzig 2006, nachzulesen unter https://lexetius.com/2006,604 [eingesehen am 05.07.2022].

6 Wörtlich „Gemeinde“. Der Begriff bezeichnet die Gemeinschaft aller Muslime weltweit.

7 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

8 Hamid, Sadek: Islamic Political Radicalism in Britain: The Case of Hizb-ut-Tahrir, in: Abbas, Tahir: Islamic Political Radicalism. A European Perspective, Edinburgh 2007, S. 145–159, hier S. 146.

9 An-Nabhani, Taqiyyu-d-Din: Die Lebensordnung des Islam, Jerusalem 1953, in der Übersetzung von: AL-Khilafa Publications, London 1997, S. 111.

10 El-Wereny, Mahmud: Radikalisierung im Cyberspace. Die virtuelle Welt des Salafismus im deutschsprachigen Raum – ein Weg zur islamistischen Radikalisierung?, Bonn 2021, S. 26 ff.

11 Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022, S. 221.

Wie aber gelingt es den Verantwortlichen hinter den Gruppen „Generation Islam" und „Realität Islam", einem Verbot zu entgehen, obwohl die Sicherheitsbehörden von ihrer Zugehörigkeit zur HuT überzeugt sind? Zu welchen Themen äußern sie sich, auf welche Art – sowohl rhetorisch als auch inhaltlich – und inwiefern korrespondiert dies mit ideologischen Charakteristika der HuT? Eine Betrachtung der Accounts von „Generation Islam" und „Realität Islam" in den sozialen Netzwerken *Twitter* und *Instagram* zwischen Oktober 2021 und Juli 2022 gibt darüber Aufschluss und zeigt auch Unterschiede zwischen beiden Akteuren auf.[12]

Repressionsnarrative und identitäre Abgrenzung

Ein prominentes Thema bei beiden Gruppen ist antimuslimischer Rassismus beziehungsweise Diskriminierung von Muslimen; bei „Realität Islam" ist es mit Abstand am wichtigsten. Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24.02.2022 wird Diskriminierung von Muslimen und Rassismus häufig in Bezug zur Ungleichbehandlung von ukrainischen Flüchtlingen und jenen, die aus dem Nahen Osten oder Afrika kommen, gesetzt. Diese reale Ungleichbehandlung, welche sich bisweilen in der medialen Berichterstattung und Aussagen von Politikern widerspiegelte,[13] wird insbesondere von RI in das eigene Narrativ westlicher Islamfeindlichkeit überführt, wenn beispielsweise festgestellt wird: „Dieser Hass, der hinter diesen Misshandlungen steckt, ist definitiv ein Resultat der gescheiterten gesamteuropäischen Minderheitenpolitik und der islamfeindlichen Assimilationspolitik im Speziellen!"[14]

Abbildung 1: Realität Islam: Post vom 06.03.2022, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/y4xOw7 [eingesehen am 27.07.2022].

Allgemein ist „Assimilationspolitik" im Umgang mit Muslimen und bezüglich der Rolle des Islam in westlichen Gesellschaften bei „Realität Islam" ein häufig verwendeter Begriff, ebenso wie „Wertediktatur"[15]. Dieser Begriff erinnert an die Rhe-

12 Betrachtet wurden die *Twitter*-Konten @genislam1 und @islam_realitaet sowie die *Instagram*-Accounts @generation_islam und @realitaetislam. Da RI *Twitter* erst im Oktober 2021 beigetreten ist, wurde der erhebungsrelevante Zeitraum allgemein auf den 01.10.2021 bis zum 05.07.2022 festgelegt. Da *Twitter* vorrangig textbasiert ist, konnten hier alle Tweets aus dem Zeitraum ausgewertet werden, während bei *Instagram* die Funktionsweise stärker auf Bilder konzentriert ist. Dieser Umstand sowie technische Gründe erlaubten dort nur eine selektive Auswertung der Inhalte, bei denen jeweils vier Beiträge mit den meisten und den wenigsten Likes sowie den meisten und den wenigsten Kommentaren und zusätzlich vier Videobeiträge mit den meisten Views – insgesamt also bis zu 20 Beiträge – berücksichtigt wurden. Mittels einer Codierung im computergestützten qualitativen Analyseverfahren mit dem Programm MAXQDA konnten relevante inhaltliche Bereiche identifiziert und kategorisiert werden.

13 Z. B.: Rebhan, Christiane: Wirbel um Aussagen der bayerischen Integrationsbeauftragten: „Muss Ukrainern nicht erklären, dass auf dem Boden nicht gekocht wird.", in: Business Insider, 22.04.2022, URL: https://s.gwdg.de/4ynUVx [eingesehen am 05.07.2022].

14 Realität Islam: Post vom 24.05.2022, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/VHZEBl [eingesehen am 27.07.2022].

15 Z. B.: Realität Islam: Tweet vom 16.05.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/8rUZixSi9m [eingesehen am 05.07.2022].

torik des identitären Rechtsextremismus, die Gesellschaftswissenschaftler Maik Fielitz und Martin Kahl halten diesbezüglich fest: „Mit den Aufrufen zur Verteidigung der Referenzgemeinschaft werden eine ‚geistige Reinheit' und eine Aufbruchsstimmung beschworen mit dem Ziel, exklusive und monoidentitäre Gemeinschaften hervorzubringen."[16] Die HuT grenzt Muslime als ebensolches Kollektiv ab, das nach seinen Werten in einem bestimmten geografischen Raum leben sollte. Darin ähnelt ihr Weltbild jenem identitär rechtsextremer Gruppen. Derartige Vorwürfe in den Postings richten sich bei beiden neben Deutschland vor allem noch an das laizistische Frankreich,[17] RI bezieht sich darüber hinaus auch auf die österreichische Politik.[18] Österreich bietet sich als Betätigungsraum für deutsche Anhänger der HuT an, da die Organisation dort nicht verboten ist und das Land ebenfalls zum deutschen Sprachraum gehört. So sind mehrere HuT-Mitglieder, die vor dem Verbot in Deutschland aktiv waren, nun dort tätig. Die Vorstellung, dass „westliche" Kulturen und die „islamische" Kultur grundsätzlich in einem derart gegensätzlichen Verhältnis stehen, dass Muslime sich etwa in der französischen, österreichischen oder deutschen Gesellschaft ohne Aufgabe ihrer muslimischen Identität nicht integrieren könnten, entspricht den ideologischen Leitlinien der HuT. Unter Bezugnahme auf die homogene muslimische Identität dient der ständige Verweis auf den kollektiven Opferstatus dazu, die intramuslimische Bindung zu stärken, was die politische Organisation der gesamten Umma im Kalifat befördern soll.

Gleichzeitig wird jedoch mittels Abwertung „westlicher" Kultur die „islamische" aufgewertet: So ist ein häufiges Motiv die Heuchelei oder moralische Korruption des „Westens". Dies bezieht sich zwar einerseits wiederum auf den Umgang mit Muslimen, andererseits aber auch auf Werte und Merkmale liberaler, säkularer Gesellschaften – etwa den toleranten Umgang mit sexuellen Minderheiten oder den relativ geringen Stellenwert von Religion. So spricht „Generation Islam" im Zusammenhang mit der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Transgenderthemen von „LGBTQ Wahn [sic]"[19] und bezeichnet Europa als „gottloser als die USA"[20].

Abbildung 2: Generation Islam: Tweet vom 19.04.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/Rp0Px7SJoA [eingesehen am 05.07.2022].

16 Fielitz, Maik/Kahl, Martin: Zwischen Tastatur und Straße: Post-digitale Strategien und Praktiken des identitären Rechtsextremismus und Islamismus im Vergleich, in: Birsl, Ursula et al. (Hrsg.): Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog, Opladen, Berlin, Toronto 2022, S. 289–317, hier S. 314.

17 Z. B.: Realität Islam: Tweet vom 23.10.2021, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/8b0psa [eingesehen am 05.07.2022].

18 Z. B.: Realität Islam: Tweet vom 09.11.2021, in: Twitter, URL: https://t.co/FgCpcfrfmm [eingesehen am 05.07.2022].

19 Generation Islam: Tweet vom 06.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/lQw09p [eingesehen am 05.07.2022].

20 Generation Islam: Tweet vom 28.06.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/yUIC3ZB2NJ [eingesehen am 05.07.2022].

Auch eine liberale Indoktrination macht GI dem Westen zum Vorwurf, während dieser gleichzeitig religiöse Indoktrination kritisiere.[21]

Herrschaftskritik

Aber auch muslimischen Herrschern wird Korrumpiertheit vorgeworfen. GI betrachtet diese als „westliche Vasallen"[22] und „Marionetten", die damit „beschäftigt [sind,] korrupt und nutzlos zu sein"[23]. Die Politik des Kronprinzen Saudi-Arabiens, Mohammed bin Salman, ziele „auf die Entfernung der letzten islamischen Elemente und [fördere den] kufr"[24] (deutsch: „Unglauben") und „Mustafa Kemal, Gründer der säkular-laizistischen Republik Türkei, [sei] mitunter der Hauptagent des Westens gewesen, dem wir [die Muslime, Anm. d. Verf.] es zu verdanken haben, dass der Schutzschild der islamischen Umma – das Kalifat – nicht mehr existent ist."[25] Auch in diesem Kontext wird wieder auf das Kalifat als Idealzustand gemäß der HuT verwiesen und Laizismus, Liberalisierung sowie politische Nähe zum Westen abgelehnt.

Neben den Kulturkämpfen, denen GI und RI die Muslime im Westen ausgesetzt sehen, thematisieren beide Gruppen auch die Situation von Muslimen weltweit sowie die Rolle des Westens in muslimischen Ländern. Dabei geht es beiden zum einen um die Unterdrückung respektive Diskriminierung der Uiguren in China und der Muslime in Indien durch Hindutva-Nationalisten.[26] Letztere bezeichnet „Generation Islam" als „Götzenanbeter"[27], was auch als Anspielung auf die weitgehende Rechtlosigkeit von Hindus in einem islamischen politischen System gemäß den Vorstellungen der HuT verstanden werden kann. Andererseits sind auch westliche Interventionen beziehungsweise die Politik westlicher Staaten hinsichtlich des Nahen Ostens häufiger Gegenstand von Kritik, beispielsweise wenn es um Doppelstandards des Westens bei den Kriegen im Irak und in der Ukraine geht.[28] Aber auch die koloniale Vergangenheit im Nahen Osten[29] und das US-Gefängnis in Guantanamo[30] werden kritisch thematisiert.

Antisemitismus

Ein weiteres Thema, das von beiden – besonders intensiv aber von GI – behandelt wird, ist der Israel-Palästina-Konflikt. Die Äußerungen, die dazu getätigt werden, überschreiten an vielen Stellen die Grenze zum Antisemitismus. So werden die israelischen Streitkräfte etwa

21 Generation Islam: Tweet vom 19.04.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/RpOPx7SJoA [eingesehen am 05.07.2022].

22 Generation Islam: Post vom 11.01.2022, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/ontQiD [eingesehen am 27.07.2022].

23 Generation Islam: Tweet vom 10.04.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/WOJxoh [eingesehen am 05.07.2022].

24 Generation Islam: Tweet vom 24.03.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/Yybi48 [eingesehen am 05.07.2022].

25 Generation Islam: Post vom 12.11.2021, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/PbQMXZ [eingesehen am 27.07.2022].

26 Hindutva bezeichnet ein politisches Konzept, das die autoritäre Ausrichtung Indiens nach den Vorstellungen eines primär politisch-kulturell verstandenen Hinduismus zum Ziel hat.

27 Generation Islam: Tweet vom 12.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/H5cYpN [eingesehen am 05.07.2022].

28 Z. B.: Generation Islam: Tweet vom 30.03.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/nqFrC2L6v3 [eingesehen am 05.07.2022].

29 Z. B.: Generation Islam: Tweet vom 29.04.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/jJIuBwVRSq [eingesehen am 05.07.2022].

30 Z. B.: Realität Islam: Tweet vom 10.01.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/5clECE [eingesehen am 05.07.2022].

als „#Kindesentführer“[31], „#kindermörder“[32] und „Hyänen“[33] dämonisiert und entmenschlicht sowie der Staat Israel als „schmutzige[s] Zionistengebilde“[34] delegitimiert. Israelis seien nicht als Nachkommen Moses', sondern höchstens als jene des Volkes von Lot und als „mordende […] Juntas“[35] zu sehen. Diese Äußerung steht im Kontext von Pro-LGBT-Positionen Israels. Lots Eintreten gegen die als moralisch verwerflich präsentierte Sexualmoral der Sodomiter ist im Koran in mehreren Suren überliefert, der Verweis darauf in diesem Kontext ist somit eine religiöse Verunglimpfung der Israelis als Sodomiten. Häufig verwendet GI in diesen Tweets das Hashtag #EinesTages.[36] Ob damit auf eine zukünftige Freiheit Palästinas oder auch auf das Ende der Existenz Israels angespielt wird, bleibt vordergründig unklar; in der Ideologie der HuT gehören diese beiden Dinge jedoch untrennbar zusammen. Auch die deutsche Unterstützung Israels wird häufig kritisiert, etwa wenn ein Bericht der *Times of Gaza* über eine israelische Razzia mit den Worten „Deutsche Staatsräson“[37] und mit einem erbrechenden Emoji kommentiert wird. Unter Bezugnahme auf „Unterdrückung, Sklaverei, Völkermord“ und „ein brutales Apartheidsregime“[38] in Deutsch-Südwestafrika stellt GI „viele Gemeinsamkeiten“[39] zwischen dem Kolonialregime des deutschen Kaiserreiches und Israel fest.

Résumé

Die Hizb ut-Tahrir – informell vertreten durch Akteure wie „Generation Islam“ und „Realität Islam“ – ist trotz ihres Verbots weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland aktiv, insbesondere in den Sozialen Medien. Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz hat dieses Engagement der Organisation zwischen 2019 und 2021 einen Anhängerzuwachs von 430[40] auf 700[41] Personen beschert. Damit übersteigt ihr Personenpotenzial in Deutschland beispielsweise jenes der Hamas (450)[42] oder der Furkan-Gemeinschaft (400)[43] aus dem islamistischen Spektrum sowie jenes der neurechten Identitären Bewegung (500)[44]. Es ist somit durchaus berechtigt, den Akteuren „Generation Islam“ und „Realität Islam“ eine gewisse Relevanz im radikalislamischen Spektrum zuzuschreiben. Ihre Online-Aktivität dient dazu, Muslimen den Eindruck zu vermitteln, in westlichen, säkularen Gesellschaften und weltweit ständiger antimuslimisch-rassistischer Repression ausgesetzt zu sein, und soll eine kollektive „islamische“ Identität propagieren, welche klar von liberalen Werten, wie etwa der

31 Generation Islam: Tweet vom 26.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/sub9JF [eingesehen am 05.07.2022].

32 Generation Islam: Tweet vom 03.06.2022 (a), in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/86Nl1Z [eingesehen am 05.07.2022].

33 Generation Islam: Tweet vom 23.05.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/3c9axp [eingesehen am 05.07.2022].

34 Generation Islam: Tweet vom 03.06.2022 (b), in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/xlBTlO [eingesehen am 05.07.2022].

35 Generation Islam: Tweet 2022-06-16T16:24:44.000Z, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/yEUgZk [eingesehen am 05.07.2022].

36 z.B.: Generation Islam: Tweet vom 06.05.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/vxzMNI [eingesehen am 05.07.2022].

37 Generation Islam: Tweet vom 29.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/tm721j [eingesehen am 05.07.2022].

38 Generation Islam: Tweet vom 24.06.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/YoLP60cudq [eingesehen am 05.07.2022].

39 Ebd.

40 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, S. 244.

41 Bundesministerium des Innern und für Heimat, S. 221.

42 Ebd., S. 218.

43 Ebd., S. 229.

44 Ebd., S. 73.

Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten, abgegrenzt ist. Die häufige positive Bezugnahme auf das Kalifat macht deutlich, welche politischen Ordnungsvorstellungen vertreten werden. Im Hinblick auf den Israel-Palästina-Konflikt finden sich insbesondere bei GI regelmäßig Äußerungen, die den Staat Israel delegitimieren und Angehörige der israelischen Sicherheitskräfte dämonisieren und entmenschlichen. Anders als vor dem Verbot der HuT selbst unterbleiben jedoch Aufrufe zu oder offene Befürwortung von Gewalt als politische Handlungsoption. So gelingt es den beiden Gruppen zumindest bisher, einem Verbot zu entgehen. Ebenso unterbleiben Bezugnahmen auf an-Nabhānī oder die HuT selbst, sodass die Zugehörigkeit zu HuT im Falle eines Verbotsversuches möglicherweise nicht gerichtsfest belegt werden könnte.

Literatur:

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2020, Berlin 2021.

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022.

El-Wereny, Mahmud: Radikalisierung im Cyberspace. Die virtuelle Welt des Salafismus im deutschsprachigen Raum – ein Weg zur islamistischen Radikalisierung?, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 10695, Bonn 2021.

Fielitz, Maik/Kahl, Martin: Zwischen Tastatur und Straße: Post-digitale Strategien und Praktiken des identitären Rechtsextremismus und Islamismus im Vergleich, in: Birsl, Ursula/Junk, Julian/Kahl, Martin/Pelzer, Robert (Hrsg.): Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog, Opladen, Berlin, Toronto 2022, S. 289–317.

Hamid, Sadek: Islamic Political Radicalism in Britain: The Case of Hizb-ut-Tahrir, in: Abbas, Tahir: Islamic Political Radicalism. A European Perspective, Edinburgh 2007, S. 145–159.

Hartwig, Friedhelm/Hänig, Albrecht: Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE), Bonn 2021.

Möller, Patrick/Baron, Hanna/ Von Berg, Annika: Netzwerke der Hizb ut-Tahrir in Deutschland – Ein Einblick, in: Emser, Corinna/Kreienbrink, Axel/Müller, Neila Miguel/Rupp, Teresa/Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hrsg.): SCHNITT:STELLEN: Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus, Nürnberg 2021, S. 67–81.

O. V.: OCCI – Interview: „Generation Islam" und Online-Islamismus, in: OCCI DE Insight Report. Plattformwanderung als Folge der Entfernung rechtsextremer Profile, neonazistische Propaganda und die islamistische Gruppe „Generation Islam", 2018, S. 7–11.

Quellen:

An-Nabhani, Taqiyyu-d-Din: Die Lebensordnung des Islam, Jerusalem 1953, in der Übersetzung von: AL-Khilafa Publications, London 1997.

Bundesministerium des Innern: Bekanntmachung des Bundesinnenministeriums über die Verfügung eines Vereinsverbotes (Hizb ut-Tahrir). P 113 (neu) - 618 060 - 9/10, Berlin 10.01.2003, nachzulesen unter: https://s.gwdg.de/mxND3k [eingesehen am 05.07.2022].

Bundesverwaltungsgericht: Urteil vom 25.01.2006 – 6 A 6.05, Leipzig 2006, nachzulesen unter https://lexetius.com/2006,604 [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Post vom 12.11.2021, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/PbQMXZ [eingesehen am 27.07.2022].

Generation Islam: Post vom 11.01.2022, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/ontQiD [eingesehen am 27.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 24.03.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/Yybi48 [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 30.03.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/nqFrC2L6v3 [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 10.04.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/WOJxoh [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 19.04.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/Rp0Px7SJoA [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 29.04.2022, in: Twitter, URL:

https://t.co/jJIuBwVRSq [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 06.05.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/vxzMNl [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 23.05.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/3c9axp [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 03.06.2022 (a), in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/86Nl1Z [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 03.06.2022 (b), in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/xlBTlO [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 06.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/lQw09p [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 12.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/H5cYpN [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 24.06.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/YoLP60cudq [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 26.06.2022, in: Twitter, URL. https://s.gwdg.de/sub9JF [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 28.06.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/yUIC3ZB2NJ [eingesehen am 05.07.2022].

Generation Islam: Tweet vom 29.06.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/tm721j [eingesehen am 05.07.2022].

Realität Islam: Post vom 24.05.2022, in: Instagram, URL: https://s.gwdg.de/VHZEBl [eingesehen am 27.07.2022].

Realität Islam: Tweet vom 23.10.2021, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/8b0psa [eingesehen am 05.07.2022].

Realität Islam: Tweet vom 09.11.2021, in: Twitter, URL: https://t.co/FgCpcfrfmm [eingesehen am 05.07.2022].

Realität Islam: Tweet vom 10.01.2022, in: Twitter, URL: https://s.gwdg.de/5clECE [eingesehen am 05.07.2022].

Realität Islam: Tweet vom 16.05.2022, in: Twitter, URL: https://t.co/8rUZixSi9m [eingesehen am 05.07.2022].

Rebhan, Christiane: Wirbel um Aussagen der bayerischen Integrationsbeauftragten: „Muss Ukrainern nicht erklären, dass auf dem Boden nicht gekocht wird.", in: Business Insider, 22.04.2022, URL: https://s.gwdg.de/4ynUVx [eingesehen am 05.07.2022].

Marvin Hild (B. A.) studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Globale Politik und Arabistik/Islamwissenschaft im Master. Seit Januar 2021 arbeitet er im Bereich Radikaler Islam des Projekts FoDex am Institut für Demokratieforschung. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen radikalislamische/islamistische Ideologie, Radikalisierung und Vernetzung sowie Terrorismus(-abwehr).

Klevesath, Lino (2022): „Zur politischen (Ir-)Relevanz von Predigten in radikalislamischen Moscheen."
In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 54–61.
doi: 10.17875/gup2022-2123

Zur politischen (Ir-)Relevanz von Predigten in radikalislamischen Moscheen

Lino Klevesath

Predigten spielen zweifelsohne sowohl in der Glaubenspraxis des Christentums als auch des Islam eine wichtige Rolle. Die „Ḫuṭba" (Predigt) ist ein essenzieller Bestandteil eines jeden Freitagsgebets in der Moschee, deren wöchentlicher Besuch nach den Vorstellungen des orthodoxen sunnitischen Islam Pflicht für jeden gesunden, männlichen Muslim ist.[1] Somit kann angenommen werden, dass das Glaubensverständnis vieler Gläubiger maßgeblich durch die wöchentliche Predigt geprägt wird.

Die Debatte um muslimische „Hassprediger", die bereits in den frühen 2000er Jahren in der deutschen Politik und den Medien geführt wurde, zeigt, dass in der Öffentlichkeit Predigten im islamischen Kontext häufig eine potenziell hohe (und oftmals negative) Wirkmächtigkeit zugeschrieben wird. So schrieb der SPIEGEL 2004 anlässlich des durch einen dschihadistischen Anschlag ermordeten Regisseurs Theo van Gogh:

> „Die rund 2000 muslimischen Versammlungs- und Gebetshäuser der Republik, das dämmert inzwischen auch den Politikern, sind der Schlüssel zu einem friedlichen Miteinander: Predigen die Vorbeter Versöhnung und distanzieren sie sich

1 Das Gebot, das Freitagsgebet zu besuchen, wird im Koran erwähnt (Koran 62:9). Einem von Abū Dāwūd as-Siǧistānī (gest. 888 oder 889) überlieferten Hadith zufolge sind von dem Gebot nur Sklaven, Frauen, Minderjährige und Kranke ausgenommen (Sunan Abī Dāwūd, Buch 2, Hadith 678, URL: https://sunnah.com/abudawud:1067 [eingesehen am 10.08.2022]).

> vom Terror, stellt das militante Muslime ins Abseits […]. Predigen die Imame jedoch Hass, drohen tatsächlich Konflikte wie in den Niederlanden."[2]

Ob Predigten aber tatsächlich so wirksam sind wie oftmals behauptet, muss freilich dahingestellt bleiben. Studien zum Inhalt von Predigten in Moscheen in Deutschland gibt es bisher kaum, deren Rezeption durch Gläubige wurde bisher überhaupt nicht untersucht. Der Politikwissenschaftler Mahmoud Jaraba legte 2020 eine Studie zur Analyse von dreißig Predigten vor, die 2016 und 2017 in einer namentlich nicht genannten Moschee salafistischer Prägung in Bayern gehalten wurden. Er kam zum Schluss, dass in der Hälfte der Predigten politische Ziele propagiert worden seien und identifizierte ein salafistisches Narrativ, das Nicht-Muslim*innen ebenso abwerte wie innerislamische Gegner*innen des Salafismus. Dieses könnte schließlich Jaraba zufolge zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen.[3] Andere Studien befassen sich meist mit Predigten in den beiden großen Moscheeverbänden in Deutschland – der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB), deren Imame als Beamte dem türkischen Staat unterstellt sind, und der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG).[4] Die Inhalte von islamischen Predigten sind zudem auch in jüngerer Zeit Gegenstand der außerwissenschaftlichen Publizistik – so legte der Fernsehjournalist Constantin Schreiber 2017 das Buch „Inside Islam: Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird"[5] vor, in dem er eine Reihe zufällig ausgewählter Predigten vorstellt, die 2016 in Deutschland gehalten wurden. Die diesjährige Kurzstudie des FoDEx-Fachbereiches „Radikaler Islam" soll dazu beitragen, die bestehende Forschungslücke zu schließen, und erstmals Predigten in namentlich bekannten Moscheen aus dem radikalislamischen Spektrum in den Blick nehmen. Die ersten Ergebnisse der kommenden Veröffentlichung sollen hier vorgestellt werden.

Zur Konzeption der Studie

Die Studie „nimmt gezielt Predigten in den Blick, die 2022 in der Moschee der Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft (DMG) in Braunschweig sowie in der Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises (DIK) Hannover gehalten wurden. Letztere ist auch als „Masjid Ghuraba" (arabisch für: „Moschee von Fremden") bekannt – unter diesem Namen ist die Gemeinde beim Messenger-Dienst *Telegram* aktiv.[6]

2 Cziesche, Dominik/Schmid, Barbara/Stark, Holger: Harte Hand gegen Hassprediger, in: SPIEGEL.de [ursprünglich SPIEGEL 48/2004], 21.11.2004, URL: https://www.spiegel.de/politik/harte-hand-gegen-hassprediger-a-88226944-0002-0001-0000-000037494654 [eingesehen am 14.08.2022].

3 Jaraba, Mahmoud: Salafismus. Die Wurzeln des islamistischen Extremismus am Beispiel der Freitagspredigten in einer salafistischen Moschee in Deutschland, Wien 2020, S. 26–33 sowie 193–211.

4 Carol, Sarah/Hofheinz, Lukas: Eine Inhaltsanalyse von Freitagspredigten der Türkischen Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., WZB Discussion Paper No. SP VI 2021-101, URL: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/234527/1/1759171883.pdf [eingesehen am 30.03.2022]; Kutzner, Stefan: Islamische Religiosität in Deutschland. Zwei Deutungsmusteranalysen, in: Winkel, Heidemarie/Sammet, Kornelia (Hrsg.): Religion soziologisch denken. Reflexionen auf aktuelle Entwicklungen in Theorie und Empirie, Wiesbaden 2017, S. 243–269; Oprea, Julia-Alexandra: An Assessment of DİTİB's role in the prevention of violent radicalization. A crucial aspect of Turkish State Islam in Germany, SWP Working Papers 1, 2020, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/CATS_Working_Paper_Nr.1__Iulia_Alexandra_Oprea.pdf [eingesehen am 30.03.2022].

5 Schreiber, Constantin: Inside Islam: Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird, Berlin 2017.

6 Die Bezeichnung ist ein Verweis auf einen Hadith, demzufolge der Islam als etwas Fremdes in die Welt kam und letztlich wieder zu etwas Fremdem werden wird (Sunan Abī Dāwūd, Buch 1, Hadith 279, URL: https://sunnah.com/muslim/1/279 [eingesehen am 29.08.2022]). Der Hadith erfreut sich unter Anhänger*innen eines rigiden Islamverständnisses einer gewissen Beliebtheit, denn sie verstehen sich häu-

Hierbei handelt es sich um die zwei Moscheen, die in den letzten Jahren vom Niedersächsischen Verfassungsschutz als dezidiert salafistisch geprägte Moscheen in Niedersachsen ausgewiesen worden sind.[7]

Die eingangs geschilderten Behauptungen kontrastierend wurde bei der Planung der Studie von der Annahme ausgegangen, dass explizite politische Themen in Predigten eine geringe Rolle spielen und stattdessen der Bezug auf das Jenseits und die Belohnungen und Strafen, die nach islamischer Lehre nach dem Tod zu erwarten sind, im Vordergrund stehen.[8] Gleichzeitig war die These handlungsleitend, dass Religion grundsätzlich eine „endemische politische Potenz"[9] innewohnt, da religiöse Lehren nicht nur Wahrheitsansprüche erheben, sondern häufig auch Normen postulieren und damit das Feld der Politik berühren, die mittels Regelsetzungen kollektive Entscheidungen trifft. Somit lassen sich auch Predigtinhalte auf ihre politische Relevanz befragen, die *keine* expliziten politischen Inhalte aufweisen. Die Studie stellt somit folgende Fragen: Werden in den Predigten explizit politische Themen aufgegriffen, wie die beiden aktuellen Großkrisen, die Covid-Pandemie und der Ukraine-Krieg, oder die Frage nach dem Zusammenleben in der multiethnischen, multireligiösen (Post-)Einwanderungsgesellschaft? Wie wird das Verhältnis zwischen der Eigengruppe bzw. Ingroup der frommen Muslim*innen und der Fremdgruppe bzw. Outgroup der Nicht-Muslim*innen oder auch Muslim*innen mit einem weniger rigiden Islambild dargestellt? Welche Aussagen werden zu den Beziehungen zwischen den Geschlechtern getroffen? Und: Welche politischen Implikationen hat das Weltbild, das in den Predigten vertreten wird?

Die empirische Grundlage der Studie bilden neun Predigten, die von Mitarbeitenden des FoDEx-Projektes besucht, vor Ort digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert wurden. Sämtliche in der Studie inkludierte Predigten wurden nach Auslaufen aller pandemiebedingten Auflagen gehalten, die für Religionsgemeinschaften in Niedersachsen galten – die Thematisierung der Corona-Maßnahmen in den Predigten war somit nicht mehr so naheliegend wie in den Jahren zuvor. Sechs Predigten wurden während des Fastenmonats Ramadan 2022 besucht, davon vier in der DMG-Moschee Braunschweig.[10] Anschließend wurden noch drei weitere Predigten im Frühsommer besucht. So sollte vermieden werden, dass das Sample der Studie ausschließlich aus Ramadanpredigten besteht, die sich durch häufige Bezugnahmen auf den heiligen Monat des Islam auszeichnen. Darüber hinaus wurde eine zehnte Predigt in die Analyse einbezogen, die nicht vor Ort besucht wurde, sondern die am 13. Mai 2022 in der DIK-Moschee in Hannover gehalten und anschließend über soziale Medien verbreitet wurde.[11] Sie wurde ergänzt, weil sie das Verhältnis der Moscheegemeinde zu den überwiegend nicht-muslimischen Nachbar*innen der Moschee zum Thema hatte und somit die Be-

fig als Menschen, die Nicht-Muslim*innen und sogar Muslim*innen mit einer vermeintlich unzureichenden, laxen Religionspraxis als „Fremde" gegenüberstehen. Vgl. Klevesath, Lino et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda: Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, S. 101.

7 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2021, Hannover 2022, S. 209–217.

8 Diese Annahme lag auch in den in der bisherigen Forschungsarbeit gesammelten Erfahrungen im Rahmen der Feldforschung begründet.

9 Willems, Ulrich: Religion und Politik, in: Pollack, Detlef et al. (Hrsg.): Handbuch Religionssoziologie, Wiesbaden 2018, S. 659–692, hier: S. 661.

10 Während des Untersuchungszeitraumes wurden in der Moschee der DMG Braunschweig jeweils zwei Freitagsgebete nacheinander abgehalten mit je einer Predigt. Besucht wurde stets das zweite Freitagsgebet des Tages.

11 Krass, Marcel: „Wie wir Muslime die Moscheen niederreißen - Freitagspredigt v. 13.05.22", in: Föderale Islamische Union, 16.05.2022, URL: https://youtu.be/60M0g2BI1b8 [eingesehen am 12.09.2022].

Überblick über die untersuchten Predigten

Datum	Moschee	Thema der Predigt
08.04.2022	DMG Braunschweig	Vergänglichkeit des Ramadans/Notwendigkeit, den Monat für Gebete und andere fromme Handlungen zu nutzen
15.04.2022	DMG Braunschweig	Bedeutung des Korans und der Koranlektüre
22.04.2022	DMG Braunschweig	Die Vergebung und die besondere Gelegenheit, sie im Ramadan zu erlangen
22.04.2022	DIK Hannover	Ramadan als Training zur Einhaltung islamischer Gebote/ Wichtigkeit der Dankbarkeit gegenüber Gott
29.04.2022	DMG Braunschweig	Vergänglichkeit des Ramadan/Notwendigkeit, den Monat gut zu nutzen und fromme Handlungen auch nach Monatsende beizubehalten
29.04.2022	DIK Hannover	Notwendigkeit der Unterstützung der Moschee durch die Gläubigen
13.05.2022	DIK Hannover	Die Notwendigkeit, die Menschen in der Nachbarschaft einer Moschee gut zu behandeln
17.06.2022	DIK Hannover	Der Koran als einzig wahre Religion bei Gott und Mohammed als „Siegel" der Propheten
24.06.2022	DMG Braunschweig	Die Notwendigkeit, Gottes Gebote überall einzuhalten – auch in einer nicht-islamischen Umgebung
24.06.2022	DIK Hannover	Die Bedeutung der ersten 10 Tage des Monats Ḏū l-Ḥiǧǧa, in die der Beginn des Haddsch (Pilgerfahrt) und das islamische Opferfest fällt

ziehung zwischen Ingroup und Outgroup in den Blick nimmt.

Die Transkripte der Predigten wurden anschließend mithilfe des Softwareprogramms MAXQDA einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring unterzogen.[12] Den identifizierten Kernaussagen wurden dabei passende Codes zugeordnet. Eingeteilt wurden die Predigtpassagen nach a) formalen Kategorien (u. a. Begrüßung, Koran- oder Hadithzitat, Bittgebet), b) der Ansprache bestimmter Themen (Ramadan, das Jenseits, Glaubensüberzeugungen etc.) sowie c) tiefergehenden Reflexionen etwa über die Vergänglichkeit des Lebens und die Zeitverschwendung durch nichtige, irdisch-profane Tätigkeiten oder die Dankbarkeit des Menschen gegenüber Gott.

Die Auswertung der Predigtinhalte zeigt, dass explizit politische Inhalte in den zehn in den Blick genommenen Predigten nur eine marginale Rolle spielten. Insgesamt wurden dem Material 528 Codings zugewiesen – doch nur neun Textpassagen wurden dem Code „Bezug zur (aktuellen) Politik" zugeordnet. Reflexionen über das Verhältnis zur Outgroup der Nicht-Muslim*innen finden sich im Material ebenfalls nur neunmal – und die Frage nach dem Verhältnis der Geschlechter, die bei der öffentlichen Debatte um den Islam oft im Fokus steht, wird

12 Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2015, hier insbesondere S. 69–90.

lediglich in fünf Passagen reflektiert. Im Vordergrund stehen vielmehr der Themenkomplex Ramadan und dessen Facetten (insgesamt 63 Codierungen) sowie verschiedene Glaubensüberzeugungen (53 Codierungen). Oft finden sich Betrachtungen über die Notwendigkeit, in der Glaubenspraxis Disziplin zu üben (43 Codierungen), sowie über die Vergänglichkeit des Menschen im Diesseits, die dazu nötige, sinnlose Zeitverschwendung mit weltlichen Dingen zu vermeiden (24 Codierungen). Auch die nach islamischer Überzeugung im Jenseits anstehenden Belohnungen und Strafen werden häufig angesprochen (42 Codierungen). Die letzten drei Themenkomplexe sind dabei eng miteinander verzahnt, da der Lohn im Jenseits Folge des Fokus auf die religiösen Pflichten im Diesseits ist. Hier soll als erster Einblick in die Ergebnisse der Studie ausführlich nur auf die Bezüge zu politischen Themen eingegangen werden.

Bezugnahmen zur (aktuellen) Politik in den Predigten

Der durch Medienberichte prominente Prediger Marcel Krass spricht in einer Predigt das Problem der „Abneigung gegen den Islam und die Muslime“[13] von Seiten der Nicht-Muslim*innen an. Krass zufolge stellten nicht „komische Leute mit Glatzköpfen“[14] die eigentliche Gefahr dar. Vielmehr trügen Muslim*innen, die mit ihrem Verhalten ihren Mitmenschen schadeten – etwa durch das Zuparken von Einfahrten im Umfeld von Moscheen – maßgeblich zu Antipathien gegen Muslim*innen bei. Angesichts des Ärgers um Parkplätze in der Umgebung der eigenen Moschee sei es nachvollziehbar, wenn die Menschen dort den Wunsch nach einer Regierungsverantwortung für die AfD entwickelten, selbst wenn sie eigentlich keine „Nazis“ oder „Islamhasser“ seien.[15]

In einer anderen Predigt stellt Marcel Krass die muslimische Gemeinschaft „andere[n] Nationen“[16] gegenüber, die einzelne für ihre Geschichte prägende Daten als Nationalfeiertage feierten – so etwa in der Bundesrepublik den Tag der Deutschen Einheit. Die Muslim*innen feierten hingegen das Ereignis der Herabsendung des Korans, das für ihre Geschichte maßgeblich sei, im Ramadan einen ganzen Monat lang.[17] Es ließe sich vermuten, dass die Klassifizierung der muslimischen Gemeinschaft als Nation schlicht Folge einer spontanen, unpräzisen Formulierung ist. Tatsächlich aber erklärte Krass bereits 2014 in einem Video, dass Muslim*innen sich als eine Nation verstünden.[18] Deshalb sei es sogar verständlich, dass sie die gegenwärtige Zerstreuung überwinden und einen eigenen Staat gründen wollten, in dem sich alle Muslim*innen der Welt versammeln und gemäß dem göttlich gestifteten islamischen Recht leben könnten.[19] Es ist somit davon auszugehen, dass die Einordnung der muslimischen Gemeinschaft als Nation in der Predigt bewusst vorgenommen worden ist. Krass grenzt die muslimische Gemeinschaft von Nationen, deren Staat nach den Grundsätzen der liberalen, säkularen Demokratie verfasst sind, ab, da seiner Auffassung nach der Islam eigentlich nach einer staatlichen Ordnung verlangt, die auf der Idee der Gottessouveränität fußt. In der gleichen Predigt stellt Krass aber auch Deutschland „unseren islamischen Ländern“[20] gegenüber. Dies verwun-

13 Krass, Marcel: Predigt vom 13.05.2022 in der DIK-Moschee Hannover, Abs. 29.

14 Ebd., Abs. 25.

15 Ebd., Abs. 24.

16 Krass, Marcel: Predigt vom 22.04.2022 in der DIK-Moschee Hannover, Abs. 15.

17 Ebd., Abs. 15 f.

18 Krass, Marcel: Was ist Scharia?, in: Deen Akademie, 30.10.2014, URL: https://youtu.be/VcVMIqxhbSE [eingesehen am 13.09.2022], ab Minute 44:02.

19 Ebd., ab Minute 46:03.

20 Ders., Predigt vom 22.04.2022 in der DIK-Moschee Hannover, Abs. 2.

dert nicht nur deshalb, weil Krass einen deutschen Pass besitzt und selbst deutschstämmig ist. Vielmehr klagte er an anderer Stelle, dass heute eigentlich kein wahrhaft islamischer Staat existiere, der als Heimstatt aller Muslim*innen dienen könne[21] – die Vision einer muslimischen Nation, die weltweit alle an den Islam Glaubenden politisch vereint, ist demnach noch nicht erreicht.

Ein anderer, namentlich nicht bekannter Prediger der DIK-Moschee Hannover verweist auf die Tatsache, dass die eigene Moscheegemeinde „nicht vom Staat finanziert"[22] werde, was möglicherweise nicht allen Moscheebesucher*innen bewusst sei. Diese Trennung von Staat und Religion wird allerdings nicht beklagt. Vielmehr dient der Verweis auf diesen Umstand als Anlass, die Gläubigen zu Spenden für die Moschee aufzurufen,[23] da Moscheen in Deutschland „auf den Schultern von Männern und Frauen, die an Allah und den Jüngsten Tag Īmān [Glauben] haben"[24] getragen würden.

Das von 2020 bis 2022 in der deutschen Politik vorherrschende Thema – die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung – fanden in den untersuchten Predigten überhaupt keinen Niederschlag. Das Thema des Krieges in der Ukraine, welches 2022 einen Großteil des politischen Diskurses dominierte, wird im Material auch nur ein einziges Mal angesprochen. Sami M'Barek, der als Prediger unter der Kunya[25] „Abu Maher" bekannt ist, erwähnt in seiner Predigt am 8. April 2022, dass es auch muslimische Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland gebe, die Schwierigkeiten hätten, einen Iftār (die Mahlzeit des Fastenbrechens zu Tagesende im Ramadan) vor Ort zu finden, während in den Geflüchtetenunterkünften das Essen nur zu bestimmten Zeiten möglich sei und zudem Schweinefleisch enthalte.[26] Hier zeigt sich die Tendenz, weltpolitische Themen nur dann zu erwähnen, wenn sie konkret im Alltagsleben (von Muslim*innen) sichtbar werden.

Das Thema der Bildungspolitik wird in den untersuchten Predigten nicht direkt angesprochen. Ein namentlich nicht bekannter Prediger in der DIK-Moschee Hannover, der in seiner Predigt betont, dass einzig der Islam die wahre Religion sei, geht aber auf die Rolle der Bildungsinstitutionen ein. Sie seien mit dafür verantwortlich, dass viel „Unwissenheit" über den Islam bestehe und selbst „manche Muslime durch einfache Sachen [...] ins Wanken geraten." An „Schulen oder Universitäten oder anderen Institutionen" würden „Zweifel gesät über den Koran oder über den Propheten". Doch der Versuch, die Botschaft des Islam „anzugreifen", sei zum Scheitern verurteilt, denn „der Islam hat keine Fehler, der Koran hat keine Fehler"[27]. Deutlich wird, dass der Prediger hinter dem von politischen Mehrheiten gewünschten und getragenen Ausbau islambe-

21 Krass: Was ist Scharia?, ab Minute 44:45. Möglicherweise nutzt Krass in der Predigt bewusst den Begriff „Länder" und nicht „Staaten", da es ihm um mehrheitlich muslimisch bevölkerte Länder geht und nicht um Gemeinden, die seinen Vorstellungen einer islamischen Ordnung entsprechen. Zur Analyse des Videos siehe Klevesath, Lino et al.: Scharia als Weg zur Gerechtigkeit? Eine Analyse der Rezeption eines salafistischen Online-Videos durch junge Muslim*innen, FoDEx-Studie Radikaler Islam, Göttingen 2019, online einsehbar unter: https://www.fodex-online.de/publikationen/studie-scharia-als-weg-zur-gerechtigkeit/.

22 Predigt vom 29.04.2022 in der DIK-Moschee Hannover, Abs. 16.

23 Ebd., Abs. 17.

24 Ebd., Abs. 16.

25 Die „Kunya" ist ein arabischer Beiname. Eine Kunya weist in der Regel die Namensträgerin oder den Namensträger als Mutter bzw. Vater eines namentlich genannten Kindes aus. „Abu Maher" bedeutet „Vater von Maher".

26 Abu Maher: Predigt vom 08.04.2022 in der DMG-Moschee Braunschweig, Abs. 103 f.

27 Predigt vom 17.06.2022 in der DIK-Moschee Hannover, Abs. 19.

zogener Bildungsangebote[28] nicht die Absicht vermutet, mehr Kenntnisse über den Islam zu vermitteln und das Zugehörigkeitsgefühl von Muslim*innen zur deutschen Gesellschaft zu stärken, sondern das Ziel, die Glaubensgewissheit von Muslim*innen zu erschüttern sowie Unwahrheiten über die Religion zu verbreiten. Dabei ist bemerkenswert, dass er nicht unterscheidet zwischen um Neutralität bemühten Angeboten, wie religionskundlichem Unterricht oder der islamwissenschaftlichen Lehre, einerseits und konfessionellen Angeboten, wie dem islamischen Religionsunterricht und der islamischen Theologie, andererseits, die von gläubigen Muslim*innen unterrichtet beziehungsweise gelehrt werden, die einer innerislamischen Perspektive verpflichtet sind. Stattdessen wird jede Inklusion islambezogener Inhalte in staatlichen Bildungsinstitutionen hier offensichtlich als Gefährdung des eigenen Islamverständnisses aufgefasst, demzufolge wahres Wissen über den Islam nur dazu führen kann, den Wahrheitsanspruch des Islam unumschränkt anzuerkennen, während jeder Zweifel daran als Angriff auf die Religion gewertet wird.

Insgesamt zeigt sich, dass bei den wenigen Anlässen, bei denen inhärent politisch relevante Themen angesprochen wurden, zumeist ein direkter Bezug zur Lebensrealität der Moscheebesucher*innen vorliegt. Politisches und gesellschaftliches Engagement der Gläubigen wird als Möglichkeit überhaupt nicht erwähnt – ob dies in einer grundlegenden Ablehnung der Demokratie begründet ist oder in der Annahme, ein solches Engagement sei wirkungslos, bleibt offen. So wird etwa die Vermittlung eines vermeintlich falschen Islambilds in den Bildungsinstitutionen beklagt, doch keine Chance gesehen, auf den gesellschaftlichen Diskurs zur islambezogenen Bildung Einfluss zu nehmen. Den Predigern geht es vielmehr darum, dass die Gläubigen eingedenk der politischen Rahmenbedingungen im Privatleben zum (vermeintlichen) Wohl der muslimischen Gemeinschaft handeln, ohne sich aber dabei in die Sphäre des Öffentlichen und Politischen zu begeben.

Resümee

Die Analyse der untersuchten Predigten zeigt, dass die Predigten auch in Moscheen, die sich als radikalislamisch klassifizieren lassen, als religiöse Äußerungen ernst genommen werden müssen. Die Prediger verstehen sich als Verkünder einer überzeitlichen und überweltlichen Wahrheit und nicht als politische Akteure oder als auf die Gesamtgesellschaft einwirkende Aktivisten. Dennoch erlauben die untersuchten Predigten auch Einblicke in Bezug auf die politischen Ansichten der Prediger. Die Politik wird – wenn überhaupt – als fremde Sphäre wahrgenommen, die sich nicht beeinflussen lässt und von der potenziell Unheil droht. Einzig Marcel Krass merkt an, dass die Muslim*innen durch gutes Verhalten im Alltag gegenüber ihren nicht-muslimischen Mitmenschen dazu beitragen können, Muslim*innenfeindlichkeit einzudämmen. Gleichwohl grenzt er Muslim*innen als vermeintlich eigene Nation aus der politischen Gemeinschaft aus. In Bezug auf das Verhältnis zu Nicht-Muslim*innen wird ein zuvorkommender, sozialadäquater Umgang angemahnt, auch wenn die Gläubigen sich dabei des uneingeschränkten, einzigartigen Wahrheitsanspruchs der eigenen Religion bewusst bleiben sollen und der Kontakt mit Nicht-Muslim*innen nicht dazu führen dürfe, die Befolgung der als göttlich legitimierten Gebote einzuschränken, die in Koran und Sunna (der ursprünglich mündlichen Überlieferung vom Propheten Mohammed) fixiert sind. Dominierend in den untersuchten Predigten sind gleichwohl Ermahnungen, sich der Be-

28 Beispielhaft sei hier etwa auf den schwarz-grünen Koalitionsvertrag in NRW verwiesen. In diesem bekunden die Koalitionspartner ihre Absicht zum Ausbau sowohl des konfessionellen islamischen Religionsunterrichts als auch der islamischen Theologie (O. V.: Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen: Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022 – 2027, Düsseldorf 2022, S. 63, URL: https://gruene-nrw.de/dateien/Zukunftsvertrag_CDU-GRUeNE_Vorder-und-Rueckseite.pdf [eingesehen am 16.09.2022]).

lohnungen und Strafen im Jenseits bewusst zu sein und daher jede Zeitverschwendung in der kurzen irdischen Existenz zu meiden, um sich diszipliniert der Glaubenspraxis zu widmen – und zwar ausschließlich in der bewussten Absicht, Gott zu dienen. Anderenfalls könne man – so warnt etwa Abu Maher – am Jüngsten Tag „sein Wunder erleben“[29]. Doch auch dieser auf den ersten Blick apolitische Fokus auf im Jenseits drohende Strafen hat durchaus politische Implikationen: Politisches Engagement erscheint in der von den Predigern vertretenen Weltanschauung wenig sinnvoll – der Streit um Regelungen im säkularen Staat im Diesseits kann angesichts der Sorge um die Einhaltung der gottgegebenen Gebote, die über das eigene Heil oder die Verdammnis im Jenseits entscheiden, tatsächlich als ablenkende Zeitverschwendung gelten.

Literatur:

Carol, Sarah/Hofheinz, Lukas: Eine Inhaltsanalyse von Freitagspredigten der Türkischen Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., WZB Discussion Paper No. SP VI 2021-101, URL: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/234527/1/1759171883.pdf [eingesehen am 30.03.2022].

Cziesche, Dominik/Schmid, Barbara/Stark, Holger: Harte Hand gegen Hassprediger, in: SPIEGEL.de [ursprünglich SPIEGEL 48/2004], 21.11.2004, URL: https://www.spiegel.de/politik/harte-hand-gegen-hassprediger-a-88226944-0002-0001-0000-000037494654 [eingesehen am 14.08.2022].

Jaraba, Mahmoud: Salafismus. Die Wurzeln des islamistischen Extremismus am Beispiel der Freitagspredigten in einer salafistischen Moschee in Deutschland, Wien 2020.

Klevesath, Lino/Munderloh, Annemieke/Sprengeler, Joris/Grahmann, Florian/Reiter, Julia: Radikalislamische YouTube-Propaganda: Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021.

Klevesath, Lino/Munderloh, Annemieke/Sprengeler, Joris/Schlieker, Kathinka/Grahmann, Florian: Scharia als Weg zur Gerechtigkeit? Eine Analyse der Rezeption eines salafistischen Online-Videos durch junge Muslim*innen, FoDEx-Studie Radikaler Islam, Göttingen 2019, online einsehbar unter: https://www.fodex-online.de/publikationen/studie-scharia-als-weg-zur-gerechtigkeit/.

Krass, Marcel: „Wie wir Muslime die Moscheen niederreißen - Freitagspredigt v. 13.05.22“, in: Föderale Islamische Union, 16.05.2022, URL: https://youtu.be/60M0g2Bl1b8 [eingesehen am 12.09.2022].

ders.: Was ist Scharia?, in: Deen Akademie, 30.10.2014, URL:https://youtu.be/VcVMIqxhbSE [eingesehen am 13.09.2022].

Kutzner, Stefan: Islamische Religiosität in Deutschland. Zwei Deutungsmusteranalysen, in: Winkel, Heidemarie/Sammet, Kornelia (Hrsg:): Religion soziologisch denken. Reflexionen auf aktuelle Entwicklungen in Theorie und Empirie, Wiesbaden 2017, S. 243–269.

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2015.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2021, Hannover 2022.

O. V.: Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen: Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022 – 2027, Düsseldorf 2022.

Oprea, Julia-Alexandra: An Assessment of DİTİB's role in the prevention of violent radicalization. A crucial aspect of Turkish State Islam in Germany, SWP Working Papers 1, 2020, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/CATS_Working_Paper_Nr.1__Iulia_Alexandra_Oprea.pdf [eingesehen am 30.03.2022].

Schreiber, Constantin: Inside Islam: Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird, Berlin 2017.

Willems, Ulrich: Religion und Politik, in: Pollack, Detlef/Krech, Volkhard/Müller, Olaf/Hero, Markus (Hrsg.): Handbuch Religionssoziologie, Wiesbaden 2018, S. 659–692.

29 Abu Maher: Predigt vom 08.04.2022 in der DMG-Moschee Braunschweig, Abs. 51.

Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Rechts-radikalismus

Bitschnau, Marco (2022): „Jubiläum am rechten Rand. Zehn Jahre AfD" In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 64–71.
doi: 10.17875/gup2022-2124

Jubiläum am rechten Rand

Zehn Jahre AfD

Marco Bitschnau

Wie so viele andere, schickt sich auch das Jahr 2023 an, eines diverser Jubiläen zu werden: Unter anderem stehen dann 175 Jahre Märzrevolution und 375 Jahre Westfälischer Friede auf dem Programm, ferner runde Geburts- und Todestage von Adam Smith, Blaise Pascal, Edward Jenner und, last but not least, auch das zehnjährige Bestehen der Alternative für Deutschland (AfD). Im Fall der Letztgenannten ist der Zeithorizont freilich etwas anders gelagert, gibt es die Partei doch nicht seit hundert, sondern gerade einmal seit zehn Jahren. Indes ist bereits diese eine Dekade ein beträchtlicher Zeithorizont für eine politische Kraft, der noch immer der Ruf des Parvenüs vorauseilt; mithin also jenes „gärigen Haufens", den der einstige Vorsitzende Alexander Gauland wiederholt zu erkennen glaubte.[1]

Allein, was gärt schon zehn lange Jahre? In der Regel nichts Genießbares – und so hat die AfD seit ihrem Premierenauftritt auf der politischen Bühne vor allem mit einem Strom wohltemperierter Geschmacklosigkeiten auf sich aufmerksam gemacht. Ob nun das Thüringer *bête noire* Björn Höcke über den „afrikanischen Ausbrei-

1 Etwa im Gespräch mit der Welt. Vgl. Schuster, Jacques: Alexander Gauland und der „gärige Haufen" AfD, in: Welt Online, 12.02.2016, URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/article152178742/Alexander-Gauland-und-der-gaerige-Haufen-AfD.html [eingesehen am 31.07.2022].

tungstyp" doziert,[2] besagter Gauland die Parlamentsarbeit mit der Pirsch verwechselt und ein „Wir werden sie jagen!" in die Mikrofone röhrt[3] oder der Ex-Richter Jens Maier Verständnis für den Utøya-Terroristen Fjotolf Hansen äußert:[4] Andere Parteien bringen es im gleichen Zeitraum auf wenig mehr als die eine oder andere Dienstwagenaffäre.

Als sich Anfang 2013 eine Handvoll Überzeugungstäter*innen zur Parteigründung im hessischen Oberursel traf, war von all dem freilich noch wenig zu erahnen. Die Versammelten, zumeist konservative und europaskeptische Honoratior*innen aus dem Mitte-Rechts-Lager, wollten vor allem Südeuropa vor der Wettbewerbsunfähigkeit und Nordeuropa vor der Schuldenhaftung bewahren. Anders gesagt: den Euroraum einstampfen und die als aufgezwungen wahrgenommene Gemeinschaftswährung rückabwickeln. Das klang damals weit weniger radikal als heute, ja, für viele gar wie etwas, das man angesichts der noch immer schwelenden Euro- und Staatsschuldenkrise zumindest ernsthaft in Erwägung ziehen sollte. Die Protagonist*innen der Gründungsphase, allen voran der sprachgewandte Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke, wussten zudem mit einer Aura einnehmender Seriosität und jenem datengestützten *trust-the-science*-Habitus zu überzeugen, wie man ihn heute vorwiegend von selbsterklärten Klimarebell*innen kennt.[5] Kein Wunder also, dass die neue Partei zunächst als ein mittelbares Krisenphänomen wahrgenommen wurde; als institutionalisierte Ausformung derselben politökonomischen Kritik, die Politiker*innen wie der CSUler Peter Gauweiler oder sein FDP-Kollege Frank Schäffler bereits etliche Jahre zuvor medienwirksam geübt hatten.

Zehn Jahre später ist die Euro-Debatte mitsamt ihrem arkanen Sondervokabular („ESM", „ESFF", „Troika" etc.) längst in den Tiefen der Zeitgeschichte versunken und harrt dort ihrer Historisierung. Der AfD ist es hingegen gelungen, sich nach ihrem ersten Achtungserfolg 2013 nicht in die Nische der Einthemenpartei drängen zu lassen, sondern ihr Positionsangebot entlang den Bedürfnissen einer nativistisch-modernitätsskeptisch orientierten Klientel auszubauen.[6] Der etwas bieder anmutende Protestverein der professoralen Euro-Abschaffer*innen (von denen heute keiner mehr der Partei angehört) wurde so Schritt für Schritt zum Projekt der *radical right*. Für die deutsche Politiklandschaft eine Zäsur: Galt zuvor, dass „organizational breakdown and institutional decay have been the hallmarks of every postwar German radical right political party"[7] (man denke an die Republikaner, die PRO-Kleinstparteien und die DVU), so

2 Vgl. Hurtz, Simon: „Blanker Rassismus": Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner, in: SZ.de, 12.12.2015, URL: https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159 [eingesehen am 16.08.2022].

3 Vgl. Neff, Benedict: Wahlerfolg der AfD: Ein wilder Haufen zieht in den Bundestag, in: NZZ.ch, 24.09.2017, URL: https://www.nzz.ch/international/ein-wilder-haufen-zieht-in-den-bundestag-ld.1318236?reduced=true [eingesehen am 16.08.2022].

4 Vgl. Amann, Melanie: Verständnis für Massenmörder Breivik?, in: Spiegel Online, 20.04.2017, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-saechsischer-afd-bundestagskandidat-relativiert-taten-von-anders-breivik-a-1144153.html. [eingesehen am 16.08.2022]. Breivik ist Hansens vormaliger Nachname.

5 Vgl. Bitschnau, Marco: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt. Ein Kommentar, in: Demokratie-Dialog, H.10/2022, S. 10–16.

6 Vgl. etwa Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition Within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III Between 2013 and 2017, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 3, S. 332–349; Rosenfelder, Joel: Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48 (2017), H. 1, S. 123–140.

7 Art, David: The AfD and the End of Containment in Germany?, in: German Politics & Society, Jg. 36 (2018), H. 2, S. 76–86, hier S. 82.

konnte sich die AfD mit beeindruckendem Tempo als siebte Kraft des bundesrepublikanischen Parteienkosmos etablieren. Das bedeutet nicht, dass sich nicht bald schon gewisse Ermattungs- und Zerfaserungserscheinungen eingestellt hätten; einen „gärigen Haufen" zu führen, bedeutet in der Praxis schließlich, Ideolog*innen, Karrierist*innen und politische Glücksritter*innen unter dem Banner eines gemeinschaftlichen Oppositionsformats zu versammeln. Das verlangt einige Anstrengung und birgt naturgemäß eine gehörige Implosionsgefahr.

Zehn Jahre, drei Adjektive

So sehr sich die Partei in Bund und Ländern festgesetzt haben mag, so labil bleibt aber ihre Beschaffenheit und Zielsetzung jenseits eines geradezu habituellen Dagegenseins. Auch angesichts der Vielzahl innerparteilicher Konflikte – bei denen man nie so recht weiß, ob nun primär ideologische Differenzen personalisiert oder persönliche Rivalitäten ideologisiert werden – ist es selbst der Fachwissenschaft lange schwergefallen, ihr ein eindeutiges Etikett anzuheften. Konservativ sei sie, hieß es während der Gründungsphase, wertkonservativ gar (was in externen Zuschreibungshierarchien stets die ehrenvollere Variante des Konservatismus bezeichnet), zweifelsohne aber europaskeptisch, sodann rechtskonservativ beziehungsweise nationalkonservativ, rechtspopulistisch, antipluralistisch, antiliberal, schließlich völkisch, rassistisch und verfassungsfeindlich.[8] Nicht einfacher wird die Einordnung durch die historisch bedingte Sensibilität der deutschen Öffentlichkeit gegenüber jeder Art von Rechtsaußenpolitik, die, bei aller Berechtigung, bisweilen einem zu Bombastik und Hypernervosität neigendem Diskursgeschäft Vorschub leistet. Wer sich diesem begrifflichen Überbietungswettkampf verweigert, sieht sich rasch dem Vorwurf ausgesetzt, antidemokratisches Gedankengut verharmlosen zu wollen (was ebenso ehrenrührig ist wie es zur analytischen Verscheuklappung beiträgt).

Nüchterner betrachtet erlaubt das zehnjährige Bestehen der AfD demgegenüber die Feststellung, dass sie sich abseits aller mehr oder weniger passgenauen Ideologiezuschreibungen wohl am besten mit einem Adjektivdreiklang beschreiben lässt: *radikal* in der inhaltlichen Positionierung, *fundamentaloppositionell* in der systemischen Ausrichtung, letztlich aber auch politisch *isoliert* und ohne valide Machtoptionen in Staat und Gesellschaft. Von diesen Grundzügen ist die Radikalität zweifellos der meistdiskutierte, hebt er die Partei doch am markantesten von den Mitbewerbern ab und bildet insofern die Grundlage ihrer Skandalisierung. Radikalität meint dabei allerdings nicht notwendigerweise das Bekenntnis zu einer „reinen Lehre" (viele AfD-Positionen sind erkennbar opportunitätsgetrieben), sondern inhaltliche Maximalabweichung[9] und, daraus resultierend, Nichtanschlussfähigkeit an den politischen Betrieb. So ist der hiesige Parteienkonsens beispielsweise dezidiert EU-freundlich, die AfD aber legt fortwährend den Gassenhauer vom „Europa der Vaterländer" auf und fürchtet das Heraufziehen einer totalitären „EUdSSR".[10] Trotz

8 Als Beispiel für die Einordnungsdebatte sei hier verwiesen auf Biskamp, Floris: Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD, in: Sehmer, Julian et al. (Hrsg.): recht extrem? Dynamik in zivilgesellschaftlichen Räumen, Wiesbaden 2021, S. 21–37.

9 Der (als Superlativ notgedrungen unpräzise) Begriff der Maximalabweichung ist nicht so zu verstehen, dass es keinen noch größeren Unterschied zwischen den Positionen der AfD und denen anderer Parteien geben könnte. Stattdessen soll zum Ausdruck gebracht werden, dass es ein konstitutives Charakteristikum der AfD-Inhalte ist, in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Positionskonsens zu stehen.

10 Vgl. beispielhaft Weyel, Harald: Rede vom 12.04.2019, in: Plenarprotokoll 19/96, S. 11611. Für weitere topografische Preziosen vgl. Scharloth, Joachim: Invektive Toponyme in neurechten Diskursen: Eine korpuslinguistische Studie zur Nomination als Medium geographischer und geopolitischer Raumkonstruktionen,

seiner Diskursprominenz bleibt das Radikalitätsverdikt letztlich jedoch etwas luftleer, handelt es sich doch um eine relationale und am Ende vom gesellschaftlichen Erwartungshorizont vorgeformte Größe: Wäre der Konsens nicht der Konsens, dann würden etwaige Abweichungen anders wahrgenommen und bewertet werden. Und gäbe es eine Tradition relevanter Rechtsaußenfraktionen im Bund, dann würde die AfD wohl weniger als so kompromisslos und abseits des *sens commun* stehend gelten.

Ein geeigneteres Einordnungsmaß ist insofern die strategische Positionierung der Partei als fundamentaloppositionelle (das heißt: gegenpolitische) Kraft, die sich nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Praxis konsequent von den üblichen Gepflogenheiten des Parteienwesens abwendet. Diese Haltung zeigt sich nach außen als Anti-Establishment-Gestus, während sie nach innen wagenburghafte Züge trägt und in paranoische Systemgegnerschaft umschlagen kann. Aus AfD-Sicht gilt es nämlich, den „Altparteien" nicht nur inhaltlich entgegenzutreten, sondern den parlamentarischen Apparat als solchen zu desavouieren: „Was wir verachten, ist die [...] erbärmliche Parteiendemokratie."[11] Zwar lässt sich diese Verachtung nicht immer in letzter Konsequenz durchhalten – trotz öffentlichkeitswirksamen Gepolters über die Finanzierung parteinaher Stiftungen ist man etwa gerne bereit, selbst entsprechende Mittel einzufordern –, doch als sinnstiftendes Moment ist sie nach wie vor von elementarer Bedeutung. Man könnte stellenweise fast zu dem Schluss gelangen, das Kultivieren und Kanalisieren einer spezifischen Verachtungsempfindung stelle den eigentlichen Daseinszweck der AfD dar. Und wer handelt schon seinem Daseinszweck zuwider?[12]

An den Rand gebannt

Am bedeutendsten in der Praxis aber ist die umfassende Mehrebenenisolation der Partei,[13] die sich in ihrer wohl deutlichsten Form in der Kooperationsabsage aller Mitbewerber niederschlägt. Die vor Jahren getroffene Prognose des Politikwissenschaftlers David Art, nach der „coalition markets will remain closed to [the AfD]"[14], hat sich jedenfalls vollumfänglich bewahrheitet; und das trotz (oder wegen?) der Kemmerich-Episode[15] im März 2020. Selbst die in AfD-Kreisen zuweilen geäußerte Hoffnung,

in: Geographische Zeitschrift, Jg. 110 (2022), H. 1, S. 41–60.

11 Seitz, Thomas: Rede vom 15.06.2018, Plenarprotokoll 19/40, S. 3912.

12 Vgl. das titelgebende Wort vom AfD-Elektorat als einer Ansammlung „sich ausgeliefert fühlender Durchschnittsverdiener" aus Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48 (2017), H. 1, S. 57–75. Ähnlich kommt auch die Analyse von Michael A. Hansen und Jonathan Olsen zu dem Schluss, dass sich die Wählerschaft der AfD im Jahr des Bundestagseinzugs 2017 nicht etwa aus abgehängten Globalisierungsverlierern, sondern aus der vielbeschworenen Mitte der Gesellschaft rekrutierte. Vgl. im Einzelnen Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan: Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 1, S. 1–19.

13 Anna-Sophie Heinze zeichnet ein differenzierteres Bild, was den (vor allem informellen) Umgang mit der Partei in den Ländern betrifft. Vgl. Heinze, Anna-Sophie: Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31 (2021), H. 1, S. 133–150. Die in diesem Beitrag gemachten Annahmen gelten primär für den Bund, wenngleich eine formale Kooperation mit der AfD (sei es als Koalitionspartner oder im Rahmen einer Tolerierung) derzeit auf keiner Ebene realistisch erscheint. Nur weil die Isolationspraxis abseits des Rampenlichts einige blinde Flecken aufweist, wird damit das Isolationsprinzip als Leitmaxime nicht untergraben.

14 Art: The AfD and the End of Containment in Germany, S. 83.

15 Gemeint ist die Wahl des FDP-Politikers gleichen Namens zum Ministerpräsidenten von Thüringen, die mutmaßlich durch Stimmen der AfD ermöglicht wurde. Nach einem bundesweiten Aufschrei (samt expliziter Distanzierungen von Seiten der FDP-Spitze) trat Kemmerich binnen weniger Tage wieder zurück.

man könne womöglich konservativen *Common Ground* mit einer re-konservativisierten Post-Merkel-CDU finden, hat sich in den letzten Monaten denkbar brachial zerschlagen: Niemand Geringeres als deren neuer Parteichef Friedrich Merz ließ sich am Vorabend seiner Wahl mit der Aussage zitieren, dass, wenn jemand „von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, dann steht am nächsten Tag ein Parteiausschlussverfahren an."[16] Ein unmissverständlicher Fingerzeig in Richtung möglicher Sympathisant*innen innerhalb der CDU-Ostverbände und zugleich ein Ausweis dafür, dass der hiesige *Cordon sanitaire* (allen Unkenrufen zum Trotz) nichts von seiner Festigkeit eingebüßt hat:[17] Die AfD bleibt die *factio non grata* im deutschen Parteienreigen, heute nicht anders als vor zehn Jahren.

Qualitativ tritt diese Isolation umso scharfkantiger hervor, je klarer man sie von der bloßen Meidung als mehr oder weniger übliches Standardwerkzeug parlamentarischer Politikarbeit abgrenzt. Gemieden werden kann man zwar ebenfalls aufgrund inhaltlicher Außenseiterpositionen oder fehlender Seriosität; doch ist das Meidungsverhalten in aller Regel an einer spezifischen Problematik ausgerichtet, die es zu überwinden gilt, um eine Partei in den Kreis der möglichen Partner ein- oder zurückkehren zu lassen. Da sie eine korrigierbare Fehlstellung und keinen grundsätzlichen Defekt zum Ziel hat, ist die Meidung als solche *konditional* – sie will Annäherungsversuche nicht von vornherein verunmöglichen, sondern lediglich im Hier und Jetzt ausschließen. Ein klassisches Beispiel ist DIE LINKE, die nicht zuletzt aufgrund ihrer sicherheitspolitisch dissonanten Positionen (Stichwort: NATO-Austritt) als Bündnispartner auf Bundesebene gemieden wird. Sie steht somit zwar abseits des Koalitionsbasars, kann aber dennoch kaum als wirklich isoliert gelten: Dafür sind die rot-rot-grünen Planspiele zu ausgereift, die landespolitischen Blaupausen zu zahlreich und die Legitimität ihres Vertretungsanspruchs zu anerkannt. Anders der Fall der AfD, deren Isolation schon insofern ein gewisser Endgültigkeitscharakter zukommt, als die politische Konkurrenz mit einem solcherart neutralisierten Paria ganz gut leben kann.

Radikalität, Fundamentalopposition, Isolation – wie Rädchen in einem Getriebe greifen diese drei Charakteristika ineinander und bedingen sich wechselseitig: In einer konsensgeprägten Demokratie bedarf es für die Zurschaustellung echter Radikalität notgedrungen eines fundamentaloppositionellen Impetus; wer aber einen solchen zu erkennen gibt, provoziert die Isolation durch die Konsensträger. Die strafende Distanz der anderen ist insoweit die logische Konsequenz des selbstgewählten AfD-Renegatentums. Offen bleibt einzig, bis zu welchem Grad dieser Außenseiterstatus seinen Teil zum schleichenden Bedeutungsverlust der Partei beiträgt. Dass derzeit Landtagswahl um Landtagswahl verloren geht[18] und die Querelen an

16 Merz, Friedrich zit. nach: Medick, Veit: Merz geht auf Merkel zu, in: Spiegel Online, 23.12.2021, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-geht-auf-angela-merkel-zu-a-86dd9f24-51b1-4df8-b509-923bfca2e2fb [eingesehen am 31.07.2022].

17 Empirische Befunde legen die Annahme nahe, dass diese Verweigerung von der großen Mehrzahl der CDU-, CSU-und FDP-Anhängerschaft getragen wird. Vgl. Wurthmann, L. Constantin: Black-Blue or Bahamas? Explaining CDU, CSU, FDP and AfD Voter Attitudes Towards a Common Governmental Coalition Before the 2017 Federal Election, in: German Politics (online first), 27.03.2022, DOI: https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056593.

18 Stand August 2022 hat die AfD bei den letzten neun Landtagswahlen – die einen Zeitraum von annähernd zweieinhalb Jahren umfassen – jeweils an Stimmen gegenüber dem vorherigen Wahlergebnis eingebüßt. Im Einzelnen handelt es sich dabei (in umgekehrt chronologischer Ordnung) um Nordrhein-Westfalen (2022: -2,0 % auf 5,4 %), Schleswig-Holstein (2022: -1,5 % auf 4,4 %), Saarland (2022: -0,5 % auf 5,7 %), Mecklenburg-Vorpommern (2021: -4,1 % auf 16,7 %), Berlin (2021: -6,2 % auf 8,0 %), Sachsen-Anhalt (2021: -3,5 % auf 20,8 %), Rheinland-Pfalz (2021: -4,3 % auf 8,3 %), Baden-Württemberg (2021: -5,4% auf 9,7 %) und Hamburg (2020: -0,8 % auf 5,3 %).

der Parteispitze auch nach der Re-Inthronisation Tino Chrupallas und Alice Weidels auf dem Riesaer Parteitag nicht aus der Welt geräumt sein dürften,[19] fügt sich in jedem Fall ins Mosaik eines Politakteurs, der weder über den Weitblick noch das Geschick verfügt, sich aus einer offenkundigen Sackgasse herauszumanövrieren.

In dieser Hinsicht verhält es sich mit der AfD ein wenig so wie mit dem ungeliebten Fußballklub, der durch halbseidene Investments in die erste Liga gepusht worden ist und sich so den Unmut der etablierten Platzhirsche zugezogen hat. Diese missgönnen dem Neuling seinen Erfolg, fürchten ihn aber auch, denn seine Taktik ist ungewohnt und seine Anhängerschaft euphorisiert. Es braucht erst ein paar Spielzeiten, bis sie sich mit der neuen Sachlage abgefunden und verinnerlicht haben, dass es vor allem ihre Furcht ist, die dem (bei genauerem Hinsehen recht dilettantisch agierenden) Newcomer Auftrieb gibt; ihre Sorge, die seine Ambitionen nährt; ihre Obsession, die sich zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung auszuwachsen droht. Erst wenn eine Art „mürrischer Indifferenz" (Herfried Münkler) einkehrt, gewinnen die Etablierten die Kontrolle über die Lage zurück. Gewiss könnte man einwenden, dass allein schon das Aufkommen des Investorenklubs eine Verschlechterung gegenüber dem *Status quo ante* darstellt, doch spiegelt sich in ihm ja lediglich eine tiefsitzende systembedingte Unwucht. Auf die AfD gemünzt: Das Fehlen einer Rechtsaußenvertretung im Parlament war schon immer ein spezifisch deutscher Sonderfall und unter Repräsentationsgesichtspunkten auch recht defektiv. Dass sich das entsprechende Stimmpotenzial nun in dieser Variante Bahn gebrochen hat, kann man aus demokratietheoretischer Sicht mehr oder weniger zwingend finden.[20] Die Verhältnisse selbst werden so aber zweifellos klarer.

Eine überschätzte Kraft?

Die AfD stellt also im zehnten Jahr ihres Bestehens eine politische Formation dar, deren inhaltliche Radikalität und fundamentaloppositionelle Haltung durch einen robusten Isolationsriegel der politischen Konkurrenz eingehegt bleibt. Mit Blick nach außen könnte man gar von einer der solitärsten Rechtsaußenparteien Westeuropas sprechen: Weder die italienische Lega noch die österreichische FPÖ, weder die niederländische PVV noch der französische RN sind ähnlich rigoros von den Fleischtöpfen politischer Handlungsmacht ausgeschlossen wie die AfD; demonstratives Nichtberücksichtigen ihrer Kandidat*innen für die stellvertretende Bundestagspräsidentschaft inklusive.[21] Eingedenk des nachlassenden Erfolgs und der destabilisierenden Abwesenheit einer echten Führungsfigur[22] drängt sich so fast zwangsläufig die Frage auf, ob die Bedeutung der Partei nicht überschätzt und ihr Neuigkeitswert zu selbstverständlich mit ihrer vermeintlichen Wirkungsmacht gleichgesetzt worden ist (eine These, die auch auf den

19 Sinnbildlich sei hier nur auf die Abschlussszenerie verwiesen, als die eben erst ins Amt gewählten Co-Vorsitzenden (wobei Chrupallas 53,4 % Bände sprechen!) von den eigenen Delegierten desavouiert wurden. Entgegen dem erklärten Vorsitzendenwillen votierten diese nämlich mehrheitlich für eine Resolution zur einvernehmlichen Auflösung der EU.

20 Zur These einer durch die AfD geschlossenen Repräsentationslücke vgl. Patzelt, Werner J.: Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 4, S. 885–895.

21 Jeweils im dritten Wahlgang scheiterten in der 19. Wahlperiode Albrecht Glaser, Mariana Harder-Kühnel, Gerold Otten, Paul Podolay, Karsten Hilse und Harald Weyel sowie in der 20. Wahlperiode bislang Michael Kaufmann.

22 Vgl. zu diesem für eine Rechtsaußenpartei eher ungewöhnlichen Umstand Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès: No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and „Movement-Party" Strategy, in: Politics and Governance, Jg. 9 (2021), H. 4, S. 263–274.

rise of populism im Ganzen anwendbar wäre)?[23] Wer jedenfalls die Politberichterstattung der Jahre 2017 bis 2019 verfolgt hat, konnte leicht zu der Annahme gelangen, eine rechtsnationale Revolte stünde absehbar bevor; es bräuchte nur die eine große Krise und schon fände man sich in einer Lage wieder, in der ein Bundeskanzler Gauland seinem Innenminister Höcke Anweisungen zum Schusswaffeneinsatz an der bayerisch-österreichischen Grenze erteilt.

Krisen gab es seitdem mehr als genug, profitieren aber konnte die AfD von keiner. Schon gar nicht von der COVID-19-Pandemie, in der sie im Mantel der Freiheitspartei die Querdenker-Bewegung hofierte und sich so ein weiteres Mal selbst jede Mehrheitsfähigkeit nahm: viel Provokation und Parolengebrüll, doch kaum elektorale Rendite.[24] Gut möglich natürlich, dass sich das in absehbarer Zeit nochmal ändern wird – demokratische Politik ist ein stetes Pendelspiel – und die Partei wieder die 15-Prozent-Marke in den Umfragen knackt. Urplötzlich verschwinden wird sie aller Vermutung nach kaum. (Ganz nach dem Nietzschewort, dass, wer mit sich unzufrieden ist, „fortwährend bereit [ist], sich dafür zu rächen [...] und sei es auch nur darin, dass wir immer seinen hässlichen Anblick zu ertragen haben."[25]) Allein, an ihrer Randposition im politischen Gegenwartsgeschäft und der damit einhergehenden realpolitischen Ohnmacht ändert das wenig. Als ostlastiges Erregungsbarometer mag man ihr durchaus eine gewisse Zukunftstauglichkeit zugestehen (solange sie die verfassungsschutzrelevante Radikalisierungsschwelle nicht allzu deutlich überschreitet); vom wirklichen Wesenskern parlamentarischer Politik, dem Organisieren von Mehrheiten und Umsetzen programmatischer Ziele, ist sie aber auch nach zehn Jahren noch denkbar weit entfernt.

23 Vgl. dazu die Ausführungen in Bitschnau, Marco: Populistische Scheinriesen, populistisches Schein-*rising*, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 69 NF (2022), H. 3, S. 287–302.

24 Vgl. Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in: Government and Opposition (online first), 30.03.2022, DOI: https://doi.org/10.1017/gov.2022.5.

25 Nietzsche, Friedrich: Die fröhliche Wissenschaft, Chemnitz 1882, S. 208 (Nr. 290: Eins ist Noth).

Literatur:

Amann, Melanie: Verständnis für Massenmörder Breivik?, in: Spiegel Online, 20.04.2017, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-saechsischer-afd-bundestagskandidat-relativiert-taten-von-anders-breivik-a-1144153.html [eingesehen am 16.08.2022].

Art, David: The AfD and the End of Containment in Germany? in: German Politics & Society, Jg. 36 (2018), H.2, S. 76–86.

Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48 (2017), H. 1, S. 57–75.

Biskamp, Floris: Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD, in: Julian Sehmer, Stephanie Simon, Jennifer Ten Elsen und Felix Thiele (Hrsg.): recht extrem? Dynamik in zivilgesellschaftlichen Räumen, Wiesbaden 2021, S. 21–37.

Bitschnau, Marco: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt. Ein Kommentar, in: Demokratie-Dialog, H.10/2022, S. 10–16.

Bitschnau, Marco: Populistische Scheinriesen, populistisches Schein-*rising*, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 69 (2022), H. 3, S. 287–302.

Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition Within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III Between 2013 and 2017, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 3, S. 332–349.

Hansen, Michael A./Olsen, Jonathan: Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 1, S. 1–19.

Heinze, Anna-Sophie: Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31 (2021), H. 1, S. 133–150.

Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès: No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and "Movement-Party" Strategy, in: Politics and Governance, Jg. 9 (2021), H. 4, S. 263–274.

Hurtz, Simon: „Blanker Rassismus": Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner, in: SZ.de, 12.12.2015, URL: https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159 [eingesehen am 16.08.2022].

Lehmann, Pola/Zehnter, Lisa: The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic, in: Government and Opposition (online first), 30.03.2022, DOI: https://doi.org/10.1017/gov.2022.5.

Medick, Veit: Merz geht auf Merkel zu, in: Spiegel Online, 23.12.2021, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-geht-auf-angela-merkel-zu-a-86dd9f24-51b1-4df8-b509-923bfca2e2fb [eingesehen am 31.07.2022].

Neff, Benedict: Wahlerfolg der AfD: Ein wilder Haufen zieht in den Bundestag, in: NZZ.ch, 24.09.2017, URL: https://

www.nzz.ch/international/ein-wilder-haufen-zieht-in-den-bundestag-ld.1318236?reduced=true [eingesehen am 16.08.2022].

Nietzsche, Friedrich: Die fröhliche Wissenschaft, Chemnitz 1882.

Patzelt, Werner J.: Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 4, S. 885–895.

Rosenfelder, Joel: Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48 (2017), H. 1, S. 123–140.

Scharloth, Joachim: Invektive Toponyme in neurechten Diskursen: Eine korpuslinguistische Studie zur Nomination als Medium geographischer und geopolitischer Raumkonstruktionen, in: Geographische Zeitschrift, Jg. 110 (2022), H.1, S. 41–60.

Schuster, Jacques: Alexander Gauland und der „gärige Haufen" AfD, in: Welt Online, 12.02.2016. URL: https://www.welt.de/politik/deutschland/article152178742/Alexander-Gauland-und-der-gaerige-Haufen-AfD.html [eingesehen am 31.07.2022].

Wurthmann, L. Constantin: Black-Blue or Bahamas? Explaining CDU, CSU, FDP and AfD Voter Attitudes Towards a Common Governmental Coalition Before the 2017 Federal Election, in: German Politics (online first), 27.03.2022, DOI: https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2056593.

Quellen:

Seitz, Thomas: Rede vom 15.06.2018, in: Plenarprotokoll 19/40. Deutscher Bundestag, S. 3912.

Weyel, Harald: Rede vom 12.04.2019, in: Plenarprotokoll 19/96. Deutscher Bundestag, S. 11610–11611.

Marco Bitschnau, geb. 1993, hat Politikwissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaft in Friedrichshafen, Paris und Cambridge studiert, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Neuenburg und Fellow des Nationalen Forschungsschwerpunkts *NCCR – on the move*. Sein akademisches Interessenspektrum reicht von der vergleichenden Migrationsforschung bis zur Populismustheorie. 2021/22 ist er Gastforscher an der University of California, Berkeley.

Hensel, Alexander (2022): „Die AfD zwischen Gärung und Klärung. Zur Entwicklung von Strömungen und Strategien nach dem Rückzug Jörg Meuthens."
In: Demokratie-Dialog 11 (2022) S. 72–81.
doi: 10.17875/gup2022-2125

Die AfD zwischen Gärung und Klärung

Zur Entwicklung von Strömungen und Strategien nach dem Rückzug Jörg Meuthens

Alexander Hensel

Politischer Erfolg trifft neue Parteien meist gnadenlos. Früher oder später zwingt er sie, zu bestimmen, was sie sind und was nicht.[1] Dafür verantwortlich sind Rahmen- und Entwicklungsbedingungen im politischen System, die sich vor allem mit dem ersten Parlamentseintritt grundlegend wandeln.[2] Ob ideologische Vielfalt, Basispartizipation oder charismatische Gründungsfiguren – was für den politischen Aufbruch erfolgreicher Parteineugründungen elementar ist, erweist sich in der späteren Entwicklung meist als äußerst hinderlich.[3] Die ursprüngliche Gründungsidentität einer Partei gerät im Zuge ihres politischen Aufstiegs so unter Druck, was mitunter heftige Konflikte zwischen machtbewussten Führungspersonen und Parteiströmungen befeuert, die wir uns als Wechselspiel von politischer Gärung und Klärung vorstellen können.

1 Vgl. Harmel, Robert/Svasand, Lars: Party Leadership and Party Institutionalisation: Three Phases of Development, in: West European Politics, Jg. 16 (1993), H. 2, S. 67–88, hier S. 71–73.

2 Vgl. etwa Bolleyer, Nicole: The organizational Costs of public office, in: Deschouwer, Kris (Hrsg.): New Parties in Government. In power for the first time, London 2008, S. 15–44, hier S. 33.

3 Zu typischen Problemen am Beispiel der Piratenpartei vgl. Klecha, Stephan/Hensel, Alexander: Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen u. a. 2013, S. 162–166.

Entsprechendes ließ sich in der frühen Entwicklung der deutschen Grünen wie unter einem Brennglas beobachten: Die 1980 gegründete Partei musste sich mehrfach schmerzhaft häuten, bevor sie wurde, was sie ist.[4] Früh gelang ihr dabei die ideologische Klärung. Die zunächst schillernde Anti-Parteien-Partei verortete sich rasch klar im linken Lager. Länger gärten indes strategische Fragen, die erst mit den Parlamentseintritten ihre ganze Sprengkraft entfalteten und als „Fundi-Realo-Kontroverse" in den 1980er Jahren strömungs- und stilbildend wurden.[5] Nach einem politisch, personell und organisatorisch verlustreichen Ringen setzten sich Anfang der 1990er Jahre schließlich die Realos durch.[6] Erst nach einem Jahrzehnt der Gärung also klärten sich zentrale Kernfragen und die Grünen integrierten sich – letztlich geradezu lehrbuchhaft – als „ökologische Reformpartei" ins parlamentarische System der Bundesrepublik.[7]

Vor diesem Hintergrund sollen im vorliegenden Artikel jüngere Entwicklungen der Alternative für Deutschland (AfD) genauer in den Blick genommen werden; einer Partei, die sich rund 40 Jahre später im deutschen Parteiensystem zum rechts-autoritären Gegenpol der Grünen entwickelt hat. Hierzu werden vor allem die jüngste innerparteiliche Entwicklung der AfD vor und nach dem Rückzug ihres langjährigen Bundessprechers Jörg Meuthen sowie neueste strömungstektonische Verschiebungen untersucht, die auf dem Bundesparteitag vom 17. bis zum 19. Juli 2022 in Riesa offenbar wurden.

Aufstieg und Strömungslehre der AfD

Ähnlich wie die Grünen in den 1980er Jahren war auch die AfD schon früh sehr erfolgreich: Nach ihrer Gründung 2013 gelang ihr ab 2014 rasch und flächendeckend der Sprung in die Parlamente.[8] Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern avancierte sie vielfach zur stärksten Oppositionskraft. Der Organisationsaufbau der AfD verlief vergleichsweise rasant und professionell, zugleich wurden hierbei starke basisdemokratische Elemente integriert. Ideologisch-programmatisch wandelte sich die liberal-konservative eurokritische Sammlungsbewegung schrittweise zur rechtspopulistischen Kraft, in der zusehends radikale, völkisch-nationalistische und antisystemische Positionen an Bedeutung gewannen. Ihre unkontrollierte ideologische Gärung brachte der AfD auf verschiedenen Ebenen eine Beobachtung des Verfassungsschutzes ein, eine versammlungsdemokratisch eindeutige Klärung der Machtverhältnisse zwischen Moderaten und Radikalen stand bis zuletzt aber weitgehend aus; vielmehr versuchte die Partei von ihrem moderat-radikalen Doppelcharakter zu profitieren.[9]

4 Vgl. Raschke, Joachim: Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, Marburg 1991.

5 Während die primär parlamentsorientierten Realos die Notwendigkeiten politischer Kompromisse und Koalitionen früh akzeptierten, präferierten die bewegungsorientierten Kräfte eine Fundamentalopposition und verstanden sich als parlamentarisches „Spielbein" bzw. „Sprachrohr" außerparlamentarischer Bewegungen, vgl. Frankland, Gene E.: The Role of the Greens in West Germin Parliamentry Politics, 1980–89, in: The Review of Politics, Jg. 50 (1988), H. 1, S.99–121, hier S. 100–102.

6 Vgl. Klein, Markus/Falter, Jürgen W.: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003, S. 45–49.

7 Vgl. Mende, Silke: Von der „Anti-Parteien-Partei" zur „ökologischen Reformpartei". Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 52 (2012), S. 273–315, S. 313–315.

8 Vgl. Decker, Frank: Die Alternative für Deutschland. Ein Portrait, in: ders. et al. (Hrsg.): Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus, Baden-Baden 2022, S. 133–150, hier S. 139.

9 Vgl. Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard: Das Rätsel AfD, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Jg. 67 (2020), H. 3, S. 37–42.

Parallel zur rechtslastigen Gärung entfaltete sich mit dem Eintritt in die Landesparlamente ein strategischer Konflikt, der als „blaue Fundi-Realo-Kontroverse"[10] beschrieben werden kann: In der West-AfD entstand und überwog zunächst eine ideologisch moderate und parlamentsorientierte Position. Selbsternannte „bürgerliche" Kräfte strebten eine harte, aber konstruktive und perspektivisch koalitionsbereite Opposition an.[11] Um für eine liberal-konservative Mitte der Gesellschaft attraktiv zu bleiben, forderten sie zusehends die Aus- und Abgrenzung von extremistischen Akteuren innerhalb und außerhalb der Partei.[12] Im Osten dagegen entwickelte die AfD eine ideologisch radikalere und bewegungsorientierte Position. Angeführt von Mitgliedern des „Flügel"-Netzwerks zielte diese auf eine fundamentaloppositionelle Protestpolitik, die das Parlament intensiv, aber primär als Bühne für öffentliche Provokationen nutzt.[13] Analog zu ihrem historischen Gegenüber appellierten auch die blauen Fundis vehement an die Solidarität mit extremen Aktivisten im Parteivorfeld, mit deren Hilfe sie die politisch-mediale Ausgrenzung der AfD zu kompensieren suchen.

Die ideologisch-strategische Dualität der AfD wirkte ausgehend von den Landtagsfraktionen in die teils noch wenig konsolidierten AfD-Landesverbände zurück und befeuerte vielfach zähe Strömungsschlachten auf Landesparteitagen. Nachdem sich die organisations- und mobilisierungsstarken blauen Fundis im Osten früh durchsetzen konnten, fassten sie bald auch im Westen Fuß.[14] Sie profitierten von der notorischen Organisationsschwäche der bürgerlichen Kräfte innerhalb der AfD. Ihre – macht- und organisationspolitisch oft unerfahrenen – Führungsfiguren konnten die Volten der virilen Bewegungsorientierten selten effektiv einhegen und verloren die Kontrolle. Auf diese Weise gelang es den blauen Fundis, auch aus ihrer Minderheitenposition heraus die mediale Wahrnehmung und die oppositionellen Handlungsmöglichkeiten der AfD zu beeinflussen.[15] Kaskaden von Skandalen und Konflikten spalteten und demobilisierten zudem das bürgerliche Lager in der AfD zusehends, deren Funktionäre reihenweise verdrängt wurden oder politisch ausgezehrt das Handtuch warfen.

Ideologisch-strategische Konflikte prägten auch die AfD im Bund. Deren Protagonisten nutzten interne Widersprüche zunächst dazu, disparaten Wählermilieus unterschiedliche politische und habituelle Angebote zu unterbreiten.[16] In den letzten Jahren geriet dieses fragile Konzept jedoch unter Druck: Immer offener und lauter vorgetragene völkisch-nationalistische, rassistische und antisystemische Forderungen rie-

10 Vgl. Hensel, Alexander: Von der Partei zur Bewegung – und wieder zurück? Zur Entwicklung der Alternativen für Deutschland (AfD) als Parteienbewegung, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Siegmund, Jörn (Hrsg.): Parteien in Bewegung, Baden-Baden 2021, S. 67–93, hier S. 83–78.

11 Vgl. Hensel, Alexander: Kritik, Kontrolle, Alternative? Die AfD als parlamentarische Opposition in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, in: Bröchler, Stephan/Glaab, Manuela/Schöne, Helmar (Hrsg.): Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition? Wiesbaden 2020, S. 275–300, hier S. 294–296.

12 Vgl. Decker: AfD-Portrait, S. 147–148; im Detail vgl. etwa Hensel, Alexander: AfD Baden-Württemberg: Flattern in der Voliere, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 13.03.2019, URL: https://www.demokratie-goettingen.de/blog/afd-baden-wuerttemberg-2 [eingesehen am 29.8.2022].

13 Vgl. Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Berzel, Alexander: Die AfD in den Landtagen. Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs"-Orientierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 1, S. 91–110, hier S. 99–102.

14 Vgl. Hensel: Parteienbewegung, S. 85–87.

15 Dabei nutzten die bewegungsorientierten Kräfte das Format der offenen Mitgliederparteitage, um durch die kräftige Mobilisierung ihrer Anhänger die Ergebnisse und mediale Wahrnehmung von AfD-Parteitagen zu beeinflussen, vgl. etwa Hensel: Voliere.

16 Vgl. Schroeder/Weßels: Rätsel AfD, S. 41–42; Hensel: Opposition, S. 277–281.

fen den Verfassungsschutz auf den Plan, was insbesondere bürgerliche AfD-Funktionäre und Wähler als problematisch wahrnahmen.[17] Um die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu verhindern oder zumindest zu begrenzen, entschloss sich der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen spät zu einer strategischen Aus- und Abgrenzung von rechtsextremen Kräften.[18] Die hierfür notwendigen Schritte wie Parteiausschlussverfahren polarisierten innerparteilich jedoch so stark, dass er an Rückhalt unter Funktionären und Verbündeten im Bundesvorstand verlor und schließlich resignierte:[19] Schon Ende 2021 kündigte Meuthen an, nicht wieder für das Amt des Bundessprechers zu kandidieren, im Januar 2022 gab er seinen Parteiaustritt aus der AfD bekannt, die „nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stehe.[20]

AfD-Bundesparteitag in Riesa: Vorfeld und Ergebnisse

Nach diesen Eruptionen war der 13. AfD-Bundesparteitag, auf dem der Bundesvorstand turnusmäßig neu gewählt wird, überfällig. Nach Meuthens Abgang geriet auch Co-Bundessprecher Tino Chrupalla in Bedrängnis:[21] Verbliebene Meuthen-Anhängerwarfen ihm medienwirksam vor, auf Wähler- und Mitgliederverluste keine Antworten zu finden. Auch seine russlandfreundliche Position stieß gerade in den AfD-Verbänden im Westen auf Kritik. Chrupalla reagierte taktisch souverän: Kurz vor Riesa lancierte er eine Liste mit Kandidaten für den Bundesvorstand, die verschiedene Strömungen integrierte. Zu diesem „#TeamZukunft" gehörten einerseits Angehörige und Sympathisanten des 2020 formell aufgelösten völkisch-nationalistischen „Flügel"-Netzwerks; andererseits fanden sich darin auch Bürgerliche, die sich vom Abgrenzungskurs distanzierten und sich für taktische Kooperationen mit dem „Flügel" geöffnet hatten, während Meuthens Anhänger gänzlich fehlten.[22] So sammelte sich im „#TeamZukunft" bereits vor dem Parteitag die neue Mitte einer weiter rechts-verrückten AfD. Die Neuwahlen des Bundesvorstands wurden auf diese Weise effektiv orchestriert: Acht von insgesamt 14 Bundesvorstandsposten wurden mit „#TeamZukunft"-Kandidaten besetzt. Angeführt wird die AfD im Bund nun von Chrupalla und Alice Weidel, die auch der AfD-Fraktion im Bundestag vorsitzen. Weitere acht Posten im Bundesvorstand inklusive aller engen Leitungspositionen wurden ebenfalls mit Mitgliedern der AfD-Bundestagsfraktion besetzt, die damit endgültig zum Macht- und Kraftzentrum der AfD-Bundespartei avancieren, während der Einfluss von

17 Vgl. Decker: AfD-Portrait, S. 145

18 Vgl. Wehner, Markus: Ende einer Mission, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2022, S. 2.

19 Vgl. Nefzger, Andreas: In der Sinnkrise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.02.2022, S. 4.

20 O. V.: Meuthen sieht für AfD als „gesamtdeutsche Partei" keine Zukunft, in: Faz.net, 29.01.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/meuthen-sieht-fuer-afd-als-gesamtdeutsche-partei-keine-zukunft-17764099.html [eingesehen am 01.06.2022].

21 Vgl. folgend Steffen, Tilmann: Partei in der Dauerkrise, in: Zeit-Online, 17.06.2022, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/afd-parteitag-riesa-krise; Joswig, Gareth: Vor dem AfD-Bundesparteitag in Riesa: Auf dem rechten Weg, in: taz.de, 17.6.22, URL: https://taz.de/Vor-dem-AfD-Bundesparteitag-in-Riesa/!5861618/; Nefzger, Andreas: Wie die AfD um ihren Kurs ringt, in: FAZ.net, 17.06.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-afd-beim-parteitag-in-riesa-um-ihren-kurs-ringt-18107514.html [alle eingesehen am 22.02.08.2022].

22 Dies gilt etwa für die AfD-Bundestagsfraktionssprecherin Alice Weidel, die ihre fragile Machtbasis durch ein taktisches Bündnis mit dem „Flügel" zu kompensieren suchte, vgl. Steffen, Tilman: Wo der rechte Flügel weilt, in: Zeit-Online, 13.3.2021, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-03/landtagswahlen-afd-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-alice-weidel-joerg-meuthen [eingesehen am 20.07.2022].

Landtags- oder Europaparlamentsabgeordneten der AfD sinkt.[23]

Interessanter jedoch als die strukturellen sind die strömungs- und machtpolitischen Entwicklungen im fast zu zwei Dritteln neu besetzten Bundesvorstand. So zeigt sich, erstens, wie marginalisiert Meuthens einst mehrheitsfähiges Lager nun ist. Schon die erwähnte forsche Attacke seiner verbliebenen Anhänger auf Bundessprecher Chrupalla scheiterte jäh.[24] Während frühere Protagonisten des bürgerlichen Lagers in Riesa nicht einmal mehr kandidierten,[25] misslang es den wenigen neuen Herausforderern deutlich, den vakanten Posten des bürgerlichen AfD-Sprechers zu erobern.[26] Im neuen AfD-Bundesvorstand sind moderatere Kräfte nun spürbar schwächer als zuvor. Dazu scheint auch Meuthens brachial inszenierter Parteiaustritt beigetragen zu haben, der Weggefährten brüskierte und über einstige Fronten hinweg zur inneren Schließung der Partei beitrug.[27] In Riesa zumindest wurde der bislang dienstälteste AfD-Bundessprecher einhellig negativ als intrigant, egozentrisch und spalterisch beschrieben, während seine Gegner sich als Hüter der parteilichen Einheit inszenierten.

Zweitens zeigte sich auf dem AfD-Bundesparteitag die Stärke der radikalen völkisch-nationalistischen Strömung.[28] Ihr Anführer Björn Höcke kokettierte im Vorfeld abermals medienwirksam mit einer Kandidatur, um den Preis seines Nicht-Antritts zu erhöhen. Auf dem Parteitag versuchte er mit taktischen Interventionen und rhetorischen Kniffen die Versammlung zu lenken.[29] Neben den eh schon im „#TeamZukunft" berücksichtigten „Flügel"-Anhängern wurden drei weitere seiner Aktivisten in den Bundesvorstand gewählt. Hierzu zählt auch die bewegungsorientierte AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum, die nicht nur in ihrer eigenen Fraktion, sondern auch in ihrem baden-württembergischen Landesverband enorm umstritten ist.[30] Ebenso wurde auf Drängen des Flügels in Riesa eine Satzungsänderung beschlossen, die zukünftig die Wahl einer Einer- statt der aktuellen Doppelspitze ermöglicht, was als zentrale Voraussetzung für eine spätere Übernahme der Parteispitze durch Höcke interpretiert wird.[31] Drittens lassen die Wahlergebnisse vermuten, dass es dem Bundesvorstand als zentralem Führungsgremium der AfD weiter an Rückhalt, Geschlossenheit und Effizienz mangeln könnte. Zehn der 14 gewählten Vorstandsmitglieder konnten nur eine knappe Mehrheit der Dele-

23 Im Vergleich mit dem 2019 neu gewählten AfD-Bundesvorstand nahm die Zahl der MdB (+4) zu, während die der MdL (-1), der MdEP (-2) und Parteifunktionäre ohne Mandat (-1) insgesamt merklich abnahm.

24 Vgl. Joswig: Rechter Weg.

25 Dies gilt etwa für die Ex-Bundesvorstandsmitglieder Beatrix von Storch, Alexander Wolf und Joachim Paul, die Meuthen beim Ausschluss des „Flügel"-Funktionärs Andreas Kalbitz unterstützt hatten, vgl. Nefzger, Andreas: Die Neuen Tonangeber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.2.2022, S. 4.

26 Der AfD-Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter unterlag trotz eloquenter Bewerbungsrede in der Wahl zum ersten Bundessprecher Tino Chrupalla mit 36 zu 53 Prozent. Der AfD-Europaabgeordnete Nicolaus Fest erzielte in der Wahl zum zweiten Bundessprecher gegen Alice Weidel sogar nur knapp 21 zu 67 Prozent.

27 Vgl. Nefzger: Sinnkrise.

28 Vgl. ausführlich Joswig, Gareth: Höcke geht aufs Ganze, in: taz.de, 22.06.2022, URL: https://taz.de/Rechtsextremist-in-der-AfD/!5862822/ [eingesehen am 29.08.2022].

29 Indem Höcke sich in Pose, Positionierung und Rhetorik gegenüber den anderen Rednern auf dem Parteitag klar exponierte, entsprach er genau den zuvor geweckten Erwartungen der Medien, die über seine machtpolitische Intervention umgehend berichteten, vgl. etwa Joswig, Gareth/Orde, Sabine am: Völkische auf dem Vormarsch, in: taz.de, 17.06.2022, URL: https://taz.de/AfD-Parteitag-in-Riesa/!5861869/ [eingesehen am 22.07.2022].

30 Vgl. Joswig: Höcke; Hensel: Parteienbewegung, S. 86.

31 Vgl. Nefzger, Andreas: Noch ein Ruck nach rechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.06.2022, S. 2.

gierten von sich überzeugen.[32] Auch Bundessprecher Chrupalla erhielt nur rund 53 Prozent der Delegiertenstimmen – rund zwei Prozent weniger als bei seiner letzten Wahl im Jahr 2019 – und präsentierte sich im Verlauf des Parteitags überwiegend schwach und ideenlos.[33] Etwas stärkere Ergebnisse erzielten nur Kandidaten, die entweder ohne Konkurrenz antraten, oder von ihrer besonderen Popularität innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion profitierten.[34] So erreichte Alice Weidel zwar immerhin rund 67 Prozent der Delegiertenstimmen, die vor und auf dem Parteitag an ihr geübte scharfe Kritik – sowie ihre äußerst schroffen Reaktionen – verweisen jedoch abermals darauf, dass Weidels Stärken eher in der äußeren Repräsentanz als in der inneren Führung der Partei liegen.[35] Insgesamt verfügt der AfD-Bundesvorstand damit weiterhin kaum über Führungsfiguren, die eine breite innerparteiliche Unterstützung auf sich vereinen und ein stabiles strategisches Zentrums bilden können.[36]

Tücken der neuen Strömungstektonik

Die jüngsten Wahlen des AfD-Bundesvorstands markieren durchaus eine Zäsur in der Machttektonik der Bundespartei. Spiegelbildlich zu den vergangenen Jahren verlieren die moderateren Kräfte in der AfD klar ihre versammlungsdemokratische Mehrheitsfähigkeit und ihre personellen Vertretungen im Bundesvorstand.[37] In diesem dürften konsequent parlamentsorientierte und auf klare Abgrenzung von Extremisten bedachte Personen nun in der Minderheit sein. Demgegenüber nehmen radikale Kräfte eine (wenn auch schwache) versammlungsdemokratische Mehrheitsposition ein und sind im Bundesvorstand stark vertreten.[38] Diese gewandelte Machttektonik stellt die neue Parteiführung vor Herausforderungen: Will sie die von vielen West-Delegierten kritisierte Fluchtbewegung bürgerlicher Mitglieder stoppen und Wähler zurückgewinnen,[39] muss sie nach der Marginalisierung des Meuthen-Lagers die radikalen Kräfte selbst einhegen – und so zum Teil gegen ihr eigenes Lager agieren.

Aus dieser Konstellation erwachsende Konflikte traten noch in Riesa zutage: Zunächst entbrannte eine heftige Richtungsdebatte zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierten über die Abgrenzung von rechtsextremen Akteuren im Parteiumfeld der AfD. Ausgangspunkt bildete ein von „Flügel"-Anhängern eingebrachter Antrag,[40] die als rechtsextrem geltende Arbeitnehmerorganisation „Zentrum Automobil" (ZA) von der AfD-internen Unvereinbarkeitsliste zu strei-

32 Sie erzielten dabei Ergebnisse zwischen 53 und 59 Prozent.

33 Vgl. Leithäuser, Johannes: Die AfD hat Angst vor sich selbst, in: FAZ.net, 18.06.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteitag-in-riesa-die-afd-hat-angst-vor-sich-selbst-18111631.html [eingesehen am 22.07.2022].

34 So erzielten Maria Harder-Kühnel und Maximilian in den Bundesvorstandswahlen ohne Gegenkandidaten jeweils knapp 75 Prozent; die AfD-Bundestagsabgeordneten Alice Weidel und Stephan Brandner erzielten 67 bzw. 72 Prozent.

35 Vgl. Leithäuser: Angst.

36 Vgl. Schröder/Weßels: Rätsel AfD, S. 40–41.

37 Vgl. Decker: AfD-Portrait, S. 147.

38 Vgl. Joswig: Höcke.

39 Vgl. Müller, Ann-Kathrin/Weiland, Severin: Chrupalla und Weidel führen nach rechts, in: Spiegel-Online, 19.06.2022, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesparteitag-der-afd-in-riesa-chrupalla-und-weidel-fuehren-nach-rechts-a-b9395722-4faf-44bf-a7a6-087befe6b7bb [eingesehen am 22.07.2022].

40 O. V.: SN-9 Sachantrag: Landesverband Zentrum Automobil von Unvereinbarkeitsliste streichen, in: AfD-Bundesgeschäftsstelle: Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022, 02.06.22, anonymisierte Version, URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/2022-06-02-Antragsbuch_Riesa_anonymisiert.pdf [eingesehen am 30.08.22].

chen.[41] Der tags zuvor zum ersten Beisitzer gewählte baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen warnte von der Warte der „Realpolitik" aus eindringlich davor, sich von einem der NPD nahestehenden, unkontrollierbaren und für die politische Schlagkraft der AfD irrelevanten „Kleinverein" abhängig zu machen. Der thüringische AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Höcke dagegen forderte in bewegungspolitischer Manier, den Verfassungsschutz als „Machtinstrument des Parteienkartells" grundsätzlich abzulehnen und als „letzte Opposition" im Land ausschließlich selbst zu bestimmen, von wem man sich abgrenze. Weil eine politische Hegemonie stets eine kulturelle voraussetze, die auf parlamentarischem Wege allein aber nicht zu erreichen sei, müsse man sich mit dem Vorfeld aus „freien Medien", Bloggern und Organisationen wie dem ZA solidarisieren, so Höcke.[42] Dass der Antrag schließlich mit rund 60 Prozent der Delegiertenstimmen angenommen wurde, zeigt, wie radikalisierungsbereit die AfD in der Breite geworden ist.

Wie schwer hingegen ein pragmatischer Kurs gegen die radikalen Kräfte durchzusetzen ist, zeigte sich auch in der hitzigen Debatte über die Resolution „Europa neu denken" am Ende des Parteitags.[43] Der von Höcke und anderen eingebrachte Antrag erneuerte und erweiterte die 2021 knapp beschlossene AfD-Forderung nach einem „DEXIT" und plädierte für eine „einvernehmliche Auflösung der EU" zugunsten eines Bundes „souveräner und eigenverantwortlicher Nationalstaaten".[44] Vor allem westdeutsche Delegierte kritisierten die Positionen als politisch unrealistisch, strategisch destruktiv und versuchten die Resolution in die Parteigremien zurückzuweisen. Bundessprecherin Weidel bekannte sich zwar zur „Grundrichtung des Antrags", bemängelte aber fehlende Detailaspekte sowie „unspezifische", „wulstig" und „unseriös" wirkende Formulierungen. Erst nach über zweistündiger Debatte samt ausgedehnter Geschäftsordnungsschlacht gelang es Parteichef Chrupalla nur knapp – und mit symbolischer Unterstützung durch sechs neben dem Rednerpult stehenden Landesvorsitzenden – eine Abstimmung der Resolution zu verhindern, bevor der Parteitag sichtlich erschöpft seinen vorzeitigen Abbruch beschloss.

Konturen der Post-Meuthen-AfD

Insgesamt präsentierte sich die AfD auf ihrem Parteitag in Riesa sowohl in der Breite als auch an ihrer Spitze noch radikaler als zuvor, was ihr zumindest in westdeutschen Bundesländern mittelfristig elektoral mehr schaden als nützen und die neue Bundesführung vor Probleme stellen dürfte.[45] Zugleich könnte die AfD von der machtpolitischen Implosion des Meuthen-La-

41 Zum Verhältnis der AfD zum ZA vgl. Steffen, Tilman: Plötzlich Angst vor rechts, in: Zeit-Online, 08.03.2022, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/afd-gewerkschaft-zentrum-automobil-alice-weidel-dirk-spaniel [eingesehen am 25.07.2022].

42 Wie Antragssteller und Unterstützer des Antrags ausführten, soll das ZA als mit der IG-Metall konkurrierende Arbeitnehmervertretung der AfD besseren Zugang zu den unter Druck geratenen Belegschaften des Automobil- und Pflegesektors verschaffen.

43 Vgl. o. V.: TO-2 Antrag zur Tagesordnung. Resolution „Europa neu denken", in: AfD-Bundesgeschäftsstelle (2022): Antragsbuch, a.a.O., S. 8–13.

44 Angesichts des „Ukraine-Kriegs" konstatiert der Antrag das Scheitern des „Universalismus des Westens" und den „Verlust an Wehrhaftigkeit" und Selbstbehauptungswillen seitens geopolitisch schlafwandelnder EU-Eliten. Deren Streben nach „Heterogenisierung der Völker, politischer Korrektheit und eine[r] postnationale[n] Grenzenlosigkeit" führe die „abendländische Identität" und „Länder Europas in die Selbstauflösung". Daher müsse eine neue europäische Gemeinschaft gegründet werden, die nationale Interessen und Verfassungen nicht suprastaatlich unterordne, sondern „Einheit und Stärke nach außen und subsidiäre Vielfalt nach Innen" vereine. Vgl. o. V., TO-2, S. 8–10.

45 Vgl. Decker: AfD-Portrait, S. 148–149.

gers aber auch profitieren, da die vollzogenen Klärungsprozesse dazu beitragen könnten, die politisch lähmende Lagerkonfrontation der letzten Jahre zu überwinden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich die AfD nach außen hin zwangsläufig immer radikaler positionieren und präsentieren muss; die fortschreitende ideologische und habituelle Homogenisierung von Basis, Funktionären und Führung eröffnet ihr vielmehr Möglichkeiten, situationsbedingt zwischen einem moderaten Anpassungs- und einem radikalen Abgrenzungskurs geschmeidig zu changieren, wie es für erfolgreiche Rechtspopulisten in europäischen Nachbarländern schon lange üblich ist.[46]

Ansätze hierzu ließen sich bereits in Riesa erkennen. Nach ihrer Oppositionshaltung während der Euro-, Flüchtlings- und Corona-Krisen richtet die AfD ihre populistische Grundkritik nun klar auf die Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs hierzulande. Die neue Parteiführung rechnet infolge der Inflation und steigender Energiepreise mit dem ökonomischen Abstieg verschiedener Bevölkerungsgruppen und setzt auf eine damit verbundene „Zuspitzung von Widersprüchen", wie Bundessprecherin Weidel betonte. Ohne den Ballast der wirtschaftspolitischen Orthodoxie des ordoliberalen Meuthen-Lagers dürfte es der AfD leichter fallen, ihre liberale Mittelstands- noch stärker mit einer sozialstaatsorientierten Sozialpolitik zu verzahnen, ohne sich in ideologischen Grundsatzkonflikten zu verheddern.[47] Parteichef Chrupalla kündigte in Riesa an, mit einem freiheitlich-sozialen Kurs sowohl kleine Selbstständige und mittelständische Unternehmen als auch „sozial Schwache" und armutsbedrohte Rentner anzusprechen zu wollen, womit sich die AfD politisch noch deutlicher in die Riege europäischer Rechtspopulisten einordnet.[48] Ihre inhaltliche Neuaufstellung als „letzte Opposition" und „einzige Alternative" zu den von ihr gescholtenen „Altparteien", wie auf dem Parteitag vielfach zu hören war, verschränkt die AfD vor allem im Osten mit der Strategie, als Repräsentantin und Motor aufkommender Sozialproteste gegen steigende Energie- und Lebenshaltungskosten zu wirken.[49] Auch könnte die Homogenisierung der AfD mittelfristig dabei helfen, ihren strategischen Dualismus zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung zu überwinden, oder zumindest auf Eis zu legen. Voraussetzung hierfür ist nach der in den letzten Jahren zu beobachtenden Radikalisierung vieler Moderater, die nun auch in Riesa zu beobachtende strategische Mäßigung einiger Radikaler, die den Modus der schrillen Fundamentalkritik zu überwinden versuchen.[50] Hierfür plädierte etwa der zum „Flügel"-Netzwerk zählende AfD-EU-Parlamentarier Maximilian Krah. Vor seiner Wahl zum Beisitzer im Bundesvorstand warb er mit Verweis auf seine Erfahrungen im Dresdener Oberbürgermeister-Wahlkampf offensiv dafür, dezidiert positive Visionen für ein auf „Verwurzelung, Heimat und Identität" beruhendes gutes Leben in einem „friedlichen und wohlhabenden Land" zu entwickeln. Auch die neue Parteiführung verwies auf die Wichtigkeit „alternativer" Visionen und eines konstruktiven Stils und Auftretens der Partei.[51]

46 Vgl. Dézé, Alexandre: Between adaption, differentiation and distinction. Extreme right-wing parties within democratic political systems, in: Eatwell, Roger/Mudde, Cas (Hrsg.): Western Democracies and the New Extreme Right Challange, London 2004, S. 19–40, hier S. 20–22.

47 Vgl. Middelhoff, Paul: Der Parteichef kündigt seinen Rückzug an. Was wird ohne Jörg Meuthen aus der AfD?, in: DIE ZEIT, H. 42/2021, S. 10.

48 Vgl. Decker: AfD-Portrait, S. 141–143, S. 148.

49 Vgl. Hensel, Alexander: AfD: „Wie mit einem 12er-Dübel in Beton", in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 02.09.2022, URL: https://www.demokratie-goettingen.de/blog/lpt22-afd-sachsen-anhalt [eingesehen am 29.09.2022].

50 Selbst Björn Höcke präsentierte die kontroverse Europa-Resolution als Ansatz, die bloße Kritik an der EU zugunsten einer positiven Vision zu überwinden.

51 Leithäuser, Johannes: Ruhe ist die erste AfD-Pflicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.22, S. 1.

Auch wenn es in der AfD noch weiter gären wird, zeichnen sich knapp zehn Jahre nach ihrer Gründung auch Klärungen ab: Anders als die Grünen der 1980er Jahre, die sich von ihren radikalen Positionen, Posen und Strategien im Laufe ihrer Parlamentarisierung mühsam, aber konsequent distanzierten, wird sich die AfD als rechtspopulistische Oppositionspartei kaum substanziell entradikalisieren. Dennoch entwickelt sie durchaus die Grundlagen für eine situativ-strategische Mäßigung, die ihr zu erfolgreichen Neupositionierungen verhelfen kann. Auch wenn eine solche Entwicklung den politikwissenschaftlichen Lehrbüchern zur parlamentarischen Demokratie wohl weniger entspricht, könnte sich die AfD auf diese Weise weiter ins deutsche Parteiensystem integrieren.

Literatur:

AfD-Bundesgeschäftsstelle: Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022, 02.06.2022, anonymisierte Version, URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/2022-06-02-Antragsbuch_Riesa_anonymisiert.pdf [eingesehen am 30.08.22].

Bolleyer, Nicole: The organizational Costs of public office, in: Deschouwer, Kris (Hrsg.): New Parties in Government. In power for the first time, London 2008, S. 15–44.

Decker, Frank: Die Alternative für Deutschland. Ein Portrait, in: ders./Henningsen, Bernd/Lewandoswky, Marcel/Adorf, Philipp (Hrsg.): Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus, Baden-Baden 2022, S. 133–150.

Dézé, Alexandre: Between adaption, differentiation and distinction. Extreme right-wing parties within democratic political systems, in: Eatwell, Roger/Mudde, Cas (Hrsg.): Western Democracies and the New Extreme Right Challange, London 2004, S. 19–40.

Frankland, Gene E.: The Role of the Greens in West German Parliamentry Politics, 1980–89, in: The Review of Politics, Jg. 50 (1988), H. 1, S.99–121.

Harmel, Robert/Svasand, Lars: Party Leadership and Party Institutionalisation: Three Phases of Developement, in: West European Politics, Jg. 16 (1993), H. 2, S. 67–88.

Hensel, Alexander: AfD: „Wie mit einem 12er-Dübel in Beton", in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 02.09.2022, URL: https://www.demokratie-goettingen.de/blog/lpt22-afd-sachsen-anhalt [eingesehen am 29.09.2022].

Hensel, Alexander: Von der Partei zur Bewegung – und wieder zurück? Zur Entwicklung der Alternativen für Deutschland (AfD) als Parteienbewegung, in: Bukow, Sebastian/Jun, Uwe/Siegmund, Jörn (Hrsg.): Parteien in Bewegung, Baden-Baden 2021, S. 67–93.

Hensel, Alexander: Kritik, Kontrolle, Alternative? Die AfD als parlamentarische Opposition in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, in: Bröchler, Stephan/Glaab, Manuela/Schöne, Helmar (Hrsg.): Kritik, Kontrolle, Alternative. Was leistet die parlamentarische Opposition? Wiesbaden 2020, S. 275–300.

Hensel, Alexander: AfD Baden-Württemberg: Flattern in der Voliere, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 13.03.2019, URL: https://www.demokratie-goettingen.de/blog/afd-baden-wuerttemberg-2 [eingesehen am 29.8.2022].

Joswig, Gareth: Vor dem AfD-Bundesparteitag in Riesa: Auf dem rechten Weg, in: taz.de, 17.6.22, URL: https://taz.de/Vor-dem-AfD-Bundesparteitag-in-Riesa/!5861618/ [eingesehen am 01.07.2022].

Joswig, Gareth: Höcke geht aufs Ganze, in: taz.de, 22.06.2022, URL: https://taz.de/Rechtsextremist-in-der-AfD/!5862822/ [eingesehen am 29.08.2022].

Joswig, Gareth/Orde, Sabine am: Völkische auf dem Vormarsch, in: taz.de, 17.06.2022, URL: https://taz.de/AfD-Parteitag-in-Riesa/!5861869/ [eingesehen am 22.07.2022].

Klecha, Stephan/Hensel, Alexander: Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen u. a. 2013.

Klein, Markus/Falter, Jürgen W.: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.

Leithäuser, Johannes: Die AfD hat Angst vor sich selbst, in: FAZ.net, 18.06.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteitag-in-riesa-die-afd-hat-angst-vor-sich-selbst-18111631.html [eingesehen am 22.07.2022].

Mende, Silke: Von der „Anti-Parteien-Partei" zur „ökologischen Reformpartei". Die Grünen und der Wandel des Politischen, in. Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 52 (2012), S. 273–315.

Middelhoff, Paul: Der Parteichef kündigt seinen Rückzug an. Was wird ohne Jörg Meuthen aus der AfD?, in: DIE ZEIT, H. 42/2021, S. 10.

Müller, Ann-Kathrin/Weiland, Severin: Chrupalla und Weidel führen nach rechts, in: Spiegel-Online, 19.06.2022, URL: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesparteitag-der-afd-in-riesa-chrupalla-und-weidel-fuehren-nach-rechts-a-b9395722-4faf-44bf-a7a6-087befe6b7bb [eingesehen am 22.07.2022].

Nefzger, Andreas: Noch ein Ruck nach rechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.06.2022, S. 2.

Nefzger, Andreas: Wie die AfD um ihren Kurs ringt, in: FAZ.net, 17.06.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-die-afd-beim-parteitag-in-riesa-um-ihren-kurs-ringt-18107514.html [eingesehen am 02.08.2022].

Nefzger, Andreas: Die Neuen Tonangeber, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.2.2022, S. 4.

Nefzger, Andreas: In der Sinnkrise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.02.2022, S. 4.

O. V.: Meuthen sieht für AfD als „gesamtdeutsche Partei" keine Zukunft, in: Faz.net, 29.01.2022, URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/meuthen-sieht-fuer-afd-als-gesamtdeutsche-partei-keine-zukunft-17764099.html [eingesehen am 01.06.2022].

Raschke, Joachim: Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, Marburg 1991.

Schroeder, Wolfgang; Weßels, Bernhard: Das Rätsel AfD, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Jg. 67 (2020), H. 3, S. 37–42.

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Berzel, Alexander: Die AfD in den Landtagen. Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs"-Orientierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 49 (2018), H. 1, S. 91–110.

Steffen, Tilmann: Partei in der Dauerkrise, in: Zeit-Online, 17.06.2022, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/afd-parteitag-riesa-krise [eingesehen am 20.06.2022].

Steffen, Tilman: Wo der rechte Flügel weilt, in: Zeit-Online, 13.3.2021, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-03/landtagswahlen-afd-baden-wuerttemberg-rheinland-pfalz-alice-weidel-joerg-meuthen [eingesehen am 20.07.2022].

Steffen, Tilman: Plötzlich Angst vor rechts, in: Zeit-Online, 08.03.2022, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/afd-gewerkschaft-zentrum-automobil-alice-weidel-dirk-spaniel [eingesehen am 25.07.2022].

Wehner, Markus: Ende einer Mission, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.22, S. 2.

Alexander Hensel, geb. 1983, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er forscht seit einigen Jahren zur Parteien- und Parlamentsentwicklung der AfD.

Franzmann, Simon T. /
Helmer, Joschua (2022):
„Wo sind all die Rechten
in Nedersachsen hin?" In:
Demokratie-Dialog 11 (2022)
S. 82–93.
doi: 10.17875/gup2022-2126

Wo sind all die Rechten in Niedersachsen hin?

Simon T. Franzmann / Joschua Helmer

Im Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) 2021 offenbarte sich, dass die niedersächsische Bevölkerung sich auf dem Links-Rechts-Spektrum mehrheitlich in der exakten Mitte einsortiert – ganze 53 Prozent der Befragten tun dies.[1] Diese scheinbare Mitteausrichtung finden wir in fast allen Bundesländern, aber nicht in diesem hohen Ausmaß. Neben dieser starken Orientierung zur Mitte fällt auf, dass die Befragten sich nur ganz selten rechts der Mitte verorten. Wie Abbildung 1 zeigt, stufen sich die Befragten „eher links" oder „sehr links" ein als „eher rechts" – und schon gar nicht „sehr rechts". Gibt es also aktuell kaum noch Personen rechts der Mitte in Niedersachsen? Und wenn sich alle Personen in der politischen Mitte gruppieren, gibt es dann überhaupt noch Extreme?

1 Schenke, Julian et al: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021, hier: S.36–40. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.17875/gup2021-1817. Befragt wurden 1001 Personen mit Wohnort Niedersachsen per Telefoninterview im Zeitraum 30.04.2021 bis 13.06.2021. Die Befragten sollten sich auf einer Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) selbst einstufen. Die obige Abbildung 1 fasst jeweils mehrere Antwortkategorien zusammen: 1 und 2: sehr links; 3, 4 und 5: eher links; 6: mitte; 7, 8 und 9: eher rechts; 10 und 11: sehr rechts.

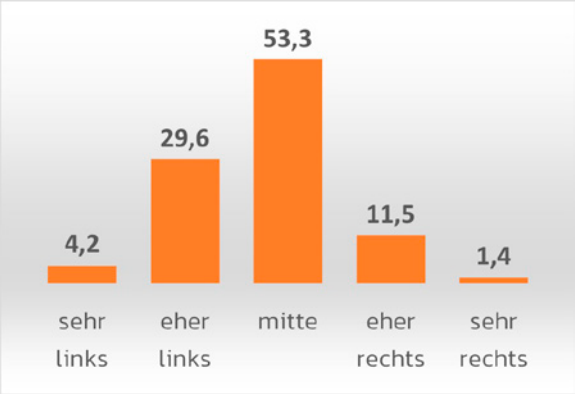

Abbildung 1: Politische Selbsteinschätzung der Befragten im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021, S.37. Häufigkeit der Antworten in Prozent der Befragten. Aggregierte Auswertung einer 11-stufigen Skala: (1-2 „sehr links", 3-5 „eher links", 6 „mitte", 7-9 „eher rechts", 10-11 „sehr rechts"). 965 Befragte, repräsentativ gewichtet

Drei Thesen: Transformation, Irrelevanz, Kontamination

Die Forschung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass Links-Rechts als ein sogenanntes *Super-Issue* – ein Super-Thema, das die ideologischen Positionen der jeweiligen Lager bündelt – aufgefasst werden kann. Es fungiert dann als generalisiertes Kommunikationsmedium, das Verständigung untereinander ermöglicht, ohne dass alle Beteiligten die exakt gleiche Vorstellung teilen.[2] Als „rechts" gilt dabei zeitunabhängig das Streben oder die Rechtfertigung von Ungleichheit, während „links" das Streben nach mehr Gleichheit repräsentiert.[3] Zur Blütezeit des Industriezeitalters, als sich in den westlichen Demokratien das Parteiensystem ausbildete, war dies in der Bevölkerung weitgehend gleichbedeutend mit ökonomischer (Un-)Gleichheit.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht gibt es mehrere potenzielle Erklärungen für die eingangs geschilderte Beobachtung der zunehmenden Mitteausrichtung auf der Links-Rechts-Skala. Wir möchten hier drei Thesen kurz diskutieren: (1) die Transformationsthese, (2) die Irrelevanzthese und (3) die Kontaminationsthese.[4]

Die (1) *Transformationsthese* besagt, dass sich die Bedeutung der Kategorien Links und Rechts *wandelt*. Es wird demnach argumentiert, dass nicht mehr primär *ökonomische* Themen die Wählerschaft in Links oder Rechts unterteilen, stattdessen werden gesellschaftspolitische Themen relevanter.[5] Das Verhältnis von den individuellen politischen Einstellungen und einer Selbsteinschätzung als links oder rechts verändert bzw. erweitert sich also. In diesem Anpassungsprozess könnte eine Verschiebung der Selbstverortung von rechts zur Mitte eine vorübergehende Erscheinung sein, die für den Moment einen Ankerpunkt darstellt. Damit fällt die Selbsteinschätzung im politischen Raum schwerer, als es durch die bekannte ökonomische Unterteilung üblich war.

2 Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter: The Left-Right Schema, in: Kent Jennings, Myrton/Deth, Jan van (Hrsg.): Continuities in Political Action. A longitudinal Study of Political Orientation in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 203–234.

3 Bobbio, Noberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

4 In ähnlicher Weise schon bei Inglehart diskutiert. Dort ging es um die Frage, ob das Aufkommen so genannter post-materieller, emanzipatorischer Werte nicht nur die Auseinandersetzung über die Ausgestaltung des Sozialstaates und des Wirtschaftssystems ablöste, sondern die alte Links-Rechts-Begrifflichkeit komplett zum Verschwinden bringt. Vgl.: Inglehart, Ronald: The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton 1977.

5 Die Transformationsthese wurde früh von verschiedenen Forschern in verschiedenen Varianten diagnostiziert, am bekanntesten ist wohl das Erklärungsmodell nach Kitschelt, Herbert: The Transformation of Social Democracy, Cambridge 1994. Vgl. auch Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 3, S. 332–349; sowie Franzmann, Simon T./Giebler, Heiko/Poguntke, Thomas: It's no longer the economy, stupid! Issue Yield at the 2017 German federal election, in: West European Politics, Jg. 43 (2020), H. 3, S. 610–638.

Verwandt mit der Transformationsthese ist die (2) *Irrelevanzthese*. Sie besagt, dass die Selbsteinschätzung als links oder rechts an Bedeutung *verliert* und weniger wichtig für die individuelle Positionierung zu politischen Sachfragen wird. Demnach hätte die Frage nach der Links-Rechts-Selbsteinstufung keine große Aussagekraft mehr, obwohl die Bevölkerung recht gut in der Lage sei, mit dieser klassischen Unterscheidung zu arbeiten, beispielsweise bei der Einschätzung der politischen Parteien. Folglich hätten wir es also mit einem Bedeutungsverlust der Kategorien links und rechts zu tun, ohne einen nennenswerten Einfluss auf die Verteilung politischer Positionen in der Bevölkerung. Die Rechten wären damit nicht verschwunden, sondern finden sich in der Kategorie Rechts nicht mehr wieder. Politische Gegensätze würden dieser These nach nun durch andere Gegensatzpaare wie libertär versus autoritär oder universalistisch versus partikularistisch ersetzt.

Die (3) *Kontaminationsthese* postuliert, dass sich durch die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands ein Widerwille gegenüber der Selbstbezeichnung als politisch rechts etabliert hat. Verstärkt werde dieser Effekt durch die jüngsten rechtsradikalen Anschläge in Wolfhagen, Hanau und Halle. „Rechts" würde implizit mit „Rechtsradikal" gleichgesetzt.[6] Konservative, die traditionell das Mitte-Rechts-Lager konstituieren, verorten sich dieser These zufolge lieber als „Mitte" denn in einem politischen Spektrum, das für sie mir ihren Gewalttaten inakzeptabel ist. Das Aufkommen der AfD könnte diesen Effekt noch verstärkt haben. Ungeachtet der ideologischen Nähe zwischen Konservativen und der Rechtsaußenpartei steht die radikale Anti-Establishment-Ausrichtung der Rechtspopulist*innen in ihrer Ablehnung progressiver und gesellschaftlich (links-)liberaler Politikkonzepte dem moderaten Konservatismus diametral gegenüber. Für solche traditionellen Konservativen ist „rechts" damit kontaminiert.

Parteipolarisierende Themen

Der NDM 2021 offenbart, dass ökonomische Themen die Bevölkerung derzeit nicht spalten: Eine sehr große Mehrheit befürwortet Umverteilung zur Angleichung der Einkommen – mit Ausnahme von Personen, die der FDP zuneigen. Ungeachtet dessen finden wir Themen, die erklären können, warum sich die Befragten *nicht* in der Mitte verorten: Auf der Linken ist dies die Befürwortung von Klimaschutzmaßnahmen ggf. auch auf Kosten des Wirtschaftswachstums; hier lebt das „alte", ökonomische Links-Rechts-Verhältnis zumindest noch ein wenig weiter. Auf der Rechten ist zentrales Distinktionsmerkmal hingegen die Ablehnung der Aussage, dass die Europäische Einigung weiter vertieft werden sollte.[7]

Die Prägekraft einzelner Themen für den politischen Wettbewerb reicht dementsprechend tiefer, als die Mitte-Orientierung der niedersächsischen Bevölkerung suggeriert. Um diese Dynamiken zu untersuchen, haben wir nach dem Vertrauen zu den im Bundes- und Landtag vertretenen Parteien gefragt. Diese Vertrauensfrage ist für Fragestellungen informativer als zum Beispiel die berühmte „Sonntagsfrage" danach, wen die Befragten bei einer hypothetischen Wahl am kommenden Sonntag wählen würden. Bei dieser Sonntagsfrage äußern sich einerseits häufig tagespolitische Stimmungen, andererseits wird die Präferenz für radikalere Parteien seltener geäußert. Wir haben das Vertrauen in die Parteien mit der Zustimmung zu fünf konkreten Sachfragen statistisch kor-

6 Vgl. Pickard, Harry/Ethyvoulou, Georgios/Bove, Vincenzo: What's left after right-wing extremism?, in: The effects on political orientation, European Journal of Political Research, Online First (2022). Doi: 10.1111/1475-6765.12538, URL: https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1475-6765.12538 [eingesehen am 31.08.2022].

7 Vgl. Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021, S. 38.

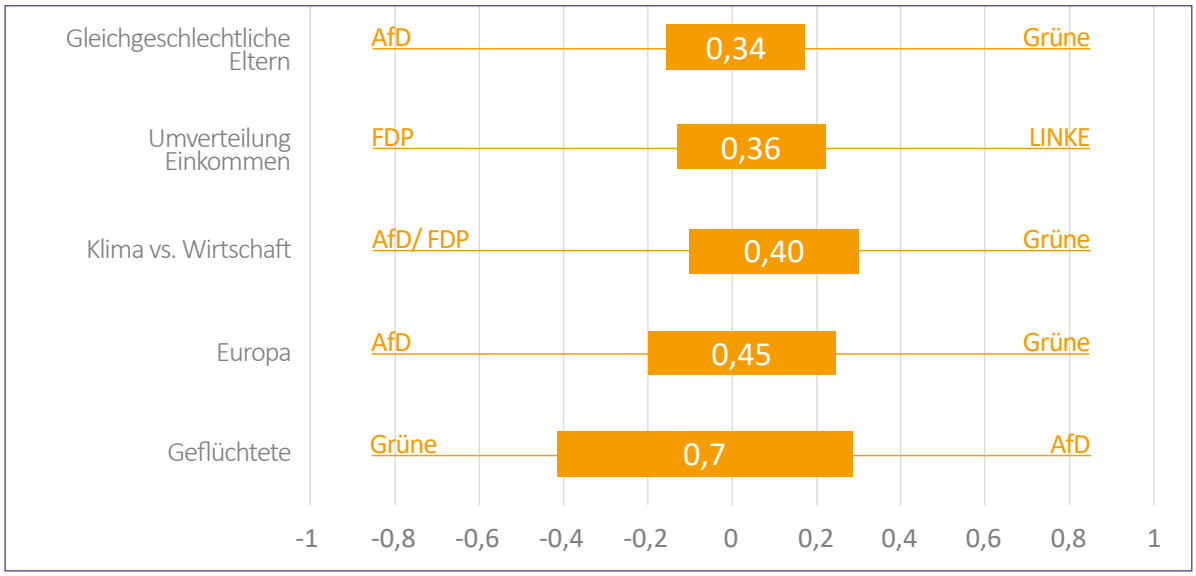

Abbildung 2: Parteipolarisierende Themen in der niedersächsischen Bevölkerung. Gezeigt wird die Stärke der Polarisierung zwischen den Sympathisant*innen verschiedener Parteien zum jeweiligen Thema, berechnet aus dem Abstand der jeweils höchsten und niedrigsten Korrelation zwischen dem Vertrauen zu einer Partei und der Einstellung zu einer Sachfrage. Bei einem Maximalwert von 2 stünden sich die Sympathisant*innen von mindestens zwei Parteien diametral bei 1 und -1 gegenüber, bei einem Minimalwert von 0 wäre der Zusammenhang zwischen der Einstellung zu der Sachfrage und dem Vertrauen in eine Partei für alle Parteien gleich. An den Seiten sind die jeweiligen Parteien angegeben, für die eine höhere Vertrauensbekundung am stärksten mit einer Zustimmung zur bzw. Ablehnung der jeweiligen Sachfrage einhergeht. Berechnung auf Grundlage des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2021, Frageformulierungen im Anhang.

reliert, das heißt wir haben ihren inhaltlichen Zusammenhang analysiert.[8] Aus dem Abstand dieser Zusammenhangswerte zu den einzelnen Parteien konnten wir dann ermitteln, welche Themen die Bevölkerung tatsächlich parteipolitisch spalten. Dahinter steckt die Annahme, dass die Befragten insbesondere den parteipolitischen Akteuren vertrauen bzw. misstrauen, die die Position der Befragten vertreten bzw. ablehnen. Somit können wir indirekt ableiten, welche Themen die Wählerschaft spalten.[9] Die fünf Themen, die wir betrachten, sind: (1) Asylpolitik; (2) Europa; (3) Klimaschutz wichtiger als Wirtschaftswachstum; (4) Umverteilung von Einkommen; (5) Gleichgeschlechtliche Eltern.

Auch hier weicht das Ergebnis in Teilen von der suggerierten Links-Rechts-Einstufung ab: Wir sehen vor allem eine parteipolitische Polarisierung zwischen den Grünen und der AfD. Zentrales Unterscheidungsthema ist die Auf-

8 Die statistischen Maße für diesen Zusammenhang werden Korrelationskoeffizienten genannt. Diese zeigen an, ob und wie zwei Einstellungen gemeinsam bei durchschnittlichen Befragten beobachtet werden können. Je stärker bei den Befragten das Vertrauen in eine Partei mit einer Zustimmung zu einer Sachfrage einhergeht, desto stärker nähert sich der entsprechende Koeffizient dem Wert 1 an. Je stärker das Vertrauen in eine Partei mit einer Ablehnung zu einer Sachfrage einhergeht, desto stärker nähert sich der entsprechende Koeffizient dem Wert -1 an. Falls es keinen systematischen linearen Zusammenhang zwischen den beiden Einstellungen gibt, liegt der Koeffizient nahe der 0. Je stärker sich nun die Koeffizienten zu einer Sachfrage zwischen den Parteien unterscheiden, desto eher können wir von einem polarisierenden Thema sprechen.

9 Im Idealfall hätten wir noch auf die Frage „Und welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, in diesem Politikfeld in Ihrem Sinne zu handeln?" zurückgreifen können, um unser Vorgehen und Interpretation ganz absichern zu können. Weiter unten können wir bei den Einstellungen zur Akzeptanz einzelner Teilaspekte der Demokratie dies indirekt leisten, indem wir vergleichbare Muster sowohl auf individueller Ebene als auch auf Ebene der Parteipolarisierung finden.

nahme von Geflüchteten: Die Befragten mit einem hohen Vertrauen zu den Grünen lehnen die Aussage „Wir haben genug Geflüchtete in Deutschland" entschieden ab; bei den Sympathisant*innen der AfD ist das in der Tendenz umgekehrt, wenngleich nicht ganz so stark ausgeprägt. Das gleiche Muster, allerdings auf niedrigerem Niveau, gilt für die Frage einer Vertiefung der Europäischen Integration. Spaltender ist das Klimathema. Die Grünen vertreten hier wieder einen Pol, während nicht nur die AfD, sondern auch die FDP den Gegenpol als marktwirtschaftlich orientierte Partei bilden. Bei der Frage der Einkommensumverteilung stehen sich schließlich wenig überraschend die Linke und die FDP gegenüber.

Während also die Selbsteinschätzung als rechts unter den Befragten selten ist, hängen die inhaltlichen Positionen der Befragten doch zum Teil sehr eng mit dem Vertrauen für rechte Parteien zusammen – sowohl in wirtschaftspolitischer als auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Die Kategorien Rechts und Links strukturieren also nach wie vor den politischen Wettbewerb zwischen den niedersächsischen Parteien und werden von den Befragten auch mit entsprechenden inhaltlichen Positionen verknüpft.

Die nahezu einhellige Akzeptanz von gleichen Elternrechten für heterosexuelle wie homosexuelle Elternpaare (86,3 Prozent der Befragten stimmen eher oder voll und ganz zu) verdeutlicht in der historischen Perspektive jedoch den Wandel von Einstellungen zu ehemals gefestigten rechten Positionen. Dies spricht sehr dafür, dass „Rechts" nicht an Bedeutung verliert, aber aktuell einem Wandlungsprozess unterzogen ist und hier die Transformationsthese greift. Heute sind es die AfD und ihre Sympathisant*innen, die den rechten Pol des politischen Kontinuums besetzen. Die Sympathisant*innen der CDU, die hier ehemals die Platzhalterin war, haben hingegen keine eindeutige Affinität zu diesen Positionen.

In der Mitte versteckt? Konservative Ordnung und rechter Populismus

Um uns dieser Frage anzunähern, versuchen wir die empirische Differenzierung des rechten Spektrums in der niedersächsischen Bevölkerung nachzuweisen. Ein weiterer Befund des NDM 2021 war, dass die Selbsteinstufung als Mitte oft mit einer Befürwortung von starker Führung und hartem Vorgehen gegen Unruhestiftende einherging. Das sind Positionen, die politikwissenschaftlich als konservativ eingestuft werden. Insbesondere die Befürwortung von Führung wird häufig als autoritäre Tendenz interpretiert, die auch Bestandteil rechtspopulistischer Überzeugungen ist. Für eine geschlossen rechtspopulistische Einstellung bedarf es zudem zwingend einer Ablehnung der pluralistischen Gesellschaft und einer grundsätzlichen Opposition zu den politischen Eliten sämtlicher etablierter Parteien. Das populistische Weltbild, wie es derzeit durch die AfD vertreten wird, spaltet die politische Gemeinschaft in vermeintlich korrupte Eliten einerseits und ein unterdrücktes Volk andererseits. Populistische Parteien wähnen sich als Vertretung eines einheitlichen, homogenen Volkswillens, für dessen Verwirklichung es nicht einen produktiven demokratischen Streit, sondern lediglich die Entmachtung der politischen Eliten braucht. Beide Aspekte – die Ablehnung politischer Eliten in Kombination mit einer einfachen Homogenitätsvorstellung des politischen Volkswillens – sind damit Kennzeichen des Populismus.[10]

Tatsächlich ist in Niedersachsen eine Ordnungsorientierung weit verbreitet, die zum Autoritarismus neigt: 40 Prozent der Befragten stimmen den beiden Aussagen zu starker Führung und Unruhestiftern eindeutig zu (durchschnittlicher Skalenwert mindestens 4 von 5). Mehr als die Hälfte dieser Befragten (21,4 Prozent) teilt jedoch keine starke Ablehnung von Eliten und besitzt

10 Mudde, Cas: Populism: An Ideational Approach, in: Rovira Kaltwasser, Cristobal et al. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism, Oxford 2017, S. 27–47.

keine einfachen Homogenitätsvorstellungen; diese Hälfte kann somit auf Grundlage der vorherigen Überlegungen als konservativ und nicht als rechtspopulistisch eingeschätzt werden.

Beide Einstellungen sind auch seltener in der niedersächsischen Bevölkerung vertreten: Ausgeprägte Homogenitätsvorstellungen haben 20 Prozent der Bevölkerung; eine ausgeprägte Ablehnung von Eliten zeigen 21,3 Prozent der Befragten (bei beiden Einstellungen mit ebenfalls einem durchschnittlichen Skalenwert von mindestens 4 von 5). Es sollte jedoch berücksichtigt werden, dass ein gewisses Maß an Elitenkritik ein Kernbestandteil demokratischer Kontrolle ist; lediglich die pauschale Ablehnung des gesamten politischen Führungspersonals ist ein demokratiegefährdender Aspekt des Populismus. Eine geschlossen rechtspopulistische Einstellung, die alle drei Elemente verbindet, haben lediglich 4,3 Prozent der Befragten. Bei einer etwas weniger strikten Einteilung, die schon eine leichte Ablehnung von Eliten, eine Tendenz zu Homogenitätsvorstellungen sowie eine leichte Ordnungsorientierung berücksichtigt (durchschnittlicher Skalenwert größer als 3 von 5, also mindestens eine Tendenz zu den abgefragten Einstellungen), beträgt das Potenzial für eine geschlossen rechtspopulistische Einstellung 13,2 Prozent. Abbildung 3 illustriert die Schnittmengen dieser Einstellungen und zeigt, wie viel Prozent der Befragten jeweils eine, zwei oder alle drei abgefragten Einstellungen ausgeprägt vertreten (durchschnittlicher Skalenwert von mindestens 4 von 5).

Zur weiteren Differenzierung dieser Einstellungsmuster in staatstragende und potenziell demokratiegefährdende Einstellungen haben wir die Schnittmengen einer starken Ordnungsorientierung mit der Unterstützung der repräsentativen Demokratie einerseits sowie mit der grundsätzlichen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und dem Leben in Niedersachsen andererseits untersucht.

Zunächst: Das Potential für den rechtsradikalen, demokratiefeindlichen Rand ist in Niedersachsen schwach ausgeprägt. Die niedersächsische Bevölkerung unterstützt die Prinzipien der repräsentativen Demokratie grundsätzlich mit knapp 86,3 Prozent in ihrer großen Mehrheit (durchschnittlicher Skalenwert mindestens 4 von 5) – 51,5 Prozent unterstützen sie ohne jede Einschränkung (durchschnittlicher Skalenwert 5 von 5). Eine gewisse Skepsis bezüglich der Notwendigkeit von Opposition und Parteien zeigen umgekehrt 10,1 Prozent der Befragten (durchschnittlicher Skalenwert kleiner als 4, aber mindestens 3 von 5) und nur 3,7 Prozent der Befragten unterstützen sie überhaupt nicht (durchschnittlicher Skalenwert kleiner als 3 von 5). Die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie in Deutschland und die Bewertung der Wirtschaft und Deutschlands insgesamt als grundsätzlich gerecht fällt weit geringer aus: 26 Prozent sind hiervon stark

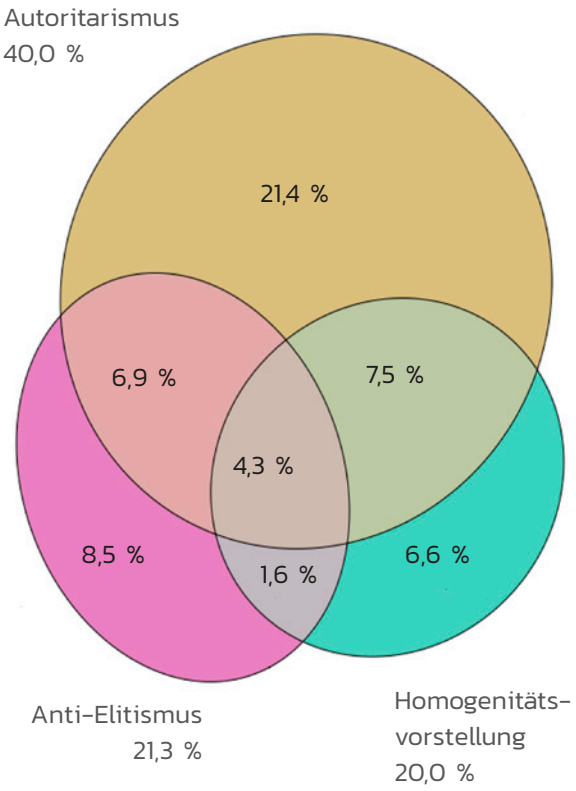

Abbildung 3: Schnittmengen in der Ausprägung von Autoritarismus, Anti-Elitismus und Homogenitätsvorstellungen unter den Befragten im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021. Häufigkeit einer jeweils starken Ausprägung (mindestens 4 von 5 Skalenpunkten) in Prozent der Befragten. 929 Befragte, repräsentativ gewichtet, Frageformulierungen im Anhang.

überzeugt (durchschnittlicher Skalenwert mindestens 4 von 5), ein weiteres Viertel der Bevölkerung (24,6 Prozent) ist hiervon zumindest eher überzeugt (durchschnittlicher Skalenwert kleiner als 4, aber mindestens 3 von 5).

Abbildung 4 zeigt, bei welchem Anteil der Befragten sich diese Überzeugungen mit einer Ordnungsorientierung überschneiden: Ein durchweg ausgeprägtes konservatives Einstellungsbild haben 9,4 Prozent der Befragten: Sie haben eine starke Ordnungsorientierung, sind zufrieden mit und überzeugt von dem deutschen Demokratie- und Wirtschaftsmodell und unterstützen die repräsentative Demokratie (jeweils durchschnittliche Zustimmung von mindestens 4 von 5 Skalenpunkten). Weitere 25 Prozent der Befragten gehören zudem sowohl zu der Gruppe mit starken Ordnungsvorstellungen als auch zu den Unterstützer*innen der repräsentativen Demokratie. Lediglich eine kleine Minderheit (4,7 Prozent) hat starke Ordnungsvorstellungen und unterstützt die repräsentative Demokratie dabei nicht – was die Erkenntnisse zu gefestigt rechtspopulistischen Einstellungen spiegelt.

Ein vertiefter Blick zeigt also zumindest für Niedersachsen, dass konservative Führungs- und Ordnungsvorstellungen für viele Befragte nicht mit Demokratiefeindlichkeit einhergehen, im Gegenteil. Grundsätzlich befürworten diese Personen den demokratischen Wettbewerb. Allerdings soll im Ergebnis dann eine klare erkennbare Politik folgen – also das, was wir in der Politikwissenschaft als verantwortliches und zurechenbares Handeln der Regierenden interpretieren. Die individuelle Entscheidung, sich trotz dieser klassisch konservativen Überzeugungen nicht als rechts oder zumindest Mitte-rechts einzuordnen, bedarf weiterer Untersuchungen. Dafür kann bereits jetzt festgehalten werden, dass mit den Daten des NDM 2021 eine Differenzierung auf dem rechten Spektrum vorgenommen werden kann: Es lässt sich sowohl eine Gruppe gefestigt Konservativer (9,4 Prozent) als auch eine Gruppe überzeugter Rechtspopulist*innen identifizieren (4,3 Prozent). Eine Ordnungsorientierung existiert in Niedersachsen dementsprechend in einer demokratiestützenden und einer rechtspopulistischen Variante.

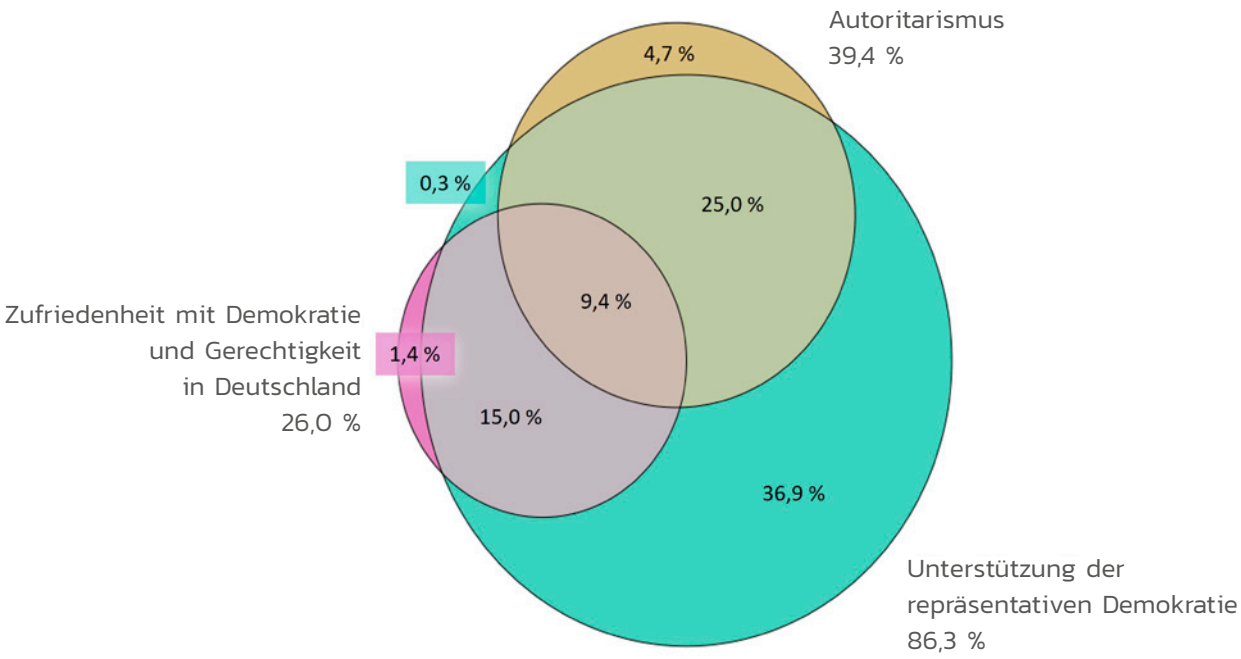

Abbildung 4: Schnittmengen in der Ausprägung von Autoritarismus, Unterstützung der repräsentativen Demokratie und Zufriedenheit mit Demokratie und Gerechtigkeit in Deutschland unter den Befragten im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021. Häufigkeit einer jeweils starken Ausprägung (mindestens 4 von 5 Skalenpunkten) in Prozent der Befragten. 968 Befragte, repräsentativ gewichtet, Frageformulierungen im Anhang.

Allgemeine Politikakzeptanz und Parteipolarisierung

Ungeachtet der überwiegenden Mitteausrichtung bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung haben wir soeben in der niedersächsischen Bevölkerung eine große Personengruppe identifizieren können, die mit ihren politischen Einstellungen klassischerweise als wenigstens „rechts der Mitte" eingestuft werden kann. Innerhalb dieser Gruppe können wir wiederum moderat konservative und rechtspopulistisch orientierte Befragte klar voneinander unterscheiden.

Wir wollen abschließend prüfen, ähnlich wie oben bei den einzelnen Sachthemen, ob die Einstellung zu Politik und Demokratie parteipolitisch strukturiert ist. Hierzu schauen wir uns wieder die Korrelationen an, die in Abbildung 5 wiedergegeben sind.

Zunächst fällt die geringe Spannweite bei den Homogenitätsvorstellungen sowie der Unterstützung der repräsentativen Demokratie auf. Das heißt, hier unterscheiden sich die Parteisympathisant*innen kaum. Die konservativen Sympathisant*innen der CDU sind gut identifizierbar, da sie am höchsten mit Homogenitätsvorstellungen, Ordnungsorientierung und der Zufriedenheit mit der Demokratie korrelieren. Hinsichtlich der Ordnungsorientierung sind die Grünen die Antipode, bei der Zufriedenheit und beim Anti-Elitismus wiederum die AfD. Hier bestätigt sich die oben gefundene Scheidung von Christdemokrat*innen und Populist*innen auf Parteiebene.

Vertreten die von uns als konservativ bzw. rechtspopulistisch identifizierten Personen auch in Sachfragen rechte Positionen? Hierzu haben wir nun die am meisten parteipolarisierende Frage zu den Geflüchteten herangezogen. Wer hier eine starke Zustimmung aufweist, hat der Tendenz nach eine politische Einstellung, die vielleicht nicht in der Selbstwahrnehmung, aber von der Politikwissenschaft als rechts (aber nicht unbedingt rechtsradikal!) charakte-

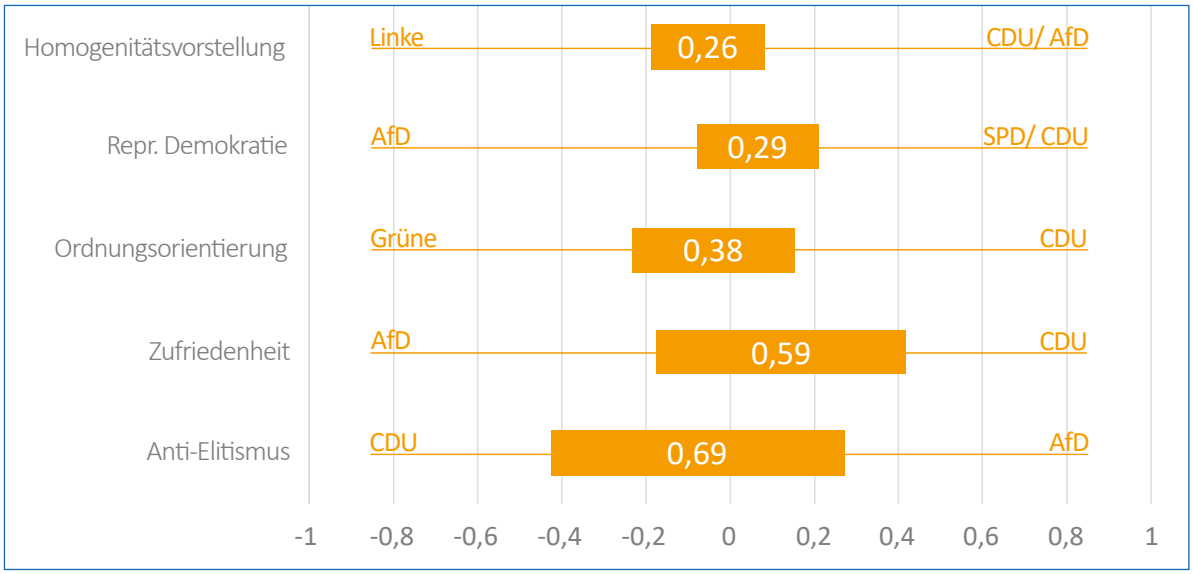

Abbildung 5: Parteipolarisierung in der Politikakzeptanz der niedersächsischen Bevölkerung. Gezeigt wird die Stärke der Polarisierung zwischen den Sympathisant*innen verschiedener Parteien zu verschiedenen Aspekten der Politikakzeptanz, berechnet aus dem Abstand der jeweils höchsten und niedrigsten Korrelation zwischen dem Vertrauen zu einer Partei und der Einstellung zur Politikakzeptanz. Bei einem Maximalwert von 2 stünden sich die Sympathisant*innen von mindestens zwei Parteien diametral bei 1 und -1 gegenüber, bei einem Minimalwert von 0 wäre der Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Politikakzeptanz und dem Vertrauen in eine Partei für alle Parteien gleich. An den Seiten sind die jeweiligen Parteien angegeben, für die eine höhere Vertrauensbekundung am stärksten mit einer Zustimmung zur bzw. Ablehnung der jeweiligen Einstellung einhergeht. Berechnung auf Grundlage des Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021, Frageformulierungen im Anhang.

risiert wird. Für Befragte mit einer geschlossen rechtspopulistischen Einstellung bestätigt sich dieser Zusammenhang auch empirisch: Sie weisen eine signifikant und deutlich höhere Zustimmung zur Aussage auf, dass in Deutschland schon genug Geflüchtete seien; der Wert liegt um knapp 0,2 Skalenpunkte höher als für die übrigen Befragten (0,2035***)[11]. Eine schwächere, aber ebenfalls noch signifikante Verbindung zeigt sich zu den Einstellungen gegenüber der Europäischen Union, hier ist der Wert knapp 0,1 Skalenpunkte negativer (-0,1009**). Für Befragte, die alle drei rechtspopulistischen Einstellungen mindestens in einer schwächeren Ausprägung zeigen – dazu gehören also auch die Befragten mit geschlossen rechtspopulistischer Einstellung –, zeigt sich nur ein Zusammenhang zur Einstellung gegenüber Geflüchteten. Diese größere Gruppe kann in ihren Einstellungen deutlich von den übrigen Befragten abgegrenzt werden; der Unterschied liegt bei knapp 0,27 Skalenpunkten (0,2675***). Für die als konservativ identifizierten Befragten lassen sich solche Zusammenhänge nicht identifizieren. Wir können also festhalten, dass die von uns als rechtspopulistisch identifizierten Einstellungen konsequent auch mit rechten Einstellungen gegenüber Flucht und europäischer Integration einhergehen.[12] Die Personengruppe, die sowohl bei den Sachthemen Geflüchtete sowie Europäische Integration als auch bei Anti-Elitismus, Homogenitätsvorstellungen sowie einer (mangelnden) Unterstützung für Einzelbestandteile der repräsentativen Demokratie die jeweiligen Extremausprägungen aufweisen, beträgt bei unseren Befragten ungefähr 1,4 Prozent. Mit einiger Vorsicht, da wir keine direkte Extremismusmessung implementiert haben und die Befragtenanzahl mit 1001 zwar repräsentativ, aber doch nicht sehr groß ist, könnte diese Schätzung als Anteil der rechtsradikalen Personen in der niedersächsischen Bevölkerung interpretiert werden.

Fazit: Kontamination und Transformation

Auch wenn nur ein geringer Anteil der Befragten des NDM sich selbst als rechts einschätzt: Rechte Politikpräferenzen sind genau wie rechte Ordnungsvorstellungen breit in der niedersächsischen Bevölkerung vertreten. Das ist weder unanständig noch verboten. Sie sind ein legitimer und konstituierender Teil der politischen Auseinandersetzung. Rechtsradikales und -populistisches Potenzial lässt sich ebenfalls finden, wenn auch in geringerem Umfang als in anderen Bundesländern. Die seltenen Ausprägungen auf der rechten Seite der Links-Rechts-Selbsteinstufung lassen sich vor allem durch eine Art Kontamination und Transformation erklären – gerade in der Abgrenzung moderater von radikalen Positionen. Zum einen finden wir klare Indizien dafür, dass das Element des Populismus Personen, die der Union nahestehen, von denen, die der AfD vertrauen, scheidet. Unstrittig wird die AfD heute als Vertreterin des rechten Pols angesehen. Entsprechend vermeiden viele moderate Konservative sowie klassische Christdemokrat*innen die Selbsttitulierung als Mitte-Rechts. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anspruch der Christdemokratie in Abgrenzung zum Konservatismus britischer und skandinavischer Prägung stets die Repräsentation einer vermittelnden Position

11 Diese Korrelationskoeffizienten (s. Fußnote 9) beschreiben den Zusammenhang zwischen der Ausprägung rechtspopulistischer Einstellungen und der Einstellung gegenüber Sachfragen. Zusätzlich wird hier noch das Signifikanzniveau mit Sternen angegeben. Dieses gibt an, mit welcher maximalen Irrtumswahrscheinlichkeit ein Zusammenhang in den Daten des NDM 2021 zu finden ist, obwohl er in der gesamten niedersächsischen Bevölkerung nicht vorhanden ist (* < 5 %; ** < 1 %; *** < 0,1 %).

12 Nicht nur in diesem Fall entsprechen unsere Befunde denen aus international vergleichenden Studien zum Rechtspopulismus. Vgl. zum Beispiel Schäfer, Armin: Cultural backlash? How (not) to explain the rise of authoritarian populism, in: British Journal of Political Science, Jg. 51 (2021), H. 1, S. 1–17.

zu eigen war und ist.[13] Sie entspricht hier der ideologischen Selbstwahrnehmung der Christdemokrat*innen zwischen Linken und Rechtspopulisten oder gar Extremen.

Verstärkt wird dieser Effekt durch die schon länger anhaltende Transformation des Politischen: Sozio-ökonomische Fragen, wie die Ausgestaltung des Sozialstaates und die Auseinandersetzung zwischen plan- und marktwirtschaftlichen Konzepten, haben an polarisierender Sprengkraft verloren. An ihre Stelle sind Fragen universalistischer und kosmopolitischer Wertehaltungen getreten. Nach der ersten Transformation der 1970er und 1980er Jahre, der „stillen" Werterevolution hin zu postmateriellen, grün-alternativen Werten,[14] ist dies die zweite große Transformation des politischen Raumes. Diese postmateriellen Werte konnten von der in der Nachkriegszeit etablierten, sozio-ökonomischen Links-Rechts-Dichotomie gut integriert werden. Sie verbanden sich mit den linken ökonomischen Konzepten und bildeten eine Opposition gegenüber dem ökonomischen wie gesellschaftlichen Konservatismus. Abgebildet wurde dies auf Koalitionsebene mit der Gegenüberstellung von „rot-grün" vs. „schwarz-gelb". Mit dem gesellschaftspolitischen Wandel auch klassisch christdemokratischer Positionen hin zu neuen Konzepten der Familie – in Niedersachsen ablesbar an der fast ungeteilten Zustimmung zu gleichgeschlechtlichen Ehen – hat dieser Antagonismus an Wirkungskraft verlogen. Es stehen auf der einen Seite des politischen Pols nun universalistisch-kosmopolitische Werte, in der Regel repräsentiert von Grünen, partikularistisch-nationalen Werteeinstellungen gegenüber, in der Regel repräsentiert von rechtspopulistischen Parteien wie der AfD.[15]

Für den Rechtsaußenpol ist der Wertewandel auf der individuellen Ebene geringer als für den Linksaußenpol: Nationalistische und nativistische Einstellungen sind stets Kern rechtsradikaler Ideologien gewesen.[16] Wir sehen dies in Niedersachsen auf der rechten Seite in der Ablehnung der Europäischen Union sowie in der Überzeugung, dass Deutschland genug Geflüchtete aufgenommen habe. Für den Linksaußenpol bedeutet die Universalismus-Partikularismus-Konfrontation, dass radikale Einstellungen sich tendenziell nicht mehr aus den klassischen Ideologien wie Anarchismus und autoritär-elitärem Kommunismus speisen. Diese Leerstelle könnte perspektivisch durch eine übergreifende Programmatik des radikalen globalen Klimaschutzes, dessen radikale Befolgung auch auf Kosten von Wirtschaftswachstum zunehmend als Teil des linken Spektrums verortet wird, gefüllt werden. Die Auseinandersetzung um die Klimapolitik hat sich bei weitem noch nicht durchgängig radikalisiert. Sie birgt aber durchaus das Potenzial, in der Wahrnehmung der unfairen Verteilung der Lasten des Klimawandels sowohl über Schichten als auch Jahrgangskohorten hinweg zu einer Radikalisierung beitragen zu können.[17]

13 Vgl. Kalyvas, Stathis N./Kerbergen, Kees van: Christian Democracy, in: Annual Review of Political Science, Jg. 13 (2010), S. 183–209.

14 Vgl. Inglehart, Ronald: The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies, in: American Political Science Review, Jg. 65 (1971), H. 4, S. 991–1017.

15 Vgl. Bornschier, Simon et al.: How "Us" and "Them" Relates to Voting Behavior—Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice, in: Comparative Political Studies, Jg. 54 (2021), H. 3, S. 2087–2122; sowie Marks, Gary et al.: Cleavage Theory, in: Riddervold, Marianne et al. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of EU Crises, Basel 2020, S. 173–193.

16 Vgl. Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007.

17 Vgl. Jansma, Amarins/Bos, Kees van den/De Graaf, Beatrice A.: Unfairness in Society and Over Time: Understanding Radicalization of People Protesting on Matters of Climate Change, in: Frontiers in Psychology, Jg. 13 (2022). Online abrufbar unter: https://doi.org/10.3389/fpsyg.2022.778894 [eingesehen am 31.08.2022].

In unseren Daten können wir das freilich noch nicht entdecken, Gefährdungen drohen hingegen von rechts. Die niedersächsische Bevölkerung unterstützt in hohem Ausmaß die repräsentative Demokratie, selbst Populismus ist in der Bevölkerung eher ein Randphänomen. Nichtsdestotrotz können 13,2 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung als potenziell erreichbar für rechtspopulistische Demokratiefeindlichkeit bis hin zum Rechtsradikalismus gelten – und ein sehr kleiner Anteil von 1,4 Prozent bis zu 4,3 Prozent sind vermutlich mehr oder minder offene Demokratiefeinde.[18]

Literatur:

Bobbio, Noberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Bornschier, Simon/Häusermann, Silja/Zollinger, Delia/Colombo, Céline: How "Us" and "Them" Relates to Voting Behavior—Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice, in: Comparative Political Studies, Jg. 54 (2021), H. 3, S. 2087–2122.

Franzmann, Simon T.: Extra-Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017, in: German Politics, Jg. 28 (2019), H. 3, S. 332–349.

Franzmann, Simon T./Giebler, Heiko/Poguntke, Thomas: It's no longer the economy, stupid! Issue Yield at the 2017 German federal election, in: West European Politics, Jg. 43 (2020), H. 3, S. 610–638.

Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter: The Left-Right Schema, in: Kent Jennings, Myrton/Deth, Jan van (Hrsg.): Continuities in Political Action. A longitudinal Study of Political Orientation in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 203–234.

Inglehart, Ronald: The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies, in: American Political Science Review, Jg. 65 (1971), H. 4, S. 991–1017.

Inglehart, Ronald: The Changing Structure of Political Change in Western Society, in: Dalton, Russel J./ Flanagan, Scott C./Beck, Paul A. (Hrsg.): Electoral Change, Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies, Princeton 1984, S. 25–69.

Jansma, Amarins/Bos, Kees van den/De Graaf, Beatrice A.: Unfairness in Society and Over Time: Understanding Radicalization of People Protesting on Matters of Climate Change, in: Frontiers in Psychology, Jg. 13 (2022). Online abrufbar unter: https://doi.org/10.3389/fpsyg.2022.778894 [eingesehen am 31.08.2022].

Kalyvas, Stathis N./Kerbergen, Kees van: Christian Democracy, in: Annual Review of Political Science, Jg. 13 (2010), S. 183–209.

Kitschelt, Herbert: The Transformation of Social Democracy, Cambridge 1994.

Marks, Gary/Attewell, David/Rovny, Jan/Hooghe, Liesbet: Cleavage Theory, in: Riddervold, Marianne/Trondal, Jarle/Newsome, Akasemi (Hrsg.): The Palgrave Handbook of EU Crises, Basel 2021, S. 173–193.

Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambrige 2007.

Mudde, Cas: Populism: An Ideational Approach, in: Rovira Kaltwasser, Cristobal/Taggart, Paul/Ochoa Espejo, Paulina/Ostiguy, Pierre (Hrsg.): The Oxford Handbook of Populism, Oxford 2017, S. 27–47.

Pickard, Harry/Ethyvoulou, Georgios/Bove, Voincenzo: What's left after right-wing extremism? The effects on political orientation, in: European Journal of Political Research, Online First (2022). Online abrufbar unter: https://doi.org/10.1111/1475-6765.12538 [eingesehen am 31.08.2022].

Schäfer, Armin: Cultural backlash? How (not) to explain the rise of authoritarian populism, in: British Journal of Political Science, Jg. 51 (2021), H. 1, S. 1–17.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021. Online abrufbar unter: https://doi.org/10.17875/gup2021-1817 [eingesehen am 31.08.2022].

18 Da der Niedersächsische Demokratie-Monitor 2021 keine der klassischen Extremismusfragen enthielt, sind unsere Zahlen Ableitungen und Schätzungen. Für die kommende Befragungswelle 2023 streben wir eine umfangreiche Skala an.

Anhang

Tabelle 1:
Operationalisierung politischer Einstellungen im Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021

Politische Selbsteinschätzung

Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala von 1 bis 11 einstufen? 1 bedeutet sehr „links", 6 ist genau die Mitte und 11 bedeutet sehr „rechts".

Politische Sachfragen

- Die Europäische Einigung sollte weiter vertieft werden.*
- Gleichgeschlechtliche Paare sollten die gleichen Elternrechte wie klassische Ehepaare aus Mann und Frau haben.*
- Wir haben genug Geflüchtete in Deutschland.*
- Die Regierung sollte in die Wirtschaft eingreifen, um Einkommensunterschiede zu vermindern.*
- Bekämpfung des Klimawandels geht vor Wirtschaftswachstum.*

Vertrauen in Parteien

- Wie sehr vertrauen Sie der CDU (der SPD, den Grünen, der FDP, der Linken, der AfD)?**

Ordnungorientierung (in starker Ausprägung: Autoritarismus)

- Deutschland braucht eine starke Führung, an deren Vorgaben sich alle halten müssen.* Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.*

Antielitismus (Volk-Elite Antagonismus)

- Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.*
- Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.*
- Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.*

Homogenitätsvorstellung

- Streitigkeiten zwischen den Parteien schaden nur dem Allgemeinwohl.*
- Im Grunde sind sich die Deutschen einig, was politisch passieren muss.*

Unterstützung der repräsentativen Demokratie

- Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.*
- Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig.*

Zufriedenheit

- Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?***
- Das Wirtschaftssystem in Deutschland ist im Großen und Ganzen gerecht.*
- In Deutschland geht es alles in allem gerecht zu.*

* stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils/teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu
** vertraue stark, vertraue eher, teils/teils, vertraue eher nicht, vertraue überhaupt nicht
*** sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/ teils, eher unzufrieden, sehr unzufrieden

Bild: Fotostudio Balsereit

Simon T. Franzmann geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

Bild: David Ausserhofer

Joschua Helmer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Referent für die AG „Digitalisierung und Demokratie" der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina tätig.

Bislang im Demokratie-Dialog erschienen:

DemDi 1:

Jonathan Riedl / Matthias Micus: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes)

Lino Klevesath: Radikaler Islam

Katharina Trittel: Beobachtungen zum 17. Juni – Identitäre Bewegung in Berlin

DemDi 2:

Philipp Scharf: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels

Annemieke Munderloh: Vom Neonazi zum Muğāhid

Stefan Eisen / Lars Geiges: Staatsleugnerinnen vor Gericht

DemDi 3:

Lars Geiges: Landespolitik zwischen Freiheit und Sicherheit

Joris Sprengeler / Lino Klevesath: V-Leute in der salafistischen Szene

Katharina Trittel: Gedanken zum „Tag der Deutschen Zukunft"

DemDi 4:

Philipp Scharf / Matthias Micus: 1989: Die Göttinger Autonomen im Zenit ihrer Kraft

Stine Marg: „Wehrhafte Demokratie" als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes

Niklas Knepper: Rechtsradikaler Raumforderungskampf in Göttingen und am Campus?

DemDi 5:

Niklas Knepper / Marie Nolte: Von kleinen und großen Germanen –
Ein Film als Einladung an die „Neue Rechte"

Stine Marg / Julian Schenke / Florian Finkbeiner: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff

Teresa Nentwig: Gewaltausbrüche bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich

DemDi 6:

Julian Schenke / Florian Finkbeiner / Amelie Neumann: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive

Anna König: Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

Joris Sprengeler: Die radikale Scharia in der Bundesrepublik

DemDi 7:

Dominik Dewitz / Mari Nolte: AfD in Salzgitter

Florian Grahmann / Lino Klevesath: Radikalislamische Akteure während Corona

Joris Sprengeler: Widerstand 2020

DemDi 8:

Interview mit Simon T. Franzmann: Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Philipp Scharf / Julian Schenke: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele: Göttingens rechte Protest-geschichte nach 1945

DemDi 9:

Tobias Neef-Methfessel: Der Sozialist und der Staatsschutz

Marvin Hild: Zwischen Schein du Sein

Florian Finkbeiner: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten

DemDi 10:

Simon T. Franzmann: Eine polarisierende Zufriedenheit

Marco Bitschnau: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Helge Regner: Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmythen

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:
Dr. Katharina Trittel
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Redaktion:
Dr. Katharina Trittel / Philipp Scharf

Layout und Gestaltung:
Dr. Robert Lorenz

Satz und Bildbearbeitung:
Katja Töpfer
Niklas Foitzik, (Grafiken S. 85–91)

Lektorat:
Philipp Heimann

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen" wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:
Kanit Font, Cadson Demak [http://cadsondemak.com/], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Rechte
Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

© 2022 Universitätsverlag Göttingen
http://univerlag.uni-goettingen.de

ISSN (Print) 2568-0641
ISSN (Online) 2748-0127

https://doi.org/10.17875/gup2022-2112

GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN IN PUBLICA COMMODA SEIT 1737

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem
Institut für Demokratieforschung Göttingen

www.ifdem.de